

70

15618

✓ 18/70/156-78 (9)

62

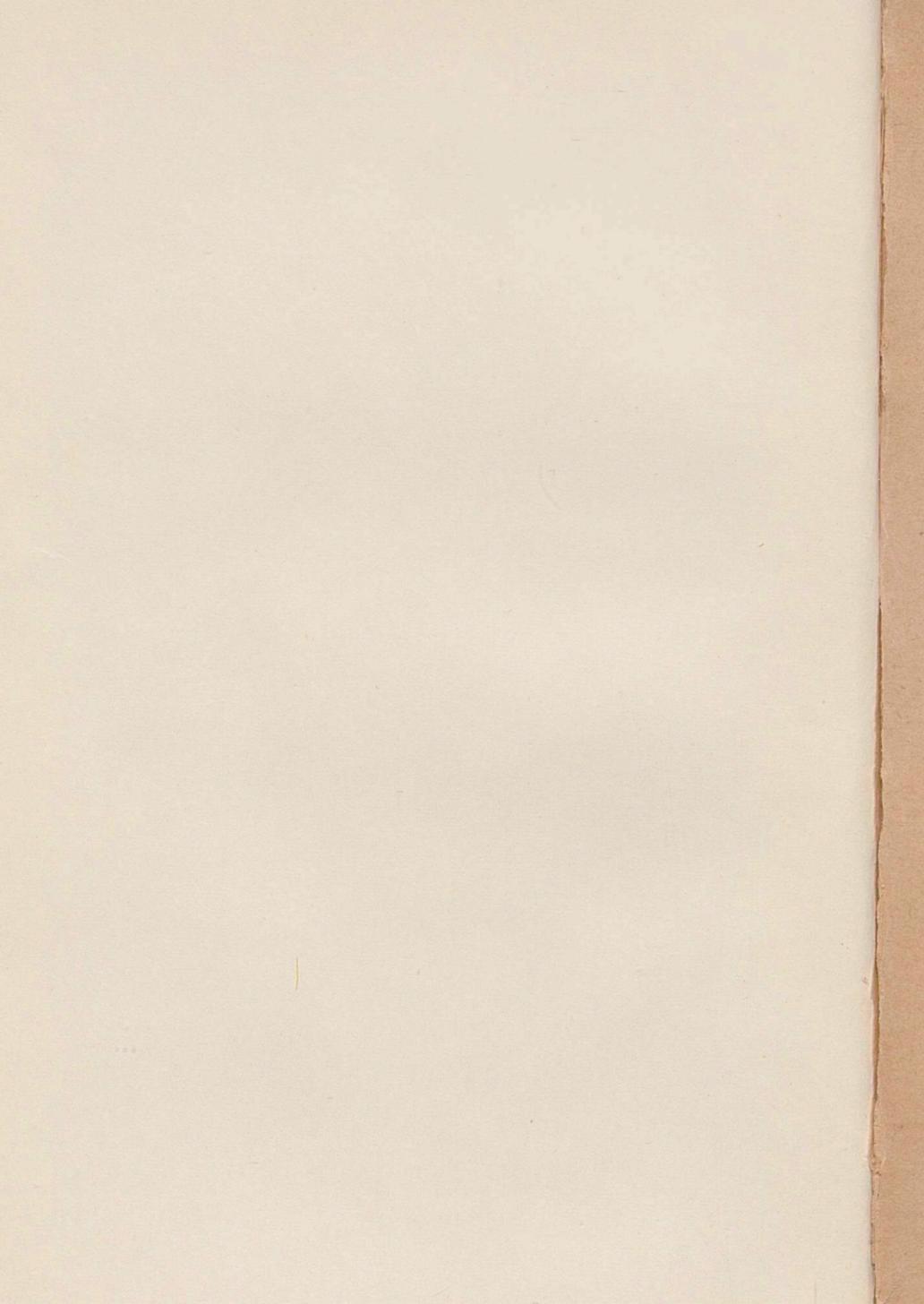












Gesammelte Reden und Schriften zur deutschen  
Politik der Nachkriegszeit

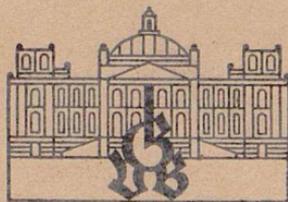


Drittes Heft

# Der Weg des Zentrums

von

Adam Röder



1925

---

Verlag der Germania A.-G., Berlin



18|70|156 18 (9)

67

Alle Rechte vorbehalten

SMK

## Dorwort.

Es ist keine auffällige Erscheinung, daß sich in der Zentrumsparthei verschiedene Richtungen bemerkbar machen. Solche Richtungen, richtiger gesagt Strömungen, zeigen sich immer, wenn das staatliche und gesellschaftliche Leben durch Anstöße von außen oder innen in einen stärkeren Fluß des Geschehens kommt, das aus gärender Entwicklung zu einem Ziel will.

Das Ziel ist die Demokratie; wie hier gleich vorweg genommen sein soll: die christliche und soziale Demokratie in der Republik. Da die Monarchie nicht mehr rekonstruierbar ist, muß die Republik als eine aus der Entwicklung logisch entstandene realpolitische Tatsache angesehen werden. Das muß man erkennen. Auch dort, wo ein Sentiment von geschichtlicher und moralischer Prägung zur Monarchie strebt. Die Monarchie ist in einer Zeit, in der die Idee, daß Autorität aus ererbtem — nicht durch persönliche Leistung erworbenem — Besitz gestaltet werde, immer mehr an Einfluß und Bedeutung verliert, nicht mehr zu halten. Im Kapitel „Monarchie und Republik“ wird das des näheren ausgeführt. Ich verweise besonders auf diese Ausführungen hin, weil es meine Ueberzeugung ist, daß alle rückläufigen Bewegungen von heute im Widerspruch gegen die Republik zusammentreffen. Die Monarchie wird überall als der entscheidende Exponent der Vorherrschaft bevorzugter Klassen empfunden. Gestehe man dies

doch ehrlich zu. Diese Empfindung überbrückt selbst die konfessionellen Gegensätze. Und das will in Deutschland gewiß etwas sagen! Früher konnte man wohl das Diktum hören: Lieber rot als schwarz. Davon ist es still geworden. Nachdem das Rot in der Primärfarbe der Republik in Erscheinung getreten, hat man ein Haar darin gefunden und sich von der Leidenschaftlichkeit jener These befreit. Auch die Republik kann anti-demokratisch und anti-sozial sein — die Geschichte beweist das —, aber der moderne republikanische Gedanke ist zu einer Parallelercheinung des demokratischen und sozialen Geistes geworden. Es liegt eine Affinität der Ideen und Bewegungen vor. Das hat man auf der „Rechten“ empfunden, darum der wilde Haß gegen die Republik als solche, darum das Bündnis zwischen Theisten und Atheisten, zwischen Kirchlichen und Antikirchlichen, zwischen Zentralisten und Partikularisten, zwischen Evangelischen und Katholiken, zwischen deutschen Freimaurern und „Ultramontanen“, zwischen Integralen und Liberalen. Die Monarchie verbürgt die Wiedereinführung gesellschaftlicher Vorherrschaft bestimmter Schichten. Man will gern wieder vor der Dynastie kapbuckeln — um hinterrücks über sie zu schimpfen —, wenn man damit das Recht und die Macht erwirbt, nach unten mit der eigenen Fülle der Persönlichkeit Vorrechte geltend zu machen.

Die Zentrumsparthei — für welche diese Schrift von einem Evangelischen geschrieben wird — muß sich darüber im klaren sein, daß sie nicht eine monarchistische und republikanische Richtung in sich verkörpern kann. Jede Zweideutigkeit verbietet sich; das Zentrum muß sich zur Republik als einer geschichtlich gewordenen realpolitischen Tatsache bekennen; hier gilt keine *reservatio mentalis*.

Man braucht keine Angst zu haben, daß in der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Republik „alles gleich“ ist. Der Charakter und der Führer werden immer den natürlichen Tribut der Sonderleistung empfangen; dies Gesetz wird sich stets geltend machen in allen Stappen der natürlichen und sozialen Schichtungen, vom Staatsmann, Gelehrten und Künstler bis zum Arbeiter.

Das Zentrum muß demokratisch und sozial sein. Das Zentrum muß kulturpolitisch konservativ sein. Diese Forderung stammt weltanschauungsgemäß aus dem positiven Christentum, zu dem es sich bekennt.

Ich möchte wünschen, daß man aus dieser Schrift nicht einzelne Sätze herausnimmt, um sie für Spezialzwecke zu fruktifizieren, daß man sie vielmehr als ein zusammenhängendes Ganze auffaßt, in dem versucht wird, eine positiv religiös-ethisch fundierte Weltanschauung mit geschichtlich erfaßten Postulaten der Entwicklung des Politischen und Sozial-Wissenschaftlichen zu verbinden im Rahmen der demokratischen und sozialen Republik.

## Parteibildung.

In Zeiten revolutionärer Bewegungen bilden sich neue Parteien. Sieht man aber genauer zu, so sind es immer die alten im neuen Gewande. Zu den parlamentarisch vertretenen Parteien nach 1918 kamen zwei neue: die Völkischen und die Kommunisten. Sie sind beide im Rückgang begriffen und werden sich früher oder später zu den Mutter-Parteien, den Deutschnationalen und Sozialdemokraten, zurückentwickeln; möglich, daß sich Splitter von ihnen konservieren, da das Proportionalwahlssystem auch kleinere Parteigeilde am Leben erhält.

Von diesen beiden Extremen abgesehen, sind die Parteien im Reichstag und in den Landtagen die nämlichen geblieben. Bei der Umwandlung der konservativen Partei in die deutschnationale ist die Grundfarbe ein wenig verblaßt; das betont Christliche, das die frühere Konservative Partei besaß, ist geschwunden, mit ihm auch das spezifisch Evangelische. Die neue Partei der entschiedenen Rechten hat eine größere Anzahl von Katholiken aufgenommen, deren Stellung zum Christentum wohl so wenig positiv sein wird, wie das der Mehrzahl der Deutschnationalen. Die Deutschnationale Partei sucht sich zwar neuerdings entschieden christlich zu drapieren, in der Hauptsache aber nur, um einen Gegensatz zum Jüdischen herauszuarbeiten. Das Christlich der Deutschnationalen ist in demselben Maß verschwommen, wie ihre politische Orientierung an Entschiedenheit in der Rich-

tung des allgemein Reaktionären zugenommen hat; sie ist in diesem Betracht die Wiederholung des reaktionären Flügels der alten Deutschkonservativen Partei. Am besten wird dies durch die Tatsache beleuchtet, daß die Christlichsozialen, die aus der früheren Konservativen Partei ausgeschieden, in der neuen deutschnationalen erscheinen, obwohl diese keinen Zweifel darüber läßt, daß sie gerade in sozialer Beziehung reaktionäre Bahnen wandelt. Die christlichsoziale Richtung evangelischer Prägung hat sich den kapitalistischen Forderungen unterworfen. Ein Adolf Stöcker, der den industrialistischen Parlamentarismus verlangte, ist in der heutigen deutschnationalen Partei undenkbar; auch schon deshalb, weil er den ordinären Rassen-Antisemitismus der Deutschnationalen nicht mitmachen würde.

Die alten Parteien haben sich also umbenannt, sind aber ihrem Wesen nach die gleichen geblieben. Man kann sagen, daß die Parteien der Rechten — zu denen sich die Nationalliberalen rechnen — rein politisch reaktionärer geworden sind. Männer wie Prof. Kahl, die den alten ethischen Liberalismus vertreten, sind in der heutigen Deutschen Volkspartei selten, wie ja überhaupt die geistig-weltanschauliche Einstellung in allen Parteien, besonders aber bei der Rechten, an wesenbildender Kraft zurückgegangen ist. Die wirtschaftlichen und politisch formalen Fragen stehen beherrschend im Vordergrund. Das ist zu erklären, weil das Wirtschaftliche nach dem verlorenen Krieg zur Rekonstruktion, und die Frage nach der wirtschaftlichen Lebensmöglichkeit die geistigen Interessen in den Hintergrund drängt, oder doch an die zweite Stelle verweist.

Die alten Parteien sind geblieben, weil sie der soziologischen Gliederung des Volks entsprechen. Daran ist nichts zu ändern. Wie oft wurde im Verlaufe der letzten 40 Jahre speziell die Nationallibe-

rale Partei totgesagt; sie lebt noch immer. Und sie wäre zweifellos in der alten Stärke erschienen, wenn die bestehende Bourgeoisie in ihrer wahnsinnigen Angst um Besitz, Macht und Einfluß nicht die sonst so gepflegten Spezialien der „liberalen Weltanschauung“ preisgegeben hätte, nur um wirtschaftliches und soziales Prestige zu erhalten, als deren wirksamste Propagandisten sich die Deutschnationalen anmaßen, die ihrerseits weitherzig genug und bereit waren, allerhand Steine des Anstoßes, wie die „Muderei“ und betonte Kirchlichkeit, aus dem Wege zu räumen. Scharenweise ist man aus den Reihen der Liberalen und Demokraten zu den Deutschnationalen gestoßen, von deren Entschiedenheit und Ellbogen-Virtuosität man erwartete, daß sie der Rückkehr zur Vorherrschaft der geschichtlich privilegierten Schichten ein zuverlässiger Wegbereiter sein werden. Erhebliche Teile der abgezogenen Liberalen werden sicher bei den Deutschnationalen verbleiben. Die Abwanderung hat aber ihren Höhepunkt erreicht. Ja, es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine mäßige Rückwanderung im Anzug ist, die sich verstärken wird. Es handelt sich um jene Teile, denen die Monarchie an sich *quantité négligeable* war; denn der alte Liberalismus war in seinem Wesenskern stets republikanisch; man hat unter der Herrschaft des alten Regimes mehr wie einmal darauf aufmerksam gemacht, daß die Liberalen nur eine Vernunftsstehe mit der Monarchie eingegangen haben. Es ist kaum 25 Jahre her, daß die „Köln. Zeitung“, die wohl auch heute noch als das geistig führende Organ des spezifischen bürgerlichen Liberalismus anzusprechen ist, mit einer Revision der monarchischen Ueberzeugung innerhalb der National-liberalen Partei gedroht hat. Aus diesen Kreisen wird sich die Rückwendung zur alten nationalliberalen Deutschen Volkspartei fortsetzen. Jedenfalls kann gar keine Rede davon sein, daß die Neigung zu einer Ver-

Schmelzung der Parteien der Rechten im Wachsen begriffen wäre. Das Gegenteil ist wahrscheinlicher. Denn zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen bestehen bedeutsame sozial-wirtschaftliche Differenzen. Der Liberalismus will und wollte im Grunde vom preußischen Großagrariertum nichts wissen; er empfindet dieses als eine Hemmung auf dem Wege zu der internationalen Industrialisierung der Weltwirtschaft. In der Deutschnationalen Volkspartei ist als führendes Element das ostelbische Großagrariertum vertreten, dem sich das Bauerntum angeschlossen hat, weil es in der Zollfrage die dem Groß- und Kleinbesitz gemeinsamen Interessen vertritt. Für dieses ostelbische Großagrariertum hat sich weder der ethische noch der rein politische Liberalismus begeistern können; jener steht nun einmal im Ruf der Rückständigkeit und gilt, wie betont, als Hemmung für den reinen Kapitalismus und Industrialismus, mit dem sich die liberale Bourgeoisie liiert hat, bis fast zu einem Grad des Weltanschauungsmäßigen. Eine Verschmelzung der beiden Rechtsparteien wäre nur dann möglich, wenn die rein kapitalistischen Anschauungen, die auf der entschiedenen Rechten im gewaltigen Vordrängen sind, noch einen breiteren Boden gewännen. Das ist möglich. Solange aber das Ereignis nicht eintritt, kann von einer Verschmelzung nicht die Rede sein. Beide Parteien beruhen auf der Existenz von Wirtschaftsgruppen, die im natürlichen, gewordenen, sozial-wirtschaftlichen Organismus — wie er noch besteht — verankert sind.

Das nämliche gilt von der Demokratischen Partei. Auch sie stützt sich auf eine mächtige Wirtschafts-Schicht. Es sind die Kreise der sozial-wirtschaftlichen Beweglichkeit, aus der verarbeitenden Industrie und dem Handel, jene, die dem modernen Industrialismus den Ruder des Entwicklungsziels ge-

liefert haben. Die Demokratie von heute ist keineswegs — wie man es meist so gerne mit einem Seitenhieb auf das jüdische Leihkapital darstellt — die kapitalistische Partei in Reinkultur. Der Kapitalismus als reale Macht ist in der Deutschnationalen Volkspartei und der liberalen Deutschen Volkspartei viel stärker fundiert, als in der demokratischen. Aber die Demokratie kapriziert sich darauf — begünstigt durch ihre Verbindung mit Bank und Börse — als Bannerträger des „industrialistischen Fortschritts“ zu erscheinen, den die Demokratie entwicklungsgeschichtlich als das gewordene Prinzip der Evolution ansieht. Es handelt sich also um eine sozial-ethische und wirtschafts-ethische Einstellung. Die Demokratie propagiert vor allem den wirtschaftlichen Internationalismus; sie ist stolz darauf, in „Kontinenten zu denken“ — wie das gefällige Schlagwort heißt — und erhofft von einer Auflösung der Nationalwirtschaft in eine sorgsam gepflegte Weltwirtschaft den Fortschritt, vor allem die Pazifizierung der Völker, die Beseitigung des Kriegs.

Diese sozial-wirtschaftliche Nuance der heutigen Demokratie — sie kommt vielen ihrer Anhänger gar nicht zum Bewußtsein — hat mit dem Wesen der eigentlichen Demokratie nichts zu tun. Die Demokratie braucht an sich weder einem freihändlerischen Internationalismus zu huldigen, noch einem ausgesprochenen Linksliberalismus in kirchlichen, religiösen, kulturpolitischen Fragen und Belangen. Demokratie ist ihrem innersten Wesen nach eine Verneinung der politischen und sozialen Vorherrschaft bestimmter, privilegierter Schichten der Gesellschaft. Demokratie verlangt die gleichen Rechte für alle. Wohl bedeutet Demokratie die Herrschaft des Mehrheitsprinzips. Die Mehrheit kann irren, so gut wie der Autokrat; sie haben beide leider schon oft

geirrt, Demokratie und Autorität sind durchaus vereinbar, denn man kann nicht durch Mehrheitsbeschluß die sittliche Weltordnung Gottes abschaffen. Wenn die deutsche Demokratie mit religiösem, sittlichem, kirchlichem, philosophischem, künstlerischem Nihilismus sich so gerne und leicht identifiziert, so muß festgehalten werden, daß es sich hier um eine Nuance und eine Spielart handelt, die mit dem eigentlichen Wesen der Demokratie nichts zu tun hat. Jene Nuance stammt aus dem romanischen Liberalismus, als einem Nachprodukt des voltairianischen Enzyklopädismus, dem sich sogar ein Mann, wie Jean Jacques Rousseau, widersetzt hat. Es wird von der Demokratie, wie sie sein muß, noch in anderen Zusammenhängen die Rede sein.

Zur Zeit ist jedenfalls die deutsche Demokratie von bestimmten Bevölkerungsschichten abhängig, eben den genannten der wirtschaftlichen Beweglichkeit, die, aus ihren Interessen heraus und bestimmt durch eine scharf formulierte wirtschaftspolitische Ethik, den Gang der Politik beeinflussen will. Auch diese Wirtschaftsschicht ist ziemlich stabil und stationär. Sie hat sich um die Zahl jener, die nicht grundsätzlich orientiert waren, vermindert, aber sie besteht noch und macht ihren Einfluß geltend, indem sie ebenfalls als eine nicht auszuscheidende Partei auftritt.

Ueber die Sozialdemokratie braucht man kaum etwas zu sagen; sie ist und bleibt die Vertreterin der immer stärker werdenden wirtschafts- und sozialpolitischen Schicht der unselbständigen Fabrikarbeiter. Da man durchaus nicht gesonnen ist, der entscheidenden Expropriation der kapitalistischen Expropriateure Einhalt zu gebieten, so wird die Umwandlung der gewerblichen Produktionsstände zum Fabrik-Industrialismus ungehemmt Fortschritte machen und die Zahl der Fabrikarbeiter größer werden. Zunahme der Fabrikarbeiter bedeutet Zu-

nahme der Sozialdemokratie. Es mag in dieser Entwicklung Hemmungen geben, aber im Prinzip ist sie nicht aufzuhalten. Der kapitalistische Industrialismus erzieht sich ganz automatisch seine heftigsten Gegner selbst, und der Liberalismus mit seinem Relativismus unterstützt diesen Entwicklungsgang, weil er in sittlichen Dingen — der so oft zum Nihilismus wird — die Tragkraft der sittlichen Autoritäten vermindert. Es muß also zuletzt mit einer Zunahme der sozialdemokratischen Bürgerzahl gerechnet werden. Mit anderen Worten: Die sozialdemokratische Partei basiert auf einer geschichtlich gewordenen Wirtschaftsschicht, deren numerische Bedeutung nicht auszuschalten ist.

Ein Blick auf England genügt, um diesen unabänderlichen Entwicklungsmodus festzustellen. England ist das klassische Land des Zweiparteiensystems. Es hat eine liberale Partei, die, in beachtenswertem Gegensatz zum romanischen und deutschen Liberalismus in sittlichen und religiösen Dingen nicht dem Relativismus huldigt, sondern konservativ ist. Außerdem hat diese liberale Partei von je den speziellen Arbeiterfragen Verständnis und Sympathie entgegengebracht. Und doch hat sie das Aufkommen einer sozialistischen Arbeiterpartei nicht zu verhindern vermocht. Möchte man doch endlich erkennen, daß die hemmungslose Ausbreitung der industrie-kapitalistischen Herrschaft naturgemäß das Wachstum eines revolutionär gesinnten Sozialismus begünstigt. Und daß dieses Wachstum nicht mit Gewaltmitteln zu hindern ist. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“, ist eine haltlose Staatsdoktrin, die in ihrer psychologischen Jämmerlichkeit nicht gemindert wird, weil der alternde Bismarck sich zu ihr bekennt hat.

In den Vereinigten Staaten macht sich die gleiche Erscheinung bemerkbar. Auch dort ist die sozialistische

Partei im Anzug, sie wird in jeder Wahlperiode stärker. Wenn in den Vereinigten Staaten die Sozialdemokratie heute noch nicht die Macht ist, die sie ihrer numerischen Bedeutung entsprechend sein könnte, so ist das auf zwei Gründe zurückzuführen. Die demokratische Idee der Gleichheit Aller vor dem Gesetz und untereinander ist in Nordamerika stärker verwirklicht als auf dem Kontinent, England eingeschlossen. Dies wirkt zweifellos als Abzugsventil für radikalisierende Tendenzen. (Man muß in den Staaten gewesen sein und diese praktische Sozialpolitik der Angleichung der Stände erkannt und erlebt haben, mit der daraus folgenden Pazifizierung der sogenannten unteren Schichten.) Noch bedeutsamer aber für das verhältnismäßig langsame Vordringen sozialistischer Ideen ist die Tatsache, daß der nordamerikanische Arbeiterstand noch keine Elite in unserem Sinne hat; der nordamerikanische Arbeiter steht — wie das gesamte Amerikanertum — auf einer kulturpolitisch niedrigeren Stufe als in Deutschland. Der amerikanische Arbeiter ist bei gutem Lohn, demokratisch anständiger Behandlung und absoluter politischer Gleichberechtigung mit der Vorherrschaft der plutokratischen Schicht verhältnismäßig zufrieden. Da aber in den Staaten — und hier erst recht — der kapitalistische Industrialismus hemmungslos vorangeht und ein industrialistisches Junkertum erzeugt, das seine Vorherrschaft immer rücksichtsloser geltend macht, so ist die Ueberwindung der verhältnismäßigen Passivität der amerikanischen Arbeiterschaft nur eine Frage der Zeit. Ich habe in meinem 1906 erschienenen Buch über Nordamerika den Gedanken ausgesprochen, daß die Staaten bei fortschreitender kapitalistischer Entwicklung vermutlich das erste Gemeinwesen sein werden, in dem die sozialistische Idee wird realisiert werden. Also auch in Nordamerika ist von einem Zweiparteiensystem gar keine Rede. Dort wie hier — in Europa — drängt im Gegenteil die parteipolitische

Entwicklung auf die Bildung mehrerer Parteien, weil diese in den sozial-wirtschaftlichen Verhältnissen begründet sind.

Auch die Deutschnationale Volkspartei baut sich soziologisch auf; sie erst recht. Sie umfaßt ihrem Wesen nach alle auf dem bequemen Polizeikonserwativismus stehenden Schichten, die, von allem Geistigen und Psychologischen entfernt, den sittlich gemeinten Satz von Friedrich Stahl: Autorität, nicht Majorität, in die grobschlächlige These vom Recht der Herrschaft wirtschaftlicher Macht über die Nachgeordneten umdeuten. Autorität ist ihnen: Besitz, Privilegium, Erbgang. Autorität ist ihnen nicht die Vorherrschaft sittlicher Ideen auch in der Eigentumsordnung, sondern einfach Machtausübung irgendwie erworbener Kräfte im Wirtschaftlichen oder Politischen. Daher der Zulauf zu dieser Partei. Die alte konservative Partei konnte nie hochkommen — im Sinne des Propularbegriffs — weil sie doch immerhin „belastet“ war von christlich-sittlichen Vorstellungen, die, wenn auch nur gepflegt von einem kleinen Kreis innerhalb der Partei, doch als Schwergewicht wirkten und die Partei vor den rein kapitalistischen wie antisemitischen Ausschreitungen bewahrte. Heute ist der ganze liberale und demokratische Pöbel bei den Deutschnationalen. Ich gebrauche das Wort zur Umschreibung der soziologischen Auffassung jener Kreise — dazu gehören auch gewisse katholische — deren Herzen, durch platten Egoismus verkrustet, das Wesen eines neuen Zeitgeistes nicht wahrnehmen und deshalb es ablehnen, sich mit einer neuen sozial-sittlichen Ordnung zu befreunden. Sie kleben am Stationären und meinen, es genüge Machtentfaltung, um ihre Prärogativen zu erhalten. Es sind die geistig Armen im Bunde mit jenen geistig Reicheren, die die egoistischen Forderungen über die sittlichen stellen und

dies durch eine christlich gefärbte Rabulistik begründen.

Solchermaßen ist die Masse beschaffen, auf die sich die Deutschnationalen stützen. Diese Masse ist unterm polizei-konservativen Gesichtspunkte ziemlich homogen; sie ist eine konstante soziale Schicht, die parlamentarisch zum Ausdruck kommt, eine Partei, die aus Realitäten wächst, sich auf sie stützt und nicht auf Ablösung harret.

Obwohl keine konfessionelle Partei, ist das Zentrum zunächst die Partei des katholischen Volksteils. Dieser ist der Kern, auf den sich das Zentrum stützt; der katholische Volksteil ist eine bestimmte, fest umrissene Schicht mit parteigesichtlicher Tradition und einem ganz bestimmten Komplex idealer, öffentlicher Interessen. Unter dem Gesichtspunkt seiner Entstehung ist das Zentrum eine notwendige Partei, wahl- und parteipsychologisch gerechtfertigt aus den Gründen, aus denen es entstanden ist. Es ist zwar neuerdings Mode geworden, zu erklären, daß sich ebensoviel Katholiken außerhalb des Zentrums befänden wie innerhalb desselben. Das ist nur halb wahr. Die katholische Kirche betrachtet wohl jeden katholisch Getauften als zu sich gehörig. Aber das Zentrum kann diejenigen Katholiken, die sich durch ihr Bekenntnis außerhalb des christlichen Glaubens gestellt haben, nicht als Katholiken anerkennen. Nun ist es doch Tatsache, daß in der Sozialdemokratie viele Zehntausende von „katholischen“ Arbeitern sind. Kein Politiker wird diese Parteigänger als Katholiken ansehen. Will man gerecht sein, so wird man diejenigen Katholiken, die sich bewusst in Gegensatz zu ihrer Kirche stellen, nicht als Katholiken in der eminenten und wahltechnisch zu gebrauchenden Bedeutung des Wortes bezeichnen dürfen. In solcher Betrachtung sieht die angeführte Behauptung schon anders aus. Die ihrer Stellung sich bewußten Katho-

liten sind zweifelsohne beim Zentrum. Der zu den Deutschnationalen abgesplitterte Teil ist nicht groß genug, um als politisch zu bewertender Bestandteil betrachtet zu werden. Es gilt von ihm, was oben von den abgesplitterten Demokraten und Liberalen gesagt wurde: Leute, denen das Materielle — in irgendeiner Form — über das Ideale geht; mittlere und größere Fabrikanten, Agrarier und ein kleiner Teil irregeleiteter Bauern, unzufriedene Akademiker, die es nicht verwinden können, daß der Prolet — auch wenn er etwas kann — ihnen gleichgestellt sein soll. In der unmittelbaren Gefolgschaft des Heilands waren wenig Akademiker, auch Junker, Hochadel und Großhandelsleute waren kaum anzutreffen. Wie man auch die Sache wenden möge: das Zentrum ist der Repräsentant des katholischen Volksteils, also eine gegebene Größe.

Trotzdem ist aber das Zentrum keine konfessionelle Partei und war es auch nie; es haben ihm immer Protestanten angehört. Und ist die Entwicklung geradlinig, so wird es diesen seinen Charakter als interkonfessionelle Mittelpartei immer stärker betonen und schärfer herausarbeiten. Das Zentrum ist die Zukunftspartei der Mitte, die deutsche nationale und christlichsoziale Mittelpartei auf republikanischem und demokratischem Boden.

Von den kleinen Parteien braucht nicht gesprochen zu werden. Die Möglichkeit, daß die Kommunisten in der Sozialdemokratie, die Völkischen in der Deutschnationalen Volkspartei aufgehen, ist gegeben. Die bayerischen Volksparteiler gehören zum Zentrum, ebenso die Welfen, die durch viele Jahrzehnte beim Zentrum hospitierten.

Jedenfalls muß vom realpolitischen Standpunkt aus für lange Jahre hinaus mit den vorhandenen Parteien als geschichtlich gewordenen poli-

tischen Körperschaften gerechnet werden. Von einem Zweiparteiensystem kann gar keine Rede sein. Wir sehen ja in allen Ländern eine Hinweg-Entwicklung vom Zweiparteiensystem zur stärkeren Differenzierung. Und das ist ganz natürlich. Die politisch-sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse werden nicht primitiver, sondern komplizierter. Es ist auf England schon hingewiesen worden und auf die Vereinigten Staaten. Das Zweiparteiensystem genügt nicht dem organisierten Bedürfnis nach politischer und sozial-wirtschaftlicher Betätigung. Es ist deshalb unerfindlich, wie ein so weitsichtiger Politiker wie Dr. Teipel in seiner sehr lesenswerten Broschüre „Heraus aus dem Turm“ den Gedanken vertreten kann, daß in unseren so differenzierten Verhältnissen ein Zweiparteiensystem möglich sei. Es müßte ein poli'sches Wunder geschehen, um eine solche Entwicklung herbeizuführen. Auch das Mittel, das Teipel empfiehlt, ein Wahlsystem, nach dem in den einzelnen Bezirken die relative Mehrheit den Abgeordneten stellt, ist mehr als problematisch. Man kann sich von einem solchen Mussolinismus in deutschem Gewande wirklich nichts versprechen. Gewiß würden, wenn man die relative Mehrheit entscheiden läßt, die einander nahestehenden Parteien sich vorher einigen. Aber das würde trotzdem keine Lösung bringen. Es wären der inneren Spannungen so viele, die zu ganz regelmäßigen Explosionen führten. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Wahlrecht doch nur durch einen Staatsstreich herbeizuführen wäre. Wir hoffen aber, daß die Periode der Staatsstrieche abgeschlossen ist. Wir brauchen eine ruhige, stetige Entwicklung.

Man muß in diesem Zusammenhang noch auf den eigentlichen Zielpunkt der Teipelschen Ausföhrung eingehen. Er glaubt, daß die zukünftige politisch-wirtschaftliche Entscheidung unter den Begriff „europäisch-liberal“ und „national-konservativ“ zu

bringen ist. Auf eine solche These und Lösung werden wohl die wenigsten vorbereitet gewesen sein; es liegt zuviel Schlagwortmäßiges darin. In den folgenden Abschnitten wird auf den Sinn dessen, was Teipel meint, näher eingegangen werden: auf die Frage der Weltwirtschaft; von ihr aus formuliert Teipel seine These. Sie hat aber auch eine formal-politische Seite, und auf sie soll mit ein paar Worten eingegangen werden. Europäisch? Nun, ich glaube, daß es keinen Zentrumsmann gibt und überhaupt keinen vernünftigen Politiker, der nicht europäisch denkt. Ich für meine Person gehe noch weiter und sage: wir denken ökumenisch, nicht nur in Weltteilen, sondern weltumfassend. Die Frage ist nur, mit welchen Mitteln das Ziel zu erreichen ist. Teipel spricht sich darüber nicht eingehend aus. Er meint: europäisch, das ist weltwirtschaftliche Weitherzigkeit und national-konservativ ist nationalistische Engherzigkeit. Man könnte diese Formulierung zugeben, wenn sich darunter nicht der Begriff wirtschaftlicher Internationalität verbergen würde, die unbedingt abzulehnen ist, weil sie das Gegenteil von dem herbeiführen würde, was die „Europäer“ erwarten, nämlich den wüsten Kampf Aller gegen Alle, die Mobilisation der Nationen und Kontinente gegeneinander.

In der idealen Ausdeutung sind wir, wie gesagt, Dekumeniker. Wir wollen, daß die Völker einander nahe kommen, sich verständigen, sich ergänzen, brüderlicher werden, daß wir auf dem Weg des Weltfriedens in den Reichgottesfrieden hineinwachsen, daß man Differenzen nicht mehr durch sinnlose Kriege zu begleichen versucht. Die bewohnte Erde soll zum Dominium des kultivierten Menschen werden. (Vorläufig errichten unmittelbar aufeinander angewiesene Länder noch ungeheuerer Verkehrshindernisse, die das Reisen erschweren und die Ungleichung verhindern.) Als Resultat eines christlichen und allgemein menschlichen Idealismus ist das Euro-

päertum eine Selbstverständlichkeit, ein Ziel, das jeder gerechte und weitschauende Politiker anerkennt und erstrebt. Aber die Mittel, es zu erreichen, sind nicht in der Rüstkammer des wirtschaftlichen Internationalismus.

Das Zweiparteiensystem ist unmöglich, in Deutschland ganz bestimmt, aber auch in der übrigen parlamentarisch regierten Welt. Es hat keinen Wert, über dem Streben nach praktisch Unerreichbarem die wirklich positive Arbeit zu vernachlässigen. Diese positive Arbeit liegt vor; sie schreitet nach gewissenhaften Vertretern; sie verlangt vor allem eine starke Partei der Mitte. Kräftigung der Zentrumsparterie heißt die Parole der nächsten Zukunft. Wir haben die starke Rechte und die starke Linke, beide gewachsen auf dem Boden realpolitischer Tatsachen und im automatischen Zwange wirtschaftlicher und politischer Machtentfaltung. Beide Parteien — mit ihren Appendices — sind für die nächsten Jahrzehnte unausschaltbar, wenn Deutschland vor der bolschewistischen Revolution bewahrt bleibt, was wir alle hoffen. Immerhin muß mit der Möglichkeit einer solchen gerechnet werden, wenn man den industrialistischen Kapitalismus sich weiter hemmungslos entfalten läßt, ihn nicht eindämmt, oder ihn nicht zum „parlamentarischen“ Industrialismus umbildet, auf nationaler Grundlage natürlich.

Wie dem auch sei: die mittelbare und unmittelbare Zukunft verlangt eine starke Partei der Mitte, stärker als sie jetzt ist, damit sie wirklich ein Faktor der politisch-parlamentarischen Ausbalancierung werden kann. Das „katholische Zentrum“ ist der Kern dieser Partei der Mitte. Wir sind wahrlich noch nicht so weit, als ob die Katholiken im Sinne Teipels sich in den übrigen Parteien verflüchtigen könnten. Ich fürchte, mein lieber Kollege und Mitstreiter Teipel schätzt die anti- und widerchristlichen und widerkirch-

lichen Mächte viel zu gering ein. Diese sitzen, das sei besonders scharf unterstrichen, viel weniger beim radikalen Sozialismus, als bei dem an sich wohl indifferenteren und eben darum so gefährlichen „satten Bürgertum“, dessen Scharen die heutige Rechte bevölkern. Das Zentrum ist heute mehr denn früher die geschichtlich gewordene Schutztruppe des Christentums und der christlichen Kirchen. Das darf und muß ein Evangelischer sagen, der die Dinge leidenschaftslos überschaut, der auch wohl weiß, daß „Rom“ aus seinem Formalprinzip heraus keine Konzessionen macht, gleichwohl aber den modus vivendi einer ökumenischen Christlichkeit befürwortet.

Dem Kern des „katholischen Zentrums“ soll sich angliedern alles, was im Prinzip Politik nach christlichen Gesichtspunkten treibt. Dazu gehört die Bayerische Volkspartei, gehören die Welfen und gehört das Gros der evangelischen Christlichsozialen und auch die Mittelstandsparteien. Und es wäre ein Ziel des Schweißes der Edeln wert, auch die Demokraten in diese Partei der Mitte einzureihen, wenn sie es über sich brächten, die Toleranz im Sinne ihrer Vorfahren oder auch nur in der wohlthuenden philosophischen Form eines Dr. Drill von der „Frankf. Ztg.“ aufzufassen und zu interpretieren. Toleranz heißt nicht „Duldung“ — das ist ein überhebliches, anmaßendes Wort — es heißt verstehen aus dem Herzen heraus.

Aber auch ohne die Demokratie muß das Zentrum als Partei der Mitte seine Einflußsphäre vergrößern, es muß alles an sich ziehen, was einen wirklichen Ausgleich im Politischen und Wirtschaftlich-Sozialen erstrebt. Wir wollen nicht dem Phantom eines Zweiparteiensystems nachjagen, sondern realpolitisch eine Partei erbauen, in der eine rationelle Politik der Mitte möglich ist.

## Wirtschaft und Weltwirtschaftskrise

Der Senator Capper aus Kansas war vor einiger Zeit in Paris und ließ sich dort von französischen Journalisten interviewen. Capper will die europäischen agrikulturnellen Verhältnisse studieren und erforschen, wie der Getreideüberfluß von Kansas unter die europäischen Völker zu bringen sei. Kansas leidet an einer Getreide-Überproduktion. Capper nennt das ein „Unglück“ und meint, die französischen Bauern seien zu beglückwünschen, daß sie unter einem solchen Unglück nicht zu leiden hätten.

Ähnliche Verhältnisse gelten auch für Indien, für Argentinien und es wird nicht mehr lange dauern, so wird auch für Rußland und die meisten Balkanländer der gleiche Zustand eintreten. In Frankreich herrscht eine Überproduktion an Wein, in vielen anderen europäischen Staaten aber eine Überproduktion an Industriefabrikaten. Der Weltkrieg hat ja die gesamte Güterproduktion in ihren Erträgen zurückgeworfen; der Zeitpunkt ist aber nicht mehr fern, in dem alle Faktoren der Gütererzeugung ihre alte Leistungsfähigkeit zurückgewonnen haben werden; dann stehen die Kulturländer agrarisch oder industriell vor der Tatsache, daß sie mehr erzeugen, als sie brauchen, und daß sie darum auf *Ausfuhr* angewiesen sind.

Nun wäre das Rechenexempel an sich sehr einfach: Amerika, Indien, der Balkan führen Agrarprodukte aus in die Industrieländer und diese versorgen jene

mit Industrieprodukten. Das ist ja auch wohl der Grundgedanke sowohl in der liberal-manchesterlichen, wie der sozialistischen Wirtschaftslehre der kultivierten Welt. Ein Wirtschaftsgebiet, in dem agrarische und industrielle Produktion sich ausgleichen. Das braucht nicht so verstanden zu werden, als ob die Industrie- und agrarischen Länder lediglich sich den Spezialproduktionen widmeten; es gibt hüben und drüben Selbstversorger, die man ruhig gewähren lassen kann. Das hört sich ganz gut an. Aber die Rechnung hat einen grundsätzlichen Fehler. Sie übersieht, daß es bei dem jetzigen Stand der industriellen Entwicklung nicht bleiben wird. Die Industrie-Einfuhrländer werden mit der Zeit eigene Industrien bekommen. Wissenschaft und Technik sind heute Gemeingut aller Völker; der Vorsprung, den ein Land auf diesem oder jenem Gebiet in technischer Beziehung hat, ist bald eingeholt; die Länder tauschen ihre Techniker, Ingenieure, Geschäftsleiter, Wissenschaftler aus, so daß es einem Lande schwer fällt, den durch Spezial-Erfindungen erzielten Vorsprung auf die Dauer aufrecht zu erhalten. Vor allem aber sorgt das Anlage suchende Kapital dafür — sobald die Verhältnisse wieder annähernd normal geworden, die Nachteile des Krieges überwunden sind und die Kapitalbildung im Fortschreiten begriffen ist —, daß Industrien sich überall, in allen Ländern entwickeln, in denen auch nur ein Mindestmaß von Voraussetzungen vorhanden ist.

Vergesse man nicht, daß das Anlage suchende Kapital die nationalen Verbände der Gütererzeugung dekomponiert hat. England hat seine industrialistische Entwicklung lediglich der Tatsache zu „verdanken“, daß das englische Kapital mit der nationalen Agrarrente von 3—3½ Prozent nicht zufrieden war. Deshalb wurden Industrien gegründet und die englische Landwirtschaft preisgegeben. Dieser Prozeß wiederholt sich in der ganzen kultivierten Welt. Er ist durch

den Krieg unterbrochen worden, wird aber sofort wieder einsetzen, wenn die Wunden, die der Weltkrieg geschlagen, geheilt sind.

Die Länder, die Industrieprodukte eingeführt haben, werden mit der Zeit ihr industrielles Bedürfnis selbst befriedigen; das geht nicht von heute auf morgen; aber der Zeitpunkt wird ganz bestimmt eintreten, in dem das Anlage suchende Kapital die notwendigen Industrien gegründet haben wird. Das wird in Kansas so gut geschehen, wie in Bulgarien oder in der Türkei. Das bedeutet, daß die Industrien bisheriger Ausfuhrländer lahmgelegt werden. Denn an Menschen, die die Industrie bedienen, fehlt es nicht, um so weniger, als die sich fortwährend verbessernde maschinelle Produktion die gelernten und Qualitätsarbeiter in immer größer werdendem Umfange entbehren kann. Was hier gesagt wird, ist keine Schwarzseherei — es ist eine unabwendbare naturgemäße Folge der fortschreitenden industrialistisch-kapitalistischen Entwicklung, die schon ganz andere Dimensionen angenommen hätte, wenn nicht der Weltkrieg ein ökonomisches Ritardando eingefügt hätte, das in seiner spezifischen Wirkung wohl noch ein oder zwei Jahrzehnte anhalten kann.

Das Anlage suchende Kapital kümmert sich nicht um wirtschaftliche Zusammenhänge, auch nicht um nationale Bestände oder Wünsche, noch weniger um die Zukunft irgend eines Volkes. Es huldigt einem absolut gewordenen Eudämonismus, der lediglich nach dem augenblicklichen Nutzungseffekt fragt und im übrigen sagt: nach uns die Sintflut.

Es ist ganz zweifellos, daß von dem Zeitpunkt an, in dem die kapitalistische Spekulation in vollem Umfange ihre Tätigkeit aufnehmen kann, ein wirtschaftlicher Wirrwarr ohnegleichen einsetzen wird. Was der Senator aus Kansas den Journalisten des „Matin“ stammelnd klagte, daß sein Land vor einer agrarischen

Ueberproduktion steht, wird sich ins Industrialistische übersezt, in allen Ländern zeigen. Dann steht die kultivierte Welt voll von Fabriken, die nur teilweise beschäftigt werden können.

Was wir heute unter Weltwirtschaftskrise verstehen, ist die Tatsache, daß überall der Absatz stößt. Man hat zur Erklärung auf sozialistischer Seite das Schlagwort gefunden: es handelt sich nicht um Ueberproduktion, sondern um Unterkonsumtion. Daran ist schon etwas Richtiges, weil der Weltkrieg mit seiner Minderung und Zerstörung aller Werte den ganzen Status der Lebenshaltung herabgesezt hat. Aber die Behauptung trifft nicht den Kern der Sache. Die Unterkonsumtion wird überwunden pari passu mit der zunehmenden Reaktivierung der internationalen Wirtschaftsmaschine, die durch den Weltkrieg gestört wurde.

Der Absatz stößt, weil die kapitalistische Produktion planlos arbeitet, weil sie sich nicht nach dem Bedürfnis richtet, weil sie ja in vielen Sparten gar nicht gegründet wurde, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern günstigstenfalls um Bedürfnisse zu erzeugen, in der Hauptsache aber, um einen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen.

Nun ist es klar, daß es unmöglich ist, die internationale Produktion in eine Plan-Wirtschaft zu verwandeln. Es ist aber ebenso klar, daß die Planlosigkeit zu katastrophalen Störungen führen wird. Man müßte also schon den Versuch machen, das ganze Gebiet der kultivierten Menschheit zu einem Einheitsgebiet des Wirtschaftlichen zu gestalten, innerhalb dessen ebensogut ein Austausch von Menschen wie von Waren stattfinden kann. Der Sozialismus hat ja auch tatsächlich in seinen anfänglichen utopischen Formen solche Ideen propagiert, und als idealistischer Untergrund leben sie auch heute noch in ihm fort. Und vom idealen und sittlichen Standpunkt läßt sich auch gar

nichts dagegen einwenden. Die Tatsache ihres Vorhandenseins durch die Jahrhunderte und Jahrtausende beweist nicht nur den stationären Charakter der Irrtümer im Denken und in der Psychologie, sondern auch die Kraft eines Idealismus mit dem Motiv zur Pflicht der Brüderlichkeit und Barmherzigkeit, die man nicht gering schätzen soll.

Auch das Manchesterium vertritt einen ähnlichen utopistischen Standpunkt. Es geht nicht an, im Manchesterium lediglich eine Ausgeburt sozialer Roheit zu erkennen. Auch die Lehre Cobdens und seiner Schüler will letzten Endes die Menschheit beglücken; jede Nation bringt das ihr eigentümlich Zusagende hervor und tauscht das Gewonnene aus: das ist der tiefere Sinn des *laissez faire* und *laissez aller*. Auch die moderne Lehre von der internationalen Weltwirtschaft fußt auf dem Gedanken, durch ungehemmten Austausch der Wirtschaftsgüter das höchstmögliche Maß von wirtschaftlicher Zufriedenheit und Wohlhabenheit herbeizuführen.

Daß alle diese Doktrinen falsch sind, lehrt ein nüchterner Blick auf das Tatsächliche. Welches ist der tiefste Grund des Weltkrieges? Die Tatsache, daß sich England in seiner industrialistischen Hegemonie bedroht fühlte. Es konnte Deutschland als erfolgreichen Nebenbuhler auf dem Weltmarkt nicht gebrauchen, es fühlte sich durch den hochkommenden industrialistischen Gegner in seinen wesentlichen wirtschaftlichen Interessen gefährdet. Und mit Recht.

Ich habe es immer so lebhaft beklagt, daß ein Mann wie Friedr. Wilh. Förster — der intellektuell und sittlich eine ganz andere Potenz darstellt, wie seine leichtfertigen nationalistischen Gegner — es nicht einsehen will, daß der letzte und entscheidende Grund zum Weltkrieg ein wirtschaftlicher war, eben der Gegensatz zwischen England und Deutschland, den beiden

Staaten, in denen der industriell-kapitalistische Typ am schärfsten herausgebildet war —, zwischen denen es zu einem Zusammenstoß kommen mußte. Deutschland war für England der lebengefährdende Konkurrent auf dem Weltmarkt, den England beherrschen mußte, weil es seine Landwirtschaft aufgegeben hatte. Die Beherrschung des Industrie-Weltmarktes war für England eine Lebensnotwendigkeit. So mußte die englische Politik planmäßig darauf ausgehen, den Gegner Deutschland zu beseitigen. Und es ist gelungen. Man braucht den russischen Pan-Slawismus, die französischen Revancheideen und den deutsch-österreichischen Militarismus als kriegsbildende Ursachen wahrlich nicht zu unterschätzen —, als Hauptschuldiger wird immer England erscheinen, für das es eine Lebensnotwendigkeit war, Deutschland als Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu besiegen.

Geht die planlose Entwicklung der Weltwirtschaft in den seitherigen Formen weiter, so sind weitere Zusammenstöße unausbleiblich. Auch die „Vereinigten Staaten von Europa“ werden die Katastrophen nicht verhindern. Nordamerika droht nicht nur mit einer Ueberproduktion an Agrarprodukten, sondern auch mit einer solchen an Industriegütern. Dann würde wohl der Kampf zwischen Europa und Amerika entbrennen. Und wenn Asien kapitalistisch wird? Indien und China? Wenn sie alle Industrieprodukte erzeugen und diese Länder ihre Landwirtschaft intensivieren? Dann erscheint der oft gefürchtete bellum omnium contra omnes — der Krieg aller gegen alle. Man braucht aber an die Perspektive des Eintritts der asiatischen Völker in den internationalen Wirtschaftskampf gar nicht zu denken; es genügt, wenn sich die europäischen Staaten das industrialistisch-kapitalistische System zu eigen gemacht haben, um einen Wirtschaftskampf aufsteigen zu sehen, der zu den schwersten Katastrophen führen muß.

Es ist klar, daß man das industrie-kapitalistische System nicht ungehemmt sich entwickeln lassen kann, sonst wird der Bolschewismus versuchen, es abzulösen. Daß der Bolschewismus kein wirtschaftliches Rezept ist von gesundmachender Kraft, braucht nicht gesagt zu werden, so wenig wie die sozialistische Theorie ein wirtschaftliches Heilmittel sein kann. Aber wenn das wirtschaftliche Chaos da ist, werden alle Mittel der wirtschaftlichen Kurpfuscherei versucht werden.

Es handelt sich wahrlich nicht darum, die privat-kapitalistische Produktionsform zu beseitigen; sie ist und bleibt das Agens aller Produktion, insoweit sie sich auf den Standpunkt des ehrlich auszuführenden Wettbewerbs stellt. Was wir heute aber an industrialistischer Zentralisation erleben, ist Ausschluß des Wettbewerbs und der Gewerbefreiheit. Wenn ein Stinnes wahllos und sinnlos Werte zusammenrafft und Fabrikationen erwirbt, von denen er fachlich nicht einmal etwas versteht, wenn sich ungeheure Konzerne bilden, die die Preise absolutistisch festsetzen, so wird damit die wirtschaftliche Wohltat der Konkurrenz ausgeschaltet. Der gesunderhaltende Sauerstoff des Wettbewerbs ist eliminiert. Es kann praktisch nicht mehr von Wettbewerb und Gewerbefreiheit die Rede sein.

Man wird sagen: die wirtschaftliche Entwicklung ist im Sinne der Industrialisierung schon viel zu weit vorgeschritten, als daß man noch etwas dagegen unternehmen könne, alle folgende Entwicklung sei eben zwangsläufig. Darin steckt schon etwas Wahres; allein es ist doch nicht die ganze Wahrheit.

Es war gewiß ein Fehler, daß man den Industrialismus als eine wirtschaftliche Begleiterscheinung des Anlage suchenden Kapitals sich hemmungslos hat entwickeln lassen. So gewiß Industrie notwendig und im Wesen der modernen, historisch gewordenen Wirtschaft begründet ist, so unnötig ist der

Industrialismus. Eine planvolle internationale Gesetzgebung hätte ihn hindern können. Denn der Industrialismus, der die selbständigen Gewerbetreibenden beseitigt, hat die Produkte weder billiger, noch besser gemacht. Vom Standpunkt der rationalen Wirtschaft aus hat der Industrialismus keinen Fortschritt gebracht, wohl aber einen Rückschritt: er hat ungeheure Arbeiterheere geschaffen, Millionen von selbständigen Menschen enteignet und damit die sozialistischen Arbeiterbataillone auf den Plan gerufen. Mit den Mitteln, durch die einer sündigt, wird er gestraft: der kapitalistische Industrialismus hat sich in den Arbeiterheeren seinen erbitterten Feind geschaffen, der nicht eher ruhen wird, als bis eine wirtschaftlich richtige und menschlich befriedigende Lösung geschaffen ist. Davon wird im folgenden noch die Rede sein.

Es handelt sich zunächst um die Klärung der Frage: wie wird der internationale Kampf der kapitalistischen Industrie auf dem Weltmarkt zu beseitigen sein? Die Optimisten meinen, es genügt, wenn man den Güteraustausch auf dem internationalen Markt unbehelligt vor sich gehen läßt, wenn man alle hemmenden Schranken beseitigt, um ein großes, einheitliches Welt-Wirtschaftsgebiet herzustellen. Das hat schon der alten Nationalökonomie vorgeschwebt, als sie ihre durch den Freihandel herbeizuführende Theorien von der automatisch sich einstellenden Harmonie aller Interessen aufstellte. Es ist schon gesagt worden, daß dies die nämliche objektiv sittliche Lehre ist, wie die des Sozialismus; und alle diese Ideologien wollen die wirtschaftliche Harmonie der ganzen Welt, Freiheit und Gerechtigkeit für alle. Aber die soziale Psychologie bei beiden schürft nicht tief genug. Die Realisierung beider Systeme hatte die Internationalisierung zur Voraussetzung. Aber die Welt kann nur aus Staaten und Völkern bestehen; nicht aus solchen, die in ver-

ewigtem Gegensatz zueinander sich mit sinnlosen Kriegen überziehen, die im Gegenteil danach streben, in Brüderlichkeit miteinander zu leben, die sich ausgleichen und angleichen, die einander gegenseitig unterstützen, so wie es die großen Lehrer der Menschheit von je verlangten und wie es durch den Stifter der christlichen Religion als Ziel irdischer Entwicklung hingestellt wurde: dein Reich komme.

Aber Staaten, Völker, Rassen sind kosmisch begründete Erscheinungsformen des allgemein Menschlichen. Wir kommen aus den Begriffen: Staat, Volk, Rasse nicht heraus, selbst wenn wir es wollten. Denn das kosmisch, tellurisch, klimatisch organisierte Milieu bedingt die Differenzierung. Weil Staat und Volk als gegebene Größen bestehen, müssen sie auch für ihr Eigenleben sorgen. Zu diesem Eigenleben gehört wirtschaftliche Selbständigkeit. Ist diese gefährdet, so gibt es Hemmungen, Störungen, Krisen, Krankheiten. Zur wirtschaftlichen Selbständigkeit gehört die Fähigkeit der eigenen Ernährung. Diese aber ist nur möglich, wenn die großen Völker das, was sie an Nahrungs- und Gebrauchsartikeln in der Hauptsache brauchen, selbst erzeugen. Die Wirtschaftspolitik eines jeden Volkes und Staates wird darauf hinaus zu gehen haben, alles was die Nation hauptsächlich braucht, selbst herzustellen. Für den Tausch bleibt genug übrig. Was in dem einen Klima nicht wächst, gedeiht in einem andern, und die Güter der Erde sind ja dazu da, Allen zugänglich gemacht zu werden. Wir in Deutschland werden wohl immer Baumwolle, Kautschuk, Bananen und Apfelsinen einführen, weil sie sich bei uns nicht erzeugen lassen.

Die nationale Autarkie ist zugleich die wirtschaftliche. Internationalisierung der Wirtschaft bedeutet den Krieg ohne Ende. Wir haben im Weltkriege einen Vorgeschmack davon erlebt. Es ist der furchtbare psychologische Irrtum

der Sozialisten und Freihändler, daß sie die Entwicklungsgesetze der Nationen übersehen und daß sie ferner übersehen, daß das hemmungslose und Anlage suchende Kapital überall, in allen Ländern die Industrialisierung durchführen wird. Mit jeder Industrialisierung wächst zwangsläufig die Notwendigkeit der Ausfuhr und damit wird die Planlosigkeit in der internationalen Gütererzeugung zur wirtschaftlichen Anarchie. Man denke an das erwachende China, an das erwachende Indien. Bei einem indischen Nationaltag sind Zehntausende mit dem alten Spinn-Apparat erschienen, um zu dokumentieren, daß sie jederzeit in der Lage sind, sich textilmäßig unabhängig zu machen. Es ist nicht so, daß Maschinen, Eisenbahnen, Verkehrsverbesserungen erfunden wurden, um die Nationen aufzulösen in einen großen internationalen Wirtschaftsbrei. Die Nationen werden dem immer widerstreben. Beseitigt man die wirtschaftliche Selbständigkeit der Völker, so werden die Zusammenstöße immer wichtiger und es kommen schließlich Kämpfe von Kontinent gegen Kontinent, ohne daß etwa damit eine befriedigende Lösung erreicht würde; aus einem immer wieder bereiteten Chaos müßten die Völker stets neu aufsteigen. Wer dem echten Pazifismus dient und den wahrhaften Frieden unter den Völkern erstrebt, der muß dafür eintreten, daß die wirtschaftlichen Kontaktflächen in Ansehung des Ausfuhrhandels vermindert werden.

Nun ist die Frage: Kann das überhaupt noch durchgeführt werden, ist die Entwicklung nicht zu weit vorgeschritten? Sie ist jedenfalls für Deutschland noch nicht zu weit vorgerückt und für viele andere Länder erst recht nicht.

Deutschland muß den Anfang damit machen, seine nationale Wirtschaft davor zu bewahren, in unnatürliche Verflechtungen mit der Weltwirtschaft zu ver-

fallen. Weltwirtschaft wird sein und muß sein, weil sie als der große Preisregulator wirkt und Austausch jener Produkte bewirkt, die durch partikuläre Bedingungen der einzelnen Länder erzeugt werden. Aber die Nationen sollen das Grundprinzip, was sie in der Hauptsache brauchen, auch selbst herzustellen, nicht außer acht lassen. Das bringt die Weltwirtschaft in ihre natürlichen Bahnen und bewahrt die einzelnen Völker vor wirtschaftlichen Katastrophen und vor Explosionen, die sich in Kriegen entladen. Die Bedeutung des Weltkrieges sollte endlich verstanden werden.

Das Rückgrat einer jeden nationalen Wirtschaft ist die Landwirtschaft. Daß ich unter Landwirtschaft Bauern-Wirtschaft und nicht Vorherrschaft des Großgrundbesitzes verstehe, ist selbstverständlich. Eine gut funktionierende Landwirtschaft ist zugleich der natürliche Regulator für die ganze nationale Produktion. Der kapitalistische Industrialismus kann nicht so leicht zu Ausschreitungen kommen, die Struktur des Ganzen wird gesicherter sein.

Ordnung und Ruhe, eine leichtere und glattere Abwicklung aller wirtschaftlichen Beziehungen wird erfolgen, wenn die Nationen und Länder ihren ganzen Haushalt auf die Möglichkeiten und Bedingungen der eigenen nationalen Produktion einrichten. Man braucht keine Angst zu haben, daß die Länder und Völker in die „Primitivität des agrarischen Staats“ oder einer „auskalkulierten Bedarfswirtschaft“ verfallen. Der Verkehr streckt seine Polypenarme um die ganze Welt und macht sie zu einem Reich. Aber das fordert nicht einen künstlichen, widernatürlichen Zentralismus; es werden die Länder in ihrer Eigenart und Selbständigkeit als geschlossene Persönlichkeiten leben können. Denn soll das Ganze in Gesundheit gedeihen, so müssen Völker und Staaten partikuläre Energien erzeugen, deren Reizsamkeiten

den kosmischen Stoffwechsel beleben und so den ganzen Körper vorwärts bringen. Autarkie der Länder ist das sicherste Mittel, einen stetigen Fortschritt zu erzeugen.

Läßt man die Länder planlos produzieren, so werden wertvolle Kräfte in einseitiger Richtung „festgelegt“. Es entsteht eine Hypertrophie, die zu einem Krankheitsprozeß führen muß. Ich erinnere an den Mr. Capper aus Kansas, der nicht weiß, was mit dem planlos erzeugten Ueberschuß der Getreideproduktion seines Landes anzufangen ist. Was in Kansas mit dem Getreide passiert, kann sich in kürzester Frist mit der Industrie in irgend einem Staat der Union ereignen. Die Ueberproduktion ist da, sie will abgesetzt werden. Reibungen, Hemmungen, Widerstände sind da, die Vorbedingungen zu schmutziger Konkurrenz sind gegeben. Soll ein neuer Krieg den unbequemen Konkurrenten niederbügeln? „Wir müssen in Kontinenten denken.“ Armseliges Schlagwort einer angefressenen Händler-Ideologie. Wir müssen nüchtern und rationell denken, mit den Möglichkeiten rechnen, nicht in die Ferne schweifen, wenn das Gute nahe liegt. Und es liegt nahe und heißt: das Land auf die eigene Produktion stellen. Was wir an Ort und Stelle machen können, brauchen wir nicht aus Argentinien oder England zu beziehen. Es handelt sich vor allem darum, daß man eine Entwicklung nicht widersinnig weiter treibt. Es ist ja durchaus nicht so, als ob die Mächte und Potenzen der Weltwirtschaft eine alles beherrschende Stellung hätten; der überaus größte Teil der verbrauchten Güter wird immer noch an Ort und Stelle erzeugt; zirka neun Zehntel alles Verbrauchten beruhen auf nationaler Produktion, die die innere Logik für sich hat. Man kann die Natur den wirtschaftlichen Dingen weder mit der sozialistischen, noch mit der manchesterlichen Mistgabel austreiben. Aber man kann schließlich das

Ganze doch schädigen, wenn immer wieder der Versuch gemacht wird, die „Natur“ zu vergewaltigen. Bleibe man bei der den Dingen eingebornen nationalen Wirtschaftspolitik; sie ist ein Bollwerk gegen übertriebenen Zentralismus, sie verbürgt eine leichtere Distribution der Güter, vermindert ungesunde Vermögensanhäufungen, läßt die nationalen Volkspersönlichkeiten leichter und sicherer wachsen, ermöglicht die leichtere Lösung und Bereinigung der internen sozialen Probleme, vermeidet internationale Krisen und ist das sicherste Pfand gegen verheerende Wirtschaftskriege. Die Pazifisten sollten keine wirksamere Aufgabe kennen, als die Autarkie der Länder auf dem ganzen Erdenrund durchzuführen. Dann sind Weltwirtschaftskrisen unmöglich.

## Die neue soziale Struktur.

Es wird immer wieder und viel zu häufig übersehen, daß die industrialistisch-kapitalistische Wirtschaftsmethode die Struktur der geschichtlichen Gesellschaft verändert hat. Das Neue in der heutigen Epoche besteht in der Verbindung des Industrialismus mit dem Kapitalismus. Kapitalistische Epochen hat es von je gegeben, in allen Ländern, zu allen Zeiten, vollkommen neu ist das Auftreten des Industrialismus. Der Kapitalismus für sich allein hätte ihn nicht ermöglicht, er bedurfte der Maschine und der maschinellen Produktionsweise, um seine Herrschaft zu begründen. Ohne die Maschine hätte das Anlage suchende Kapital den Industrialismus nicht erzeugen können. Es ist oben schon gesagt worden, daß Industrie und Industrialismus zweierlei Dinge sind. Hütten- und Eisenwerke und Lokomotivfabriken können nur als Großbetriebe gedacht werden. Hier hat die Industrie ihren natürlichen Nährboden. Der Industrialismus aber hat den Kleinbetrieb beseitigt und das Handwerk eingeengt. Ein Beispiel, das als Paradigma gelten kann. Im Sauerland arbeiteten noch vor 30 Jahren Hunderte von kleinen Betrieben und selbständigen Meistern, die kleine Eisenwaren produzierten: Messer, Sichel, Sensen, Klammern, Haken usw. Sie lieferten gute, preiswerte Waren, der Verbraucher war vollkommen befriedigt. Da trat das Anlage suchende Kapital auf den Plan, kaufte die kleineren Betriebe auf und errichtete eigene

große Fabriken. Auch der Klein-Unternehmer hatte maschinell gearbeitet; die vorhandenen Wasserkräfte benutzte er, um die Motore in Bewegung zu setzen, die Klein-Maschine war ihm ein wichtiges und entscheidendes Werkzeug, mit dem er seine Ware auf den Höchststand technischer Vollendung brachte. Es lag also kein Konsumenten- oder Fortschrittsbedürfnis vor, diese in jeder Beziehung rationell arbeitenden selbstständigen Kleinmeister zu beseitigen. Das Anlage suchende Kapital wollte es anders. Um höhere Preise zu erzielen, wurden die Kleinen aufgekauft und Fabriken errichtet. Aus freien selbstständigen Handwerkern wurden Fabrikarbeiter, meistens gutbezahlte Fabrikarbeiter. Die Waren aber wurden nicht billiger und nicht besser; sie sind im Gegenteil im Laufe der Zeit teurer geworden. Es ist der große Irrtum — dem man immer wieder begegnet — als habe die industrialistische Großproduktion die Waren verbilligt; sie hat sie verteuert. Das ist ganz natürlich. Was in der Großproduktion an Kleinem verschleudert wird, durch Untreue, Diebstahl, geht ins Ungemessene. Außerdem soll doch die Rente der Kapitalisten und Aktionäre größer werden; die Soziallasten stiegen bedeutend, die Arbeitszeit wurde gekürzt, die hygienischen Maßnahmen der Fabriken verschlangen große Summen. Der Großbetrieb von Kleinwaren stellt sich durchweg teurer, als bei deren Erzeugung im alten handwerklichen Betrieb.

Was jenen Kleinmeistern im Sauerland passierte, wiederholte sich in immer größer werdendem Umfange auf allen Gebieten der handwerkerlichen Produktion: Schuhmacherei, Schneiderei, Schreinerei, Schlosserei usw. Wenn das Handwerk in allen diesen Sparten nicht vollkommen verdrängt werden konnte, so beweist es seine eingeborene Unverwüstlichkeit. Es beweist, daß der Zentralismus seine Grenzen hat, daß die „föderalistische“ Gruppierung gewisser Wirtschafts-

sparten in der Natur der Dinge beruht. Das Handwerk ist lebensfähig, darum hat die soziale Gesetzgebung die Pflicht, für dies natürliche Glied am Körper der wirtschaftlichen Organisation gesunde Lebensbedingungen zu schaffen. Als ich Anfang der 90er Jahre an der Hand von 10 Jahrgängen des Karlsruher Adreßbuchs nachwies, daß die Zahl der Handwerker sich in der abgelaufenen Dekade nicht nur nicht verringerte, sondern vermehrte, rief man sich in manchesterlichen und sozialistischen Kreisen erstaunt die Augen. Es war ja gerade in jener Zeit die These verkündet worden, das Handwerk hat keine Existenzberechtigung mehr, es ist seinem Untergang verfallen und es wäre Pflicht, ihn zu beschleunigen. Der Industrialismus hatte nicht nur viele Einzelexistenzen vernichtet, er hatte als sozialpolitische Weltanschauung auch die Gehirne verseucht, so daß selbst erdgewachsene Erscheinungen nicht mehr erkannt wurden.

Trotzdem muß die Veränderung der sozialen Struktur durch den Industrialismus als eine soziale Geschichte machende Tatsache in vollem Umfange anerkannt und bewertet werden.

Der Industrialismus — an sich unnötig, nicht einmal rationell — hat das Wesen der Gesellschaft verändert; er hat einen neuen, zahlreich vertretenen Stand geschaffen, den Stand des unselbständigen Fabrikarbeiters. Der Handwerksgehilfe von früher — nicht alle, aber eine große Anzahl — konnte Meister, konnte selbständig werden; für die Jahre lang dauernde Abhängigkeit der Gesellenzeit tauschte er die Meisterzeit ein; er wurde wirtschaftlich, sozial, politisch eine Persönlichkeit in verantwortungsvollem selbständigen Schaffen. Er erwarb das Recht auf Persönlichkeit, er war eine Position im staatlichen und sozialen Gefüge, mit der gerechnet wurde. Die Forderung eines bürgerlichen und sozialen Idealismus war erfüllt. Was der Mensch heiß ersehnt: Freiheit

und Selbständigkeit, wurde erreicht und gewährt. Die mittlere Schicht, das Bürgertum mit der Kerntruppe des Handwerks, erhielt ein konservatives Gepräge, blieb aber doch ein Instrument des Fortschritts, indem es durch seinen Kampf gegen die sozialpolitische Vorherrschaft der Geschlechter den sozialen Fortschritt und Ausgleich erstrebte.

Diese Struktur der Gesellschaft wurde durch den Industrialismus zerstört; die Schicht des Mittelstandes wurde dezimiert und der vierte Stand — der immer bestand, aber nicht im bedrohlichen Ausmaße — wurde durch den Hinzutritt der Industriearbeiter zu einem mächtigen Kontingent; er wuchs in dem Maße, wie der Industrialismus immer größere Schichten der Selbständigen ausschaltete. Der Industrialismus hatte den „Arbeiterstand“ gezeitigt, der sich allmählich in seinen Führern und in seinem Kampf um bessere Lebensbedingungen dem Sozialismus verschrieb, der eine Gesellschaftsordnung versprach, die auf Gerechtigkeit und Gleichheit Aller gegründet sein soll. Ohne die Erscheinung des durch den Industrialismus geschaffenen Arbeiterstandes hätte der Sozialismus niemals die Herrschaftsidee und die reale Macht werden können, die er heute darstellt. Sozialismus hat es immer gegeben; aber er wurde in dem Augenblick mehr als eine utopistische Spielerei mit Menschheit-Beglückungsideen, als ein wesentlicher Teil des ganzen Volkes zur sozialwirtschaftlichen Unselbständigkeit gezwungen wurde.

Mit dem neuen Phänomen eines gewaltig anschwellenden Standes der unselbständigen Arbeiter muß sich der Staat auseinandersetzen. Es mochte eine Zeitlang scheinen, als ob Sozialreform — Arbeiterschutzgesetzgebung und Sozialversicherung — der sozialistischen Bewegung auf den „Umsturz der Gesellschaft“ Herr werden könnte. Zweifellos hat diese Sozialreform vieles geleistet; sie hat nicht nur das Tempo der

sozialistischen Bewegung beeinflusst, sie hat auch an der Umwandlung des utopischen Sozialismus zu einer diskutablen Gesellschaftsanschauung wesentlich mitgearbeitet, sie wäre auch zweifellos in dieser Richtung fortgeschritten — Revisionismus — wenn nicht der Weltkrieg dazwischen getreten wäre.

Die Revolution hat für den eigentlichen Sozialismus als Idee und Gesellschaftswissenschaft nichts geleistet. Die da und dort unternommenen Sozialisierungsversuche sind gescheitert. Gewonnen hat nur die Idee der demokratischen Mitwirkung der Massen an der Gestaltung von Staat und Gesellschaft. Diese Demokratisierung des Staates kann sich gelegentlich zu einem starken Hebel für die Sozialisierung ausbilden, obwohl diese selbst an Boden nicht gewonnen hat, aber auch nicht an sozialistischer Werbekraft. Der Radikalismus, anfänglich stark in die Halme schießend, ist im Abebben begriffen. Es ist augenscheinlich: der Sozialismus entfernt sich immer mehr vom Radikalismus und Utopismus, aber er wird stärker als eine Macht, die demokratische Gleichheit und soziale Gerechtigkeit erstrebt.

Es kann hier keine Geschichte der sozialistischen Bewegung und noch weniger eine erschöpfende Psychologie dieser Bewegung gegeben werden. Es handelt sich darum, wie eine Partei ehrlicher Demokratie und des sozialen Ausgleichs dem Problem der praktischen Lösung der Arbeiterfragen gegenübertritt.

Die soziale Reform, die den Arbeiter materiell gut versorgt, ist Ausgangspunkt aller auf die Emanzipation des „4. Standes“ gerichteten Bestrebungen. Diese Reform hat auch vieles erreicht und hat die Prophezeiungen des Karl Marx in vielen Punkten widerlegt. Ziehen wir die Wirkungen des Weltkrieges mit seinen Retardierungen ab, so lebt und wohnt der Arbeiter von heute besser, als der frühere; sein Lohn ist gestiegen, die Arbeitszeit kürzer geworden, für den

franken, invaliden und alternden Arbeiter ist erhebliches geleistet, die Schutzgesetzgebung ist wesentlich verbessert worden. Rein materiell hat die Arbeiterklasse — ich gebrauche das Wort lediglich terminologisch — einen Aufstieg genommen —: wohl sind die Reichen reicher, aber die Armen sind nicht ärmer geworden.

Die Wirkungen, die die Sozialreform ausgelöst hat, haben befriedenden Charakter, harte Ungerechtigkeiten wurden beseitigt. Aber es wäre falsch zu glauben, daß die Sozialreform damit ihr Endziel erreicht hätte. Man hat bei der ganzen Sozialreform den Schwerpunkt zu sehr im rein Materiellen, im Wirtschaftlichen gesucht. Aber der Mensch verlangt mehr, wie nur gut gefüttert zu werden: das panem et circenses hat schon zur Römerzeit nicht genügt, es hat die Aufstände und sozialen Wirren nicht verhindern können, der Appell der Gracchen erzeugte eine mächtige Resonanz in der römischen Volksseele. Diese Erhebungen fanden statt, obwohl es damals keinen Stand der selbständigen Produktionsmittel Beraubten gab, der an numerischer Bedeutung mit dem heutigen Stand der Industriearbeiterheere zu vergleichen wäre. Vergesse man doch nicht, daß der kapitalistische Industrialismus fast die Hälfte der Nation enteignet hat.

Der Mensch will Eigentümer sein; er will, da er von Geburt ein Künstler ist — nach dem Willen des Schöpfers, der den Menschen zu seinem Ebenbild schuf — in selbständiger, verantwortlicher Tätigkeit, seinen natürlichen und göttlichen Beruf ausüben. Und dazu hat er das Recht. Der Mensch ist nicht dazu da, Sklave der Maschine zu sein, er soll nicht vom Schematismus der industrialistischen Fabrik seiner Persönlichkeit beraubt werden. Die Atomisierung der Gesellschaft durch den kapitalistischen Industrialismus, die im fabrikmäßigen Betrieb der Produktion ihren schärfsten Ausdruck gefunden hat, raubt dem Menschen

seine Persönlichkeit, seine Seele. Aus der verkümmerten Seele heraus ruft der fabrikalisierte Mensch nach Befreiung, nach der verloren gegangenen aristokratischen Würde des Eigentümers.

Schon die alten Christlichsozialen unter Stöcker haben diesen Ruf gehört und von dort aus ist schon der Vorschlag des parlamentarischen Industrialismus gemacht worden: die Mitbestimmung des Arbeiters am Produktionswerk. Es ist klar: der Industrialismus kann nicht rückgängig gemacht werden; er ist mit den modernen Produktionsformen sozusagen organisch verbunden. Es handelt sich also darum, auch innerhalb des Industrialismus dem Arbeiter die Menschenwürde des Eigentümers zu verschaffen. Das ist möglich, wenn man den Arbeiter zum Miteigentümer am Unternehmen macht. Das Problem der Gewinnbeteiligung ist schon oft ventilirt und da und dort auch praktisch in Anwendung gebracht worden. Aber es bedeutet doch nur eine halbe Lösung. Wenn der Unternehmer nun keinen Gewinn, sondern einen Verlust hat? Wer trägt das Risiko? Der Arbeiter soll auch mit den Sorgen des Unternehmers belastet werden; Sorge adelt den Menschen, hebt ihn über das Niveau des Lohnempfängers hinaus. Darum muß die Zukunftsparole der Sozialreform für den Arbeiter lauten: die Industrie, die Fabrik den Arbeitern, die sich ihre Führer und Leiter wählen. Sind die Arbeiter die Besitzer des Unternehmens, so ist jeder einzelne von ihnen Eigentümer; er ist mit seiner ganzen Person, nicht nur mit seiner physischen, am Unternehmen „interessiert“, aus einer Fabriknummer ist er wieder Persönlichkeit geworden. Gewiß ist das Problem nicht leicht zu lösen, denn leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Aber die Lösung der Industriearbeiterfrage im Sinne eines Sozialismus, der den Kollektivismus verneint, um zum Individualismus zu gelangen, ist unausweichlich; sie

muß kommen, wenn wir bolschewistische Experimente vermeiden wollen. Die Persönlichkeit im Menschen läßt sich auf die Dauer nicht vergewaltigen. Verweigert man dem Problem die natürliche Lösung, so werden sich die widernatürlichen immer wieder aufs neue versuchen und schwerste Erschütterungen des Gesellschaftsorganismus hervorrufen.

Diese Sozialisierung der Industrie in der Form eines individualistisch wirkenden Genossenschafts-Sozialismus wird das innerliche und begrenzte Maß von Berechtigung des Sozialismus erfüllen und sozusagen einen Ideengang zum Abschluß bringen, der, seitdem es Menschen gibt, die Herzen und Gemüter bewegte und der von dem Augenblick an, da der kapitalistische Industrialismus die entscheidende Form der Produktion wurde, das Gebiet der rein theoretischen Erörterung verließ und mit der Gewalt der eingeborenen Logik zur Lösung und Erfüllung drängte.

Ist der Industriesozialismus realisiert, so ist für das andere Gebiet des eingeborenen individualistischen Wirtschaftsbetriebes: für Landwirtschaft, Handwerk, kaufmännisches Gewerbe, die Entwicklung in erhöhtem Maße sichergestellt. Es ist zwischen Sozialismus und Individualismus eine Synthese erreicht, in der die ganze Wirtschaftsgebarung in gleichberechtigten Teilen und Formen untergebracht ist zum Vorteil der ganzen Nation. Denn um diese handelt sich's wieder. Die Lösung brennender Wirtschafts- und Sozialfragen ist nicht von einem problematischen Internationalismus abhängig; die alte Forderung der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kann im Rahmen eines nationalen Individualismus erfüllt werden.

Ich meine, die Zentrumsparthei, die Partei der Sozialreform katexochen, sollte sich die Lösung dieser die ganze soziale und wirtschaftliche Situation beherrschenden Frage in der

von mir angedeuteten Richtung angelegen sein lassen; sie wird die Idee ausbauen, die ihre größten sozialen Führer, v. Ketteler an der Spitze, in ihrer Bedeutung von je erkannt haben.

Es ist Zukunftspolitik, was ich in dieser Sparte der Sozialreform vortrage. Soll aber die neue Struktur der Gesellschaft befestigt werden, so darf man vor entscheidenden Schritten und einem wagemutigen Idealismus nicht zurückschrecken. Die praktischen Wege zu seiner Verwirklichung sind mit einer starken Betonung der anerkannten sozialreformerischen Forderungen der Gegenwart zu erreichen: Festhaltung am Achtstundentag, an der Sonntagsruhe, Ausbau des gewerblichen Fortbildung=Schulunterrichts, Verbesserung der Sozialhygiene, Fürsorge für die gewerbliche Jugend. Alle diese Maßnahmen drängen zum entscheidenden Ziel; sie sind ein ununterbrochener Appell an das sozialmoralische Gewissen der Gegenwart und ein konstanter Hinweis auf die Tatsache, daß das durch das Anlage suchende Kapital entfesselte Wachstum des Industrialismus eine geistige und gemütliche Entleerung großer Volksmassen herbeigeführt hat, die ein gefährliches Vakuum schuf, das mit christlicher Wirtschaft= und Sozial sittlichkeit aufgefüllt werden muß, wenn zerstörende Explosionen vermieden werden sollen.

## Der Mittelstand.

Der Mittelstand ist von individualistischem Gepräge. Wie sein städtisch-gewerblicher Teil zerlegt wurde, haben wir im vorhergehenden Kapitel gesehen: er wurde ersetzt durch das Arbeiterheer der Industrie.

Gleichwohl ist ein nicht unwesentlicher Bestandteil erhalten geblieben; er ist in der Natur der Dinge begründet. Die Vorhersage, daß er überhaupt aufgesaugt würde, hat sich nicht erfüllt. Manchesterium und Sozialismus haben sich gleicherweise geirrt. Das Handwerk hat einen unentreibbaren Boden und der selbständige Kaufmann ist geblieben, trotz der kaufmännischen Zentralisation in den Warenhäusern. Der gewerbliche Mittelstand liegt in den natürlichen Bedürfnisse der korporierten Konsumenten begründet. Dieser gewerbliche Mittelstand ist kein künstlicher, mit künstlichen Mitteln am Leben gehaltener Rest einer fortschreitenden Entwicklung — wie Manchesterleute und Sozialisten lange behaupteten —, vielmehr ein organisches Gebilde im Totale des modernen wirtschaftlichen Betriebs, kein Akzidens, sondern ein Element der Produktion und des Verkehrs. Darum muß die Gesetzgebung, weil es sich um ein lebensfähiges und lebensvolles Glied des wirtschaftlichen Körpers handelt, die sozial-wirtschaftlichen und öffentlichen Bedingungen dieser Korporation „legalisieren“, wie er alle öffentlichen Gebilde

mit dem Maße staatlichen Schutzes versehen muß, ohne den die öffentliche Wirtschaft nicht gedeihen kann.

Darum treibt das Zentrum Mittelstandspolitik. Was gesund am Mittelstand ist, soll erhalten werden. Bedeutet doch der Mittelstand ein Gegengewicht gegen die künstliche Atomisierung und künstliche Nivellierung, die eine gedankenlose und unlogische Wirtschaftsdoktrin schematisch aus der großindustriellen Entwicklung herübergenommen hat.

Weil der gewerbliche Mittelstand nach rein theoretischen Erwägungen „seinem Ende entgegen zu gehen schien“, schuf man terminologisch einen neuen Mittelstand und rechnete ihm die Privat-, Staats- und Gemeindebeamten, alle Leute mit mittlerem Einkommen hinzu. Das ist freilich auch ein Mittelstand, aber er hat seine eigenen Gesetze und Bedingungen, unter denen er existiert. Für uns handelt es sich um den Mittelstand aus der wirtschaftlichen Produktion, der ein freies, selbständiges Bürgertum darstellen soll, das als eine wesentliche Gruppe des wirtschaftlich-sozialen Individualismus im Sauerstoffzerzeugen für freien Wettbewerb der Kräfte wirken muß. Dem freien Wettbewerb soll die wirtschaftliche Idee des mittelständischen Produktionsgebiets bleiben, nur soll der Wettbewerb mit ehrlichen Waffen, nicht mit den Hinterhältigkeiten der Schmutzkonkurrenz geführt werden. Für diese ehrlichen Waffen hat die Gesetzgebung zu sorgen. So muß die Zentrumspartei die Wahrung und Kräftigung des Mittelstandes als einen Grundsatz ihres sozialpolitischen Programms hochhalten.

Demokratie und Sozialdemokratie müssen auch auf diesem Gebiete umlernen, aus der kalten Zone der Doktrin zurückkehren ins warmblütige Leben; sie müssen begreifen lernen, daß ihr innerstes und eigentlichstes Ziel: Freiheit und gleiches Recht für Alle, Ueberwindung des Pauperismus und freie Bahn

für alle Tüchtigen, auch auf andern Wegen, als dem des freihändlerischen Manchesterturns oder des marxistischen Sozialismus zu erreichen ist. Was bekämpft werden muß ist: Kastengeist, Schichtenegoismus und Privilegienwirtschaft und die Auffassung, daß Aristokratie im Sozialen, Wirtschaftlichen, Geistigen, Persönlichen an Vorrechte der Geburt oder der wirtschaftlichen Präponderanz geknüpft sein müsse. Aristokratie muß sein, aber der Weg zu ihr muß für jeden frei sein: gleiches Recht für Alle. Das ist demokratisch und sozial; aber es ist vor allem christlich und sittlich.

Die Kerntruppe des wirtschaftlichen Mittelstandes ist das Bauerntum. Man hat in gewissen links gerichteten Kreisen dem Zentrum sein Eintreten für die Zollvorlage verübelt. Das ist ein wenig angenehmes Kapitel. Den Kenner der Dinge und Verhältnisse muß es peinlich berühren, wenn auf demokratischer und sozialdemokratischer Seite die alte Phrasologie von den Wucherzöllen geübt wurde. Es ist doch eine sachliche Aussprache nicht möglich, wenn die Erörterung solcher wichtigen Fragen unter die Herrschaft des Schlagworts gestellt und eine Aufreizung der Schichten gegeneinander unternommen wird, die im Interesse einer wahrhaft fortschrittlichen Sozialreform mit einander, statt gegeneinander kämpfen sollten. Es muß die Schutz Zollfrage unter den Begriff des nationalen, des Eigenstaats, gebracht werden. Man braucht wahrhaft keinen Schutz Zoll, wenn die ganze Erde ein Produktionsgebiet ist; dann baut man Getreide da, wo die Böden am leichtesten die Brotfrucht hergeben, und erzeugt Industriewaren dort, wo die Produktionsbedingungen am billigsten sind. Dieses Reich wird es aber nie geben, weil die Differenzierungen des tellurischen und klimatischen Milieus eigen-gesetzlich sind, auf denen sich Staaten und Völker aufbauen. Solange es aber Staaten und Völker gibt

— und es wird sie immer geben — müssen diese auf die Fundierung des engeren Gemeinwesens bedacht sein. Das bedeutet keinen Abschluß, nicht die Errichtung chinesischer Mauern, keine künstliche Trennung, keine Proklamierung nationaler Gegensätzlichkeiten oder Verkümmern der Kultur — wie eine pseudo-konservative Weltanschauung so gerne argumentiert — es handelt sich lediglich um die sozialpolitische Legalisierung natürlicher Grenzen und natürlicher Eigenarten. Ueber diese hinweg geht der christlich-brüderliche Gedanke der Solidarität der ganzen Menschheit, die im Rahmen partikularer Daseinsbedingungen die sittliche Idee des Bruderreichs darstellt. Weil es ein Erhaltungsgesetz der Menschheit ist, sich in Sondererscheinungen des Bios, des Lebens, zu manifestieren — ein Geheimnis, wie alles ein Geheimnis ist und sich dem brutalen „Begriffenwerden“ entzieht — darum die Erscheinung des Volks, der Nationen, der Staaten, darum die Notwendigkeit, durch das Mittel der Politik ihre Existenzbedingungen zu sichern.

Das Bauerntum kann nach der sozialwirtschaftlichen Sonderstellung, die es im Volk und Staat einnimmt, nicht ohne den Sonderschutz der Gesetzgebung auskommen, sofern die ganze Landwirtschaft nicht auf gänzlich andere Grundlagen gestellt werden soll. Das könnte man freilich machen. Es wäre denkbar — theoretisch — daß man die Landwirtschaft großindustriell betreiben wollte. Darum schießt ja auch der marxistische Sozialismus so gerne nach dem ostelbischen Großgrundbesitz und macht sich, technisch-wirtschaftlich, zu seinem Lobredner. Man braucht nur die Idee des ostelbischen Großgrundbesitzes zu generalisieren und zu erweitern und die Agrarfrage ist gelöst. Man schafft um die größeren Städte herum riesige

Länderkomplexe und läßt sie durch ein industrialistisch organisiertes Arbeiterheer im Achtstundentag bebauen; da der Achtstundentag nicht ausreicht, so wird die Arbeit von zwei sich ablösenden Schichten besorgt. Schnellbahnen oder noch besser: saufende Autos, bringen die Arbeitermassen nach getaner Arbeit in die Stadt zurück, in die Stadt, dem Bonnetraum manchesterlicher und marxistischer Kulturpolitiker. Man braucht nur die Artikel des Herrn Feiler in der „Frankf. Ztg.“ über das „Auto in Amerika“ zu lesen, um ungefähr dahinter zu kommen, wie sich die Vertreter der Großstadtidee die „Entwicklung“ vorstellen.

Ist eine solche Entwicklung denkbar? Gewiß: die Menschen können alles „machen“; sie können den ganzen Grundbesitz verstaatlichen oder in bestimmten Wirtschaftsgrenzen regionalisieren — sie können den Landbebauer zu einer Parallelerscheinung des Industriearbeiters machen —, die Sowjet-Republik versucht ja in diesem Augenblick die Quintessenz des Marxismus in Rußland zu realisieren, die Theorie in Wirklichkeit umzusetzen. Aber es wird bei dem Versuch bleiben, das Experiment kann schon heute mit einiger Sicherheit als gescheitert angesehen werden.

Nach den Erfahrungen der Biotechnik und der reinen Psychologie der menschlichen Gesellschaftsidee widerstrebt eine solche Gestaltung dem menschlichen Lebensgesetz. Der Bauer ist mehr denn ein landwirtschaftlicher Arbeiter, und das Bauerntum ist die natürliche Grundlage einer sich differenzierenden Gesellschaft, eines eigengesetzlichen Staates. Jede Gesellschaft muß gegliedert sein. Aber das „Oben“ und „Unten“ ist nicht im Sinne der Großbourgeoisie, des Feudalen und des Großagrariertums zu verstehen, als ob das Oben Herrschaft und vermehrte Macht bedeute und das Unten sich der Herrschaft des Oben zu fügen habe, das die Verteilung der Güter der Welt

bestimmt. Oben und Unten sind Kategorien des gegliederten Organismus, von gleichem soziologischem Wert, der auch dadurch nicht alteriert wird, weil diese oder jene Kategorie sich „wirtschaftlich besser stellt“. Die Gleichheit besteht nicht darin, daß alle „gleich viel haben“, sondern, daß Alle gleich berufen und berechtigt sind, nach dem Maße ihrer persönlichen Leistungen behandelt und bezahlt zu werden.

Der Bauernstand ist die Unterlage der menschlichen Gesellschaft, jeder Gesellschaft, deren Ziel Kultur ist. Nordamerika — die südamerikanischen Verhältnisse kenne ich nicht — hat noch keine Kultur, weil es keinen Bauernstand hat, weil die Gliederung seiner Schichten nicht auf einer festen natürlichen Unterlage beruht. Auch die nordamerikanische Zivilisation wird durch Entwicklung dahin gelangen, sich eine geschichtete Gesellschaft zu bauen, die das soziologische Minus ihrer Entstehung abstreift.

Europa hat eine Geschichte hinter sich und ein Ziel der Entwicklung vor sich. Dies heißt soziale Demokratie, aufgebaut auf der natürlichen Lebensgesetzlichkeit, wie sie von der Erfahrung erkannt wird.

Der Bauernstand ist ein natürliches Reservoir der Gesellschaft. Die Erfahrung bestätigt das. Weil im Bauernstand die natürlichen Bedingungen der Lebensgestaltung am reinsten enthalten sind. Im Bauernstand wird ein Vorrat an physischer Kraft erzeugt und die Vitalität rein erhalten. Die Militärstatistiken der früheren Zeit belegen dies genau und die Unmöglichkeit der Großstadt, sich aus der eigenen Bevölkerung selbst zu erhalten oder gar zu vermehren, bestätigt diese Wahrnehmung mit absoluter Gewißheit. Die Großstadt vernichtet die menschliche Vitalität, der Bauer erzeugt sie von neuem. Die unmittelbare Berührung der bäuerlichen Bevölkerung mit dem Boden und seiner geheimnisvollen Kraft, mit der Sonne, der

Luft, dem ganzen großen Komplex des Tellurischen und Klimatischen, bringt eben jene fortzugende Vitalität hervor, die, dem Gesamtbesitz der völkischen Kraft einverleibt, immer neues Leben schafft. Die Mythe vom Antäus, der so lange seinen Kampf mit Herkules bestand, als er immer wieder mit seiner Mutter Gää in erdhafte Berührung kam und von Herkules nur überwunden werden konnte, als es ihm gelang, den Antäus von der Berührung fern zu halten, ist der Erfahrung und Weisheit der Alten entnommen und die Heutigen dürften an diesem Beispiel nicht unbelehrt vorübergehen. Die Landbebauung ist die absolut natürliche Beschäftigung der Menschen; sie allein „erhält“ den Menschen. Darum wird eine kluge Sozialpolitik darauf sehen, den Stand der Landbebauer in möglichst großer Anzahl zu erhalten, damit die natürlichen Kulturopfer, die die degenerierende Stadt rein physiologisch fordert, wieder ersetzt werden können.

Nun könnte man sagen, was die Bauernschaft vermag, können die sozialwirtschaftlich gutgestellten und gepflegten Landarbeiterheere des sozialisierten Grundbesitzes auch. Das ist falsch. Der Landbebauer, der immer wieder in die Großstadt zurückfährt, behält nicht die physiologischen Formen der vitalen Kraft, wie der Bauer; er wird seiner Struktur nach ein Städter, sein ganzer Lebensstil wird urbanisiert und damit fällt er als physiologisch bedingendes Element aus der Entwicklungsreihe heraus. Wir sehen ja schon, wie der Landarbeiter des ostelbischen Großgutes degenerative Merkmale: Widerstand gegen kultiviertere Lebensgewohnheiten, Neigung zum Schnaps, zum Trunk, verminderte Ehe-Sittlichkeit, weniger gefestetes Familienleben, aufzeigt. Der Landarbeiter steht als soziologische Potenz, als sozial und national zu bewertende biologische Originalerscheinung, nicht auf dem nämlichen Niveau,

wie der Bauer. Denn der Bauer ist Eigentümer, ist Besitzer, als solcher Aristokrat, auch wenn seine Lebensbedingungen noch so eingeengt sind. Wir wollen eine Nation von Aristokraten sein.

Der Bauer, der landbesitzende Eigentümer, ist aber auch sozialmoralisch eine besondere Erscheinung, eine Potenz von bauender Kraft. Der Umgang mit der Natur, das unmittelbare Einverwebtsein mit der „Gottheit lebendigem Kleid“ erhält und festigt in ihm die natürlichen Tugenden des Menschen: Bescheidenheit, Nüchternheit, Ehrfurcht, Ordnungssinn, Frömmigkeit, Gottvertrauen, jene Unverbrauchttheit auch an sittlicher Vitalität, die jedes Kulturvolk zum Aufstieg braucht. Eine Gesellschaft wird nicht nur physiologisch, sondern auch sittlich degenerieren, wenn sie jenen einorganisierten Zuschuß von sittlicher Vitalität nicht erhält, den nur der Bauernstand aus dem Volumen seiner naturgegebenen Bedingungen heraus zu erzeugen vermag.

Darum muß man die Aufteilung des Großbesitzes verlangen, um Bauernbesitz daraus zu machen, darum muß man Land und immer wieder Land urbar machen; wo Bodenverschlechterung eingetreten ist, Bodenverbesserung als die wichtigste soziale Aufgabe des Staates erkennen.

Soweit Großbesitz nötig ist, kann er staatliches Eigentum sein — die Domänen bilden einen natürlichen Ausgangspunkt —, das von dem Heer der Einjährigen, vom ganzen Volk gestellt, bearbeitet wird. (Ich habe diese Einjährigenidee in meinen Schriften des näheren ausgeführt.)

Wer in diesem Sinne die Landwirtschaft, das Bauerntum, begriffen hat, wird ihm den Schutz nicht versagen, sofern und sobald er nötig ist. Dieser Schutz muß genau normiert sein, daß er nicht zur Prohibitivform ausartet, er soll so bemessen sein, daß er dem

Bauern seine bescheidene Rente nach dem Grundsatz, jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, ermöglicht. Denn bescheiden ist der Bauer. Möge man dies endlich festhalten und soziologisch bewerten. Denn wenn heute der Grundbesitz sozialisiert würde, müßten die Brot- und Nahrungsmittelpreise in ungeheurer Weise steigen. Sei man sich darüber ja im klaren. Der Bauer kann so billig, wie er es tatsächlich tut, nur produzieren, weil in seiner Wirtschaft die Idee des „eins ins andere“ realisiert ist. Weil in der bauerlichen Wirtschaft, und nur in dieser, alle Möglichkeiten der Nuzbarmachung ausgeschöpft werden können und weil ihr Besitzer mit dem kleinsten Lohn zufrieden ist, können die Nahrungsmittel so billig hergestellt werden, wie es tatsächlich der Fall ist.

Daß der Großgrundbesitz durch die Schutzzollgesetzgebung mitprofitiert, ist nicht zu umgehen. Es soll aber auch darauf hingewiesen werden, daß er keineswegs eine übermäßige Rente einsackt; seine Kollegen vom industrialistischen Großkapital verdienen viel mehr. Es ist Tatsache, daß die großagrарische Rente selten über 4 Proz. hinausgeht. Der Großagrарier ist, rein wirtschaftlich betrachtet, keineswegs der Krösus im Verdienen, als den ihn eine gewisse Agitation gerne hinstellt.

Die Gefährlichkeit des Großbesitzes in sozialer und politischer Beziehung besteht nicht in seiner wirtschaftlichen Ueberlegenheit, vielmehr in der Tatsache, daß sich in ihm sozialgeschichtlich der Klassenstaat der Privilegierten und der sozialen und politischen Vorherrschaft jener Kasten in Reinkultur darstellt, der mit Beamtenherrschaft und Militarismus die ganze Nation in Botmäßigkeit hielt. Das feudalistische Großagrарiertum, durch die Hohenzollern mit Berechnung und Vorbedacht in organische Verbindung mit der Militärkaste gebracht, ist Hort und Fels des Klassenstaats, dem sie die politische und gesellschaft-

liche Dominante geben. Der Großgrundbesitz — daß er mit der Großbourgeoisie kooperiert hat, ist ein Akzidens der allgemeinen großkapitalistischen Entwicklung — ist der geborene Widersacher des sozialen und demokratischen Volksstaates. Er beansprucht die Führerschaft und nützt sie im Klasseninteresse aus.

Daß Sozialdemokratie und Demokratie diese Zusammenhänge nicht erkennen, macht die Lage schwierig und den sozialen Fortschritt fast unmöglich. Es muß die Aufgabe der Zentrumspartei sein, gerade auf diesem Gebiete, den agrarisch-bäuerlichen, den natürlichen Faden einer gesunden sozialen Entwicklung weiterzuspinnen, und bei schärfster Zurückweisung des margistischen Sozialismus die christlich-demokratische Sozialreform ihrem Ziel entgegenzuführen. Das Zentrum darf sich nie davon abbringen lassen, dem Bauer den mäßigen Zollschutz — wenn er nötig ist — zu gewähren.

Daß ein richtig dosierter Zollschutz allein es vermag, die Grundlage des landwirtschaftlichen Betriebs, den Getreidebau, im Wettbewerb mit der ausländischen Produktion zu schützen — darüber sind Praktiker und Kenner einig. Es ist übelste Kathederweisheit, mit den Sophismen einer mathematischen Wirtschaftstechnik die „Nutzlosigkeit“ des Schutzzolls zu bestreiten. Das braucht im näheren nicht ausgeführt zu werden. Auf 20 Professoren, die gegen den Schutzzoll sind, fallen 20, die für ihn eintreten.

Wer den hier kurz entwickelten Gründen mit dem Gefühl der Liebe zum deutschen Volk, zum deutschen Arbeiter und Bauern gefolgt ist und die von mir geforderte These von Sozialismus und Individualismus als ein naturnotwendiges Postulat zukünftiger sozialer Entwicklung erkannt hat, um die neue Struktur der Gesellschaft zu ermöglichen und zu konsolidieren, wird auch den agrarischen Schutzzoll als Element einer vernünftigen Sozialpolitik anerkennen.

## Demokratie, Republik und Monarchie.

Soll das Zentrum republikanisch sein? Die Frage wird oft gestellt, und es hat sich an sie eine ziemlich leidenschaftliche Erörterung geknüpft. Ich meine, die Frage wird richtiger so geformt: Warum soll das Zentrum denn nicht republikanisch sein? Weder seine christliche Weltanschauung, noch seine politische Grundanschauung verbietet es ihm, sich zur Republik zu bekennen. Republik und Monarchie sind Modalitäten des nämlichen Staats- und Obrigkeitsebegriffes. Der Wille Gottes auf Ordnung und Gerechtigkeit muß in der Staatsform realisiert sein. Das kann in der Republik und in der Monarchie geschehen.

Die Obrigkeit ist hier, wie dort; sie ist auch im demokratischen Staat, der nach dem Begriff der Mehrheit regiert wird. Das parlamentaristisch-demokratische System kann auch in Monarchien verwirklicht sein, wie das Beispiel von England, Belgien und anderen Staaten beweist. Autorität ist überall, wo der Wille zur Ordnung und Gerechtigkeit in gesetzlichen Formen niedergelegt ist. Es ist ein parteiagitorischer Mißbrauch, der mit dem Wort Stahls: „Autorität, nicht Majorität“, getrieben wird. Das Wort muß verstanden werden aus der Zeit heraus, für die es geprägt wurde. Gewiß hat Stahl darunter das entscheidende Recht der Krone gegenüber der Parlamentsmehrheit gemeint; es umschließt einen staatsrechtlichen Begriff, geboren aus der Aktualität der Zeit, die für die Auf-

rechterhaltung von Ordnung und Gerechtigkeit das geeignete Instrument in der gegebenen Institution der Monarchie ersah. Stahl war gewiß ein viel zu tiefer Denker, als daß er glauben konnte, der Begriff der Autorität sei an den Begriff der Monarchie in Permanenz als Repräsentantin der Autorität geknüpft. Das Entscheidende für Stahl war, daß der Staat ein sittliches Reich darstellt. Zum sittlichen Reich gehören Ordnung und Gerechtigkeit nach dem Willen Gottes.

Es ist eine Nuance aus den Agitations-Spielen der Reaktion, die Mehrheit als selbstverständliche Vertreterin der Unklugheit zu verunglimpfen. Das Wort aus dem Schillerschen Demetrius: „Mehrheit ist Unsinn“ mag in den Ohren derer, die ja auch den sozialen Pastor für einen Unsinn erklärt haben, sympathisch klingen. Die Schiller-Berehrer vergessen aber, daß mit dem Wort keineswegs des Dichters Meinung ausgedrückt wurde. Der Dichter hat es dem Fürsten Sapieha in den Mund gelegt, der die Adelsoligarchie vertrat: ein Einziger konnte durch sein Veto einen Mehrheitsbeschluß umstoßen.

Mehrheiten können irren, gewiß. Aber sie irren sicherlich nicht mehr und nicht öfter wie der Eine, dem entscheidende Gewalt zugebilligt wurde. Irren ist menschlich; das gilt für den Monarchen wie für die Mehrheiten der Parlamente. Es kam nicht von ungefähr, daß man die Monarchie konstitutionell machte; die Erfahrungen mit der absoluten Monarchie waren nicht geeignet, den Lehrsatz von der Autorität des Einen für die Dauer anzuerkennen.

Die Autorität, auf die es ankommt, kann beim monarchischen Regime, aber ebensogut beim republikanisch-demokratischen aufgehoben sein. Es ist agitatorische Spiegelfechtereie, auf die „formale Demokratie“ zu schimpfen, als ob diese naturgemäß geordnetes Regieren erschwere. Dies kommt vor, aber die Monarchie bringt das gerade so gut fertig.

Man muß die politische Entwicklung im Geiste der Bedingungen betrachten, die für jene maßgebend sind. Die Entwicklung drängt zur Demokratie. Das wird im Ernste niemand bestreiten. In Zeiten primitiver Gestaltung des Politischen, Wirtschaftlichen und Gesellschaftlichen war die Idee der Herrschaft des Einen am Platze. „Der erste König war ein glücklicher Krieger“, dieser Satz gilt, obgleich der Simplizissimus-Demokrat Thomas Mann ihn mit ästhetischen Aphorismen eines krankhaften Jewilletonismus bestreiten möchte. In der Periode, da Stämme, Volkchaften, Rassen, Schichten sich durch Vernichtungskämpfe zu erhalten oder gegenseitig zu behaupten suchen, war der Eine, der Führer, der Heerführer, der gegebene Mann. Und war dieser Eine gar noch im Besitz sonstiger materieller Machtmittel — eine Erscheinung, die sich bis zum Ausgang des 30jährigen Krieges als die herrschende erwies — so wurde seine Position im monarchistisch-autoritativen Sinn verstärkt. Auch für den Zuschnitt des ganzen wirtschaftlichen Lebens war die monarchische Auffassung die gegebene; sie lag in der Technik der sozial-wirtschaftlichen Organisation; der Einzelne als Inhaber der wirtschaftlichen Macht: der Landesherr, der Heerführer, der Großbesitzer, der privilegierte Stand. Aus der Wirtschafts- und Sozial-Psychologie ergab sich die monarchische Führung, die monarchische Spitze. Mit der Erfindung der Buchdruckerkunst und der damit geschaffenen leichteren Popularisierung der Wissenschaften und der Allgemeinbildung, durch die Entdeckung Amerikas, die Intensivierung des Seeverkehrs, mit der Erfindung der Eisenbahnen, des Telegraphen, der Verallgemeinerung der Volksbildung durch Errichtung der Volksschule, Einführung der Freizügigkeit, durch die Schaffung von Presse und Parlament, durch die Mobilisierung des vierten Standes mit dem Instrument des kapitalistischen Großindustrialismus trat der Einzelne als Teil-

haber der Führung im Kampfe an Bedeutung zurück. Die Verteilung und Uebertragung der Gewalt und Macht aus der Sphäre des Einzelnen oder bestimmter Klassen an die Allgemeinheit wird zu einer entwicklungsgeschichtlichen Tatsache.

Im Altertum konnte die Demokratie nicht allgemein werden, sie war die Regierungsform der Freien, denen die Sklaven die Technik des wirtschaftlichen Betriebes besorgten. Allgemein konnte die Demokratie erst werden, als die Erfindung der Maschinen die Beseitigung der ganzen oder halben Sklaverei ermöglichte, die Menschen aus der Treitmühle befreite.

Seit vielen Jahren lasse ich es mir angelegen sein, auf diese Zusammenhänge zwischen Kultur und Technik hinzuweisen. Einen großen Erfolg habe ich leider damit nicht erzielt. Und doch kann nicht nachdrücklich genug betont werden, wie Fortschritt und Zivilisation, im letzten Sinne Kultur, nur möglich waren, weil die Maschine dem Menschen die Sklavenarbeit: in Massen der Erfüllung technischer Forderungen zu dienen, abnahm —, insofern man unter Kultur die Ausdehnung des Freiheits- und Gleichheitsbegriffs auf alle Menschen ansieht. Die alten Kulturen bedurften der Sklavenarbeit, der Einspannung der Massen in die Technik des Betriebes. Erst als es technisch möglich ward, die Massen aus der Dampfsheit der Treitmühlen-Atmosphäre zu befreien, konnte allgemeine Kultur entstehen. Die Fortentwicklung des Prinzips führt mit innerer Kulturnotwendigkeit zur Demokratie. Die Massen emanzipieren sich, weil es technisch-wirtschaftlich möglich ist. Sie lösen sich vom Heerführer (vom Herzog), vom Landesherrn — als dem Besitzer aller Macht und Gewalt — vom Grundherrn, vom Privilegierten. Die „Macht“ — bisher technisch dem Einzelnen inorporiert — verteilt sich auf die Gesamt-

heit. Die Idee der Autorität und Macht bleibt unberührt — denn diese müssen immer sein —, aber die Formen ihrer Ausübung verändern sich, aus Monarchie wird Demokratie; nicht etwa darum, weil eine Böswilligkeit nihilistischer Mächte vorliegt, oder internationaler Marxismus oder gar — furchtbar zu sagen — das internationale Judentum, weil vielmehr aus einer Summe von wirtschaftlichen, technischen, sozialen und politischen Tatsachen diese Entwicklung mit dem Ziel Demokratie geboren wurde. Demokratie ist keineswegs Verneinung des Autoritätsbegriffes; die Autorität als das kosmische Postulat des göttlichen Willens bleibt unverfehrt, auch dann, wenn Mehrheiten wechselnd entscheiden. Führt die Erfahrung einen Mehrheitsbeschluß ad absurdum, so wird von der schlecht unterrichteten Mehrheit an die besser unterrichtete appelliert, genau wie das im alten Staat mit der monarchischen Spitze exerziert wurde.

Die Demokratie kann nicht mehr rückgängig gemacht werden; die durch den industrialistischen Kapitalismus geschaffene Armee unselbständiger Fabrikarbeiter — durch Volksschule, Presse, Literatur, Theater, Vereinswesen, Agitation stimuliert — würde das für sich allein verhindern. Eine Partei, die mit den Tatsachen rechnet, muß sich mit der Demokratie abfinden, nicht in dem Sinne, als ob man einer Zufälligkeit — erzeugt durch die Novemberrevolution von 1918 — nicht enttrinnen könne, sondern durch die Anerkennung, daß entwicklungsgeschichtliche Vorgänge zum Abschluß gelangt sind, deren motorische Kraft in den Dingen selbst enthalten ist.

Aus der Demokratie entwickelt sich mit innerer Folgerichtigkeit die Republik. Wohl kann Demokratie, wie schon betont, auch in der Monarchie vertreten sein, sogar in der erblichen, wenn ihr bestimmender Einfluß auf solch ein Mindestmaß herabgesetzt ist, wie

in England und anderen parlamentarisch regierten Staaten. Aber jene Monarchien sind nur Scheinmonarchien, sie sind Republiken mit erblicher Präsidentschaft und einem höfischen Zeremoniale. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das logische Endziel der Demokratie die Republik ist. Da die moderne Demokratie auf dem Wahl- und Mehrheitsprinzip beruht, so muß diesem auch die Bestellung des ersten Staatspräsidenten unterworfen sein. Die Vererbung des Privilegiums ist in der Demokratie beseitigt, also kann auch das Staatsoberhaupt nicht durch Erbgang erstellt werden. Es soll bei der Wahl des Oberhauptes, und hier erst recht, die persönliche Leistung, die persönliche Würdigkeit entscheiden; freie Bahn dem Tüchtigen gilt überall als demokratische Maxime. Das Ende der Erbmonarchie bedeutet das Ende der durch Erbgang erworbenen Privilegien. So kann man den Widerstand bestimmter sozialer Schichten Deutschlands gegen die Republik wohl verstehen. Es gehört eben eine ganz neue Einstellung der politischen und sozialen Betrachtungsweise dazu, Republikaner zu sein; man muß den modernen sozialen und demokratischen Menschen im Rahmen und Gefüge der sittlichen Autoritäten erkannt haben, um die Notwendigkeit und Logik der Republik zu begreifen.

Für viele unserer Volksgenossen ist die Monarchie ein Gefühlswert. Es sind jene, die abseits von der Erfahrung und Geschichtsforschung das Ideal von dem gottgesandten Herrscher im Herzen tragen, der, als Mensch selbst ein Ideal, den Staat mit Klugheit leitet, der Gerechtigkeit zum Sieg verhilft, die Tugend schützt, den Armen hilft und Gottes Willen zum Siege führt. Das ist die idealistische Auffassung der Monarchie. Es gibt noch eine ästhetische, deren Vertreter jener merkwürdige Abenteurer ist, den Alphonse Daudet in seinem Roman „Die Könige im Exil“ schildert.

Wäre die idealistische Auffassung richtig, so könnte sich jeder Demokrat und Christ mit der Monarchie

versöhnen. Aber die Bauern aus Oberbayern, Westfalen und der Vendée sahen die Monarchie nicht, wie sie ist; sie konstruierten sie aus dem unkomplizierten Idealismus ihres Herzens, der die Monarchen nur in der Idee, aber nicht bei der Arbeit sieht; sie konstruieren sie aus dem preußischen und deutschen Lesebuch, das sich seit etwa 70 bis 80 Jahren die Glorifizierung der Monarchie, besonders der preußischen, zur Aufgabe gestellt hat.

Bismarck beginnt sein Werk „Gedanken und Erinnerungen“ mit der Feststellung, daß er das Gymnasium verlassen habe als Pantheist und Republikaner. Auf Pantheismus und Republikanismus war das geisteswissenschaftliche Unterrichts- und Erziehungsprogramm des preußischen Gymnasiums gestellt, als Ausdruck der Aufklärungsperiode jener Zeit. Ich führe das an, um zu beweisen, in welchem Maße die geistige Struktur eines Volkes von der Schulung und dem Unterrichtsplan abhängig ist.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nahm dieser Erziehungsplan unserer Gymnasien und Volksschulen einen anderen Charakter an. Die Verherrlichung der Hohenzollern wurde das Grundthema des historischen Unterrichts und des deutschen Lesebuchs. Nach 1866 und 1870 wurde aus der Hohenzollernverherrlichung eine grundsätzliche Glorifikation der Monarchie überhaupt. Auf dem Katheder der Hochschule Treitschke und Sybel und in seiner Gefolgschaft das Heer der deutschen Oberlehrer, die die preußische Monarchie und den deutschen Leutnant als die Komponenten deutscher und nationaler Kultur zu preisen wußten.

Wir standen alle unter diesem Bann, unter dieser Suggestion eines bis ins Kleinste gepflegten Royalismus und monarchistischen Heldenverehrung. Der Schreiber dieses nicht zum wenigsten, obwohl wir doch alle wußten, was ein Ludwig XIV. und XV.

für Frankreich bedeuteten, welche Scheusale auf dem russischen Thron saßen, wie gewissen- und schamlos Monarchen ihren Glauben wechselten, nur um Kronen zu bekommen, welcher Unrat von Infamie und sexuellen Ausschweifungen sich mit der Monarchie verknüpfte. Hoch über allem stand die Hohenzollernmonarchie, die der preußisch-deutsche Lehrer und Oberlehrer als den Ausdruck sublimen deutschen Wesens zu preisen hatte und aus Ueberzeugung pries. Denn so hatte er es in Seminar und Hochschule gelernt. Ein Beispiel für viele. Als ich vor einiger Zeit mich in meiner „Südd. Konf. Korresp.“ gegen den Fridericus-Kult wardte, und mit eigenen Worten des Königs nachwies, wie sich dieser Mann in unflätiger, gehässiger, an Frivolität nicht zu überbietender Weise gegen die evangelischen Pfarrer seines Landes benahm, da wußte mir von diesen typischen Oberlehrern der Herr Studienrat Egelhaaf in Stuttgart mit nichts anderem zu erwidern, als mit den abgestandenen Schulphrasen des „Großen Friedrich“ Persönlichkeit zu verteidigen.

Wer die Geschichte der Monarchien und Monarchen vorurteilslos und unbefangen studiert, kann nicht zu ihrem Lobredner werden, ganz unmöglich. Abgesehen davon, daß die Geltendmachung der dynastischen Vorurteile hundertfach die nationalen und völkischen und wirtschaftlichen Interessen der Völker schädigte — rein persönlich tritt doch so erstaunlich wenig höheres Menschentum bei all diesen Fürsten in Erscheinung, daß man geradezu entsetzt ist. Kabalen, Intrige, Neid, Hoffart, Hochmut, Gewinnsucht, Feigheit, freche Ausschweifung und dazu in der Regel kleinstes Format im Intellektuellen und Bildungsmäßigen. Nein, die Monarchen sind nicht das Idealbild, das die frommen Bauern evangelischer und katholischer Observanz in Oberbayern und Westfalen in ihrem Herzen tragen. Es sind ach so kleine Menschen, keine Spur von einer Gottgefalsbtheit. Ob sie Bourbonen, Hohen-

zollern, Wettiner, Habsburger oder Wittelsbacher heißen — überall kleine Menschen, sittliche und körperliche Dekadenz. Wohl leuchten einzelne rein menschlich hervor. Da ist die wahrhaft fromme und bedeutende Maria Theresia, das Ideal einer Christin und deutschen Frau —, der letzte König von Hannover, Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III., der erste Großherzog von Baden, Karl Friedrich. Aber was wollen diese Ausnahmen gegenüber dem Gros all der Fürsten besagen, die in dumpfer Mittelmäßigkeit dahinlebend, in der Aufmachung eines dekorativen Hoflebens ihr Lebensinteresse erkannten? Wer das Buch des Grafen von Trützschler über Kaiser Wilhelm II. gelesen hat, muß sich, wenn er auch nur eine Spur von Unbefangtheit besitzt, sagen, daß dem Monarchismus als Prinzip die Existenzberechtigung abgesprochen werden muß.

Denn die Personen versagen. Und das ist kein Wunder. Das widernatürliche und widergöttliche Prinzip der Ebenbürtigkeit, nach welchem die Fürsten nur untereinander heiraten dürfen, hat zu einer unheilvollen Dekadenz der europäischen Fürstenhäuser geführt; die Inzucht hat katastrophale Erscheinungen gezeitigt. Überall herrschen die Entartungskrankheiten: Homosexualität, Krebs, Geisteskrankheiten. Ein kurzer Blick auf die Häuser Hohenzollern, Habsburg, Wittelsbach, Wettin genügt. Es ist kein exklusives Menschenmaterial, das auf Thronen gezeugt wird. Und da die Institution als solche, wie kurz dargetan, keineswegs ein naturnotwendiges Element der nach dem Willen Gottes geordneten staatlichen Gesellschaft ist — wie sollen wir dazu kommen, etwa aus dem Persönlichen heraus, uns für die Monarchie einzusetzen? Dies Persönliche scheidet als eine Potenz des Logischen und Moralischen aus der Beweisführung für die Zuständigkeit der Monarchie aus. Eine Persönlichkeitsleistung im Sinne der zweiten Bitte des Vaterunsers: dein Reich komme, ist in der Geschichte der Monarchie — wenigstens in der des

letzten Jahrhunderts — nirgends zu verzeichnen. Die Monarchie ist kein sittliches und religiöses Element der deutschen Geschichtswerdung.

Der Personenkultus, der mit der Monarchie getrieben wurde und wird, ist unmännlich und widerchristlich. Der Monarchismus war zu einer Vergottung der Personen ausgeartet. „Die allerhöchsten Herrschaften nahmen am Gottesdienst für den Höchsten teil.“ Dieses lächerliche Zeremoniell streift nicht nur an Götzendienst, es ist Selbstentwürdigung und Entmännlichung. Wenn ein 50jähriger General, um einer Laune des Monarchen zu genügen, im Kostüm einer Ballett tänzerin auftritt und während des Tanzes vom Herzschlag getroffen, tot niedersinkt und keine Zeitung etwas darüber berichten darf — der Fall Hülsen in Donaueschingen —, wenn man an den Monarchen in den wichtigsten Staats- und Volksangelegenheiten von hinten herum, mit Aufbietung aller Schlaueit herankommen muß, um Gehör, Antwort, Entscheidung zu erhalten, wenn alles geistig und moralisch Mindere aus der monarchischen Umgebung verheimlicht werden muß, daß man „draußen“ nichts erfährt, und wenn Minister, Diplomaten, Kammerherren, leitende Männer sich dazu hergeben, die Wahrheit zu verschweigen, zu lügen, zu liebedienern, so ist das doch der Zustand einer sittlichen Korruption, die deprimierend auf die ganze Oeffentlichkeit wirken muß und deutsche Männer in eine Verfassung zwingt, die gleichbedeutend ist mit sittlicher Minderwertigkeit. Auch rein menschlich betrachtet, ist die Monarchie eine Versündigung an der Seele des einzelnen, am Geist des Göttlichen, sie ist Götzendienst, der mit Menschen getrieben wird. Es liegt viel Tiefe und Wahrheit in dem Ausspruch des Samuel, da die Kinder Israels Gott verließen und seine Herrschaft ablehnten, als sie ihn baten, ihnen einen König zu geben, „wie alle Heiden haben“, damit „er vor ihnen herzüge im Kriege“. Damit ist festgestellt, daß das Königtum kein Spezifikum göttlicher

Willensrichtung ist. Das muß insbesondere jenen gegenüber betont werden, die Monarchie und Religion verquicken. Wenn Herr Dr. Heim in Tuntzenhausen mit einem wenig angebrachten Brustton der Enttäufung feststellte, daß ein „galizischer Jude“ (Eisner) den König von Bayern in die Wüste geschickt habe, so darf man doch wohl fragen, welche Charakterisierung die Tatsache verdient, daß der König Wilhelm von Preußen drei deutsche Fürsten auf einmal: den König von Hannover, den Kurfürsten von Hessen und den Herzog von Nassau in die nämliche Wüste schickte? War das nicht die Revolution von oben? War das nicht die vollkommene Außerkraftsetzung des Prinzips von Gottes Gnaden? Herr Dr. Heim hätte wirklich so viel Gerechtigkeit aufbringen müssen, um dem „galizischen Juden“ die Pendants aus fürstlichen Häusern entgegenzusetzen. Wenn Könige andere Könige absetzen können, so darf dies auch ein „galizischer Jude“, wenn er die Macht hat. Es gehört zum übelsten geschichtlichen Hausrat der Reaktion, immer nur von der Revolution von unten und nie von derjenigen von oben zu reden.

Die Zentrumsparterie muß sich zur Republik bekennen. Und dies um so mehr, weil die Rückkehr zur Monarchie die zentrale Idee aller Reaktionen darstellt. In der Monarchie sehen sie die Möglichkeit der Reaktivierung aller Privilegienwirtschaft. Es ist erklärlich und verständlich, wenn im Adel, auch im katholischen, die Zeit unvergessen bleibt, in der vom Throne ein besonderer Glanz auf die den Hof umgebende Schicht fiel und daraus Vorrechte entstanden, denen man nicht gerne entsagt. Es liegt aber kein christlicher und kein sittlicher Grund vor, Zeiten zu rekonstruieren, die von der Entwicklung als überlebt beiseite geschoben werden. Die Formen ändern sich eben im Laufe der Begebenheiten; die Hauptsache ist, daß Kern und Inhalt der göttlichen Ordnung unverfehrt erhalten bleiben.

## Der Föderalismus.

Die föderalistische Idee ist zwar in der Weimarer Verfassung staatsrechtlich gewährleistet, aber in der praktischen Politik tritt sie nicht besonders stark hervor. Die jahrzehntelange Vorherrschaft Preußens hat den Unitarismus zu einer Macht auch im Gefühlslieben der Deutschen gestaltet. Und wie es so vielen kaum möglich ist, monarchistische Gedankengänge loszuwerden oder die Vorherrschaft des Leutnantgeistes aus dem gesellschaftlichen Denken auszuschalten — weil der Militarismus sowohl das Moralische, wie das Intellektualistische mit Beschlagnahme belegte —, so ist auch der Unitarismus als deutsche Staatsidee mit der ganzen politischen Vorstellungswelt bei fast allen Parteien aufs engste verknüpft. Man hat sich an die Vorherrschaft Preußens in Deutschland derartig gewöhnt, daß das stammesübliche Ehrgefühl hinter das preußisch-deutsche fast zurücktritt.

Diese Wandlung wird an einem Beispiel besonders klar. Die Deutsche demokratische Partei war seit ihrem Eintritt ins öffentliche Leben föderalistisch. Von dem Augenblick an, wo der preußische Freisinn in ihr mächtig ward, trat der föderalistische Gedanke zurück. Ein Blatt, wie die „Frankft. Ztg.“, die mit ihrem Gründer Leopold Sonnemann die Fahne des Föderalismus hochhielt — unter nicht unbeträchtlichen Opfern —, schwimmt heute ganz im Fahrwasser des Unitarismus. Selbst im Rheinland, dem Kernland des Deutschtums, hat der Widerstand gegen die

Verpreuung nachgelassen, und doch gibt es kein Land, dessen Eigenart so gebieterisch und zwingend auf „landsmannschaftliche Selbständigkeit“ hinweist, wie gerade das Rheinland. Der preußische Militarismus hat gar gewaltig aufgeräumt mit der Idee des Rechtes auf partikulares Eigenleben. Der preußisch-deutsche Lehrer-Oberlehrer hat auch hier, wie bei der Erziehung zum monarchistisch-militaristischen Denken sein Werk getan. Die Vorherrschaft Preußens in Deutschland, von dem Slawen Treitschke geschichtsphilosophisch begründet, wurde ein Inventarstück deutschen und nationalen Denkens.

Man hätte nun meinen sollen, daß die Sozialdemokratie, unter deren Mitwirkung die Republik zustande gekommen, den einseitigen unitaristischen Standpunkt, der mit der Geschichte Deutschlands in Widerspruch steht, als Vorkämpferin des Föderalismus aufgetreten wäre. Dem ist aber nicht so. Gerade unter dem Einfluß der Sozialdemokratie haben sich die unitaristischen Gedankengänge verstärkt, wenn auch nicht allgemein. Der Münchener v. Bollmar hat allzeit den föderalistischen Gedanken vertreten, weil er eben noch geschichtlich argumentierte. Ungeschichtliches Denken ist, sobald das Wort Nation und Volk ertönt, immer noch eine Begleiterscheinung in der sozialistischen Argumentation, ein marxistisches Fossil, das die Fortgeschrittenen noch nicht abgestoßen haben. In dem Maße aber, wie die nationale Selbstbesinnung in den Reihen der Sozialdemokratie wächst, gewinnt auch die Idee des Föderalismus an Kraft. Nur der national-völkisch Denkende kann den Föderalismus begreifen.

Für den Sozialismus kommt auch noch seine Stellung zum Zentralismus als solchem in Betracht. Wer im wirtschaftlichen Zentralismus sein Heil erblickt — und im Wirtschaftlichen überhaupt das Positive des Staatsgefüges erkennt — wird leicht be-

reit sein, das Politisch-Staatliche als ein Nebengeordnetes anzusehen. Auch hier wird die Auffassung gelten, je mehr der Sozialismus den zentralistisch denkenden Marxismus aufgibt, desto leichter wird er föderalistischen Ideen im Politischen zugänglich sein.

Der nationalliberale Unitarismus hat seine besondere Geschichte. Die Einigung des Reiches im kleinen Deutschland war den nationalliberalen Gründern des Nationalvereins Ziel der politischen Entwicklung. Dies kleine Deutschland hatte zur Voraussetzung eine von der österreichischen Belastung abgelöste Vorherrschaft Preußens im neuen Deutschen Reich. In der nationalliberalen Einstellung zum Deutschland-Problem waren eigentlich Preußen und Deutschland kongruente Größen. Den Nationalliberalen wäre es am liebsten gewesen, wenn Preußen nach 1866 alle anderen deutschen Staaten „übernommen“ hätte, um so ein Reich mit „Provinzen“ herbeizuführen. Aber man mußte mit dem Widerstand von Bayern und wohl dem ganzen Süden rechnen.

Den nationalliberalen Kreisen der Wirtschaft und des Besitzes mußte schon aus Gründen der Bewegungsfreiheit ein von allen inneren Schranken befreites Deutschland wünschenswert erscheinen. Andern Schichten und Gruppen aus dieser nationalliberalen Sphäre schwebte auch noch so etwas wie eine preußisch-protestantische Vorhut vor, deren Wirksamkeit in dem Maße garantiert erschien, als Preußen an Macht über das Reich gewann. So sind es in der Nationalliberalen Partei verschiedene idealistische, geistige und ungeistige Strömungen, die ihr den Unitarismus als erstrebenswertes Ziel erscheinen ließen.

Preußen heißt der große Nenner in der inneren Politik Deutschlands; er wird von Sozialisten und Nationalisten für ganz verschiedenartig aufgemachte politische Rechnungen gebraucht. Unter Preußen ist

vor allem das ostelbisch orientierte Preußen zu verstehen.

Um Mißverständnisse nicht aufkommen zu lassen, muß, was als selbstverständlich anzusehen, aber eben darum nicht scharf genug betont werden kann, festgestellt werden, daß unter Preußen und Ostelbien nicht Land und Volk als solche zu verstehen sind; nicht ihnen gilt Kritik und Widerspruch. Im Gegenteil: Das ostelbische Volk gehört zur Kerntruppe des deutschen Vaterlandes. Die gesunde deutsch-slawische Mischung hat — wie jede anthropologisch nicht zu weit auseinanderstehende Volksverschmelzung — ein ganz vorzügliches Volkserzeugnis erzeugt. Der Ostelbier als Mensch, als Volksgenosse, ist ein prachtvoller Typ: fleißig, bescheiden, einfach, beweglich, zum Dienst am Vaterland gerne bereit, freiheitlich gesinnt und doch konservativ, der Väter Sitte treu ergeben. Es gibt für den West- und Süddeutschen keine bessere Ergänzung als den Ostelbier.

„Ostelbisch“ ist also keine Volksbezeichnung, sondern eine Namensgebung für bestimmte soziale und politische Ideen, was genau vom generell gebrauchten „preußisch“ gilt. Preußisch und ostelbisch sind Bezeichnungen für bestimmte politisch-soziale Ideen, die sich dadurch herausgebildet haben, daß die westdeutschen und süddeutschen Eroberer des ostelbischen, preußischen Koloniallandes die Eroberer- und Herrschermaximen beibehalten und in eine soziale Führungsschicht sozusagen verkörpert haben, die im Nachwuchs dieser Führungsschicht fortwirkt bis auf den heutigen Tag. Die preußisch-ostelbische Idee wurzelt im Begriff der Vorherrschaft geschichtlich privilegierten Schichten. Dieser Begriff ist konstitutionell geworden, ein Erbgut für alle diejenigen, die als „Barone“ auf die Welt kamen, die zur Sippe der sozial und politisch Bevorzugten gehören und diese Be-

vorzugung mit allen Mitteln aufrecht erhalten wollen. Preußisch-ostelbisch ist der Wille zur Macht, zur Vorherrschaft, zur Unterdrückung der anderen. Preußisch-ostelbisch ist das Amalgam zwischen hohenzollernscher Dynasten-Politik, Militarismus, Bürokratismus und Großgrundbesitz. Aus diesem Amalgam ergab sich eine staats- und gesellschaftliche Idee der unabänderlichen Herrschaft der Obern über die Untern. Diese Idee als Erbgut eines politisch-sozialen Raisonnements kann auch von anderen erworben und angenommen werden. Die Möglichkeit zum Preußen und Ostelbier steckt in jedem, weil sie dem egoistischen Streben auf Macht, Einfluß adäquat ist.

Wir erleben es ja, wie diese Idee der rücksichtslosen Geltendmachung durch Erbgang erworbener Kapazität im Politischen und Wirtschaftlichen sich über ganz Deutschland ausgebreitet hat, wie sie mit Hilfe der Institution des Reserveleutnants auch im Süden und Westen die Gemüter gebannt hat. Daß der Leutnant „hoffähig“ war, der Gelehrte, der Professor, der Beamte, der führende Geschäftsmann nicht — das ist preußisch-ostelbisch; wenn der Verbindungsstudent der heutigen sozialen Republik in Handschuhen gehen muß, seinen Professor außeramtlich nicht grüßt, wenn er nicht einer Verbindung angehört, sich nicht in den Anhängewagen der Elektrischen setzen darf, weil er dort mit sozial Minderwertigen zusammenstoßen kann, so ist das ostelbisch-preußisch. Das ist der Geist, der Deutschland so unheilvoll in haßerfüllte Schichten gespalten hat und der bei seiner fortdauernden Herrschaft wiederum katastrophale Zustände herbeiführen wird.

Ein preußischer Ostelbier ist der Niedersachse Oswald Spengler, der die ganz spezifisch preußische Lehre vertritt, daß jedes Volk noch untergegangen sei, das den Gerechtigkeitsgedanken über den Machtgedanken gesetzt habe. Ein Ostelbier ist auch der katholische Doktor

Heim, der es über sich gebracht hat, seine bayerischen föderalistisch gesinnten Freunde aufzufordern, statt den Volksmann Wilhelm Marx den Ostelbier v. Hindenburg zu wählen, der bei aller persönlich vornehmen Einstellung und untadeligen moralischen Haltung traditionell ein Hüter des ostelbisch-preußischen Machtgedankens ist.

Die Möglichkeit zum Ostelbier liegt, wie gesagt, in jedem, der den eingeborenen Egoismus, den eingeborenen Willen zur Macht nicht durch christlich-sittliche Auffassungen kontrolliert und interpretiert.

Mit dem prachtvollen, fleißigen, arbeitsamen, bescheidenen Volk Ostelbiens hat der politisch-soziale Begriff des Ostelbiertums nichts zu tun. Uns stört in Ostelbien der „slawische Einschlag“ nicht, denn wir wissen, daß über dem durch „Blut“ und Abstammung erzeugten Begriff der Rasse und des Stammes der höhere der sittlichen Persönlichkeit steht; wir wissen außerdem, daß rein morphologisch und anthropologisch Rassenmischung die Vitalität gesund erhält und die Leistungsfähigkeit im Somatischen steigert.

Das Preußisch-Ostelbische ist eine Idee, die überwunden werden muß, ganz besonders deshalb auch, um das ostelbische Volk mit seinen glänzenden Tugenden dem deutschen Volksbegriff völlig einzuverleiben und es freizumachen von dem Geist und Einfluß einer jahrhundertlang herrschenden Kaste, die nicht dargestellt wird durch den Adel allein — der ja ganz wundervolle Einzelpersönlichkeiten hervorgebracht hat, insofern diese wirklich christlich waren —, sondern durch all die akzidentiellen Erscheinungen jener Schichten, die zu Macht, Einfluß, Besitz kamen. Die Wahrheit gebietet zu sagen, daß die bürgerlichen „Junker“ in der Auswirkung ostelbischen Geistes viel rücksichtsloser sind, als die adligen, weil sie in ihrer Weltanschauung und in

ihrer religiösen Stellung meist durch den liberalen Standpunkt bestimmt werden.

Dieser ostelbisch-preußische Geist kann nur überwunden werden, wenn das Deutsche Reich föderalistisch, wenn dem Ostelbierthum seine Waffe entzogen wird, indem man Preußen in seine natürlichen Bestandteile zerlegt und so der Preußengeist automatisch als die Oeffentlichkeit beherrschende Macht aus dem politischen Leben ausscheidet. Man gebe den Niedersachsen und Kurhessen ihr Land zurück, auf das sie geschichtlich und moralisch ein Recht haben, man gebe dem Rheinland wieder seine alte Selbständigkeit, als dem Ursprungsland jenes westlichen Deutschtums, das mit dem südlichen das Deutschland prägte, das als kulturelle Macht den Begriff Mitteleuropa schuf, das werbend und ausgleichend ein Faktor der Völkerveröhnung ist.

Alle Zentralisation ist grundsätzlich vom Uebel. Wir erleben es jetzt im Wirtschaftlichen. Die Zentralisation erzeugt Hypertrophie, sie hindert eine gesunde Blutverteilung. Wird Deutschland in seine natürlichen Länder zerlegt, so wird einerseits der immer noch herrschenden Kleinstaaterei ein endgültiges Ende bereitet und auf der andern Seite zerteilen sich zusammengeballte Kräfte und fließen in lebenspendende Seitenkanäle. Reiche Gliederung im Rahmen der Einheit. Das war immer Prinzip deutscher Entwicklung. Wohl artete der deutsche Föderalismus im Laufe der Jahre zum Partikularismus aus, zum Partikularismus der Feudalen und Dynastien; das war die Uebertreibung des Prinzips. Nunmehr, da die Dynastien verschwunden sind, kann man die geschichtlich gewordenen Glieder und Stämme des deutschen Volkes wieder in ihre natürlichen Rechte einsetzen nach dem Paragraph 18 der Reichsverfassung. Der Einheitsstaat nach außen, ohne Sondervertretung der Länder bei den auswärtigen

Mächten, Ausleben der Staaten und Länder im Innern nach den Maßen und Bedingungen ihres geschichtlichen Verdegangs. In dieses föderalistische Deutschland kann Oesterreich, wenn bessere Zeiten gekommen sind, ohne schematisches Bauchgrimmen aufgenommen werden. Der Föderalismus bringt Freunde, friedliche Entwicklung, Annäherung der Völker; er will schaffen: eine internationale Rechtsgarantie.

Für das Zentrum bedeutet die Aufnahme des föderalistischen Bekenntnisses die Annäherung und Wiederverschmelzung mit der Bayerischen Volkspartei, bedeutet den Wiedereintritt der welfischen Partei. Es bedeutet aber vor allem die Erweckung eines echt freiheitlichen Geistes und Hellenfschung der Liebe zum Heimattum; beide Tugenden aber sind notwendig, um der nationalen Gesinnung die unveräußerliche Grundlage zu geben; sie bedeutet endlich die Ueberwindung des Preußengeistes, in welchem die M a c h t = p o l i t i k in allen ihren Bestandteilen des Politischen und Sozial-Wirtschaftlichen verankert liegt. Wird die Vorherrschaft der preußischen Idee im politischen und öffentlichen Leben gebrochen, so ist eine wahrhaft soziale Politik des Ausgleichs und Aufstiegs möglich. Der h ä ß l i c h e K a s t e n g e i s t, der sich heute überall zeigt und wie gärend Drachengift insbesondere die Seele der studierenden Jugend vergiftet, kann nur endgültig überwunden werden durch das föderalistische Deutschland, das die Quelle des „Preußengeistes“, das zentralisierte Preußen, als alles beherrschende deutsche Vormacht, beseitigt und so die deutschen Länder zu ihrer natürlichen Eigenart kommen läßt.

Die deutschen Länder mit ihren natürlichen Zentren und Hauptstädten haben die Blüte im Künstlerischen und Wissenschaftlichen gezeitigt, die von der ganzen Welt neidlos anerkannt wird.

Es mag vielleicht da und dort als schwarzseherisch angesehen werden, wenn man den Aspirationen Preußens eine Schädigung des deutschen Reichs- und Einheitsgedankens zuschreibt. Doch darf es als eine feststehende Tatsache angesehen werden, daß der „Preußengeist“ auf nichts anderes hinstrebt, als auf ein Großpreußen, in dem Deutschland aufgehen soll. Preußen in Deutschland voran, war immer die Parole der Ostelbier. Hat doch vor nicht allzulanger Zeit — am 6. August 1925 — die „Kreuzzeitung“, das Organ des spezifischen Borussia, erklärt, Borussia necesse est, Germania non necesse, d. h. Preußen ist nötig, Deutschland nicht. Das ist echter Preußengeist, Geist von Potsdam, Hohenzollernthese vom Großen Kurfürsten an bis auf Wilhelm II., mit einziger Ausnahme Friedrichs III., der treu zum Deutschen Reiche stand.

Ungeachtet jenes Grundsatzes der borussischen „Kreuzzeitung“ wird man begreifen, was all die Agitationen der Stahlhelm-, Jungdo- und sonstigen Vereinigungen zu bedeuten haben: die Vorherrschaft Preußens in Deutschland, den Sieg des preußischen Gedankens, des Preußengeistes. Darum muß Preußen in Deutschland aufgehen; dann fehlt dem Preußengeist der Dynamo, das Instrument seiner Tätigkeit. Dann wird das preußische Volk, der kostbare Bestandteil des deutschen Volkes, frei werden, und kann seine wertvollen bauenden Kräfte für das Deutsche Reich einsetzen.

## Kulturpolitik.

Die kulturpolitischen Anschauungen des Zentrums werden weltanschaulich durch sein Bekenntnis zum Christentum bestimmt. Gottes Wille geoffenbart im Kosmos und seinen Gesetzen und in der Erscheinung des Erlösers Jesus Christus, des Heilandes der Welt. Das ist ökumenisches Christentum, in dem sich Evangelische und Katholiken vereinigt finden, trotz der konfessionellen Gestaltung der Bekenntniskirche. Der evangelische Professor Dr. Henle-Rostock schrieb kürzlich in „Reich und Heimat“, den Mitteilungen des Reichs- und Heimatbundes deutscher Katholiken, folgendes: „Die entscheidende Linie läuft schon lange nicht mehr zwischen evangelisch und katholisch, sondern zwischen christlich und unchristlich. Nur Laue und Verblendete können das bestreiten. Mit den katholischen Deutschen eint uns evangelische Deutsche der Glaube an den aus Liebe zur Menschheit am Kreuz gestorbenen Erlöser.“

Von diesem Standpunkt aus treiben wir Kultur. Kultur ist uns etwas anderes als Zivilisation. Zivilisation ist neben anderen ein technisches Instrument, mit dem Kultur erzeugt werden kann. Kultur bedeutet uns die Hinentwicklung der Menschheit zum Reich Gottes. Das ist nicht so zu verstehen, als ob das Reich Gottes eine politisch-wirtschaftliche Institution sei, in die wir hineinwachsen. Die Menschen sollen religiös-sittlich ertüchtigt werden, um das Reich Gottes in sich zu bereiten, damit, wenn der große Augenblick

kommt, in dem „ein neuer Himmel und eine neue Erde“ das Erlösungswerk an der Menschheit abschließen, wir fähig sind, das inwendige Reich Gottes nach außen zu projizieren.

Das ist ein Glaubensartikel. Den Glauben kann man niemand aufdrängen; er ist ein inneres Erlebnis desjenigen, der Gott in der geoffenbarten Welt und in dem geoffenbarten Heiland erkennt.

Es würde in der Welt, besonders in Deutschland, besser aussehen, wenn man sich links vom Zentrum zu diesen monumentalen Linien einer positiv religiös-intendierten Weltanschauung, zum mindesten im Sinne echter Toleranz, stellen wollte.

Aber die Linke — mit wenigen Ausnahmen — denkt immer noch hedonistisch und eudämonistisch; sie steckt noch in den Kinderschuhen eines philosophisch und erkenntnismäßig längst überwundenen Materialismus, den der politisch ganz rechts stehende Naturforscher Häckel in ein naturwissenschaftliches System zu bringen suchte. Nicht ausgesprochen, aber latent, ruht in der Linken der Wille zur Gottesleugnung; von den mildesten Formen des Deismus und Pantheismus bis zum ausgesprochenen Atheismus. Und was das Bedeutsamste ist: sie betrachtet diese Anschauungen als Postulate der Wissenschaft. Zwar ist das vulgäre Aufklärertum mit seiner These: die Wissenschaft „hats bewiesen“, ein wenig ins Hintertreffen gekommen; aber die Vorstellung, als ob die Wissenschaft auf dem Gebiete des Uebersinnlichen etwas „beweisen“ könnte, steckt zu tief in den „ungläubigen“ Kreisen, die links die Führung haben. Daß die Kategorien unseres Denkens an der Kette der sinnfälligen Wahrnehmung liegen, will in die materialistisch-präokkupierten Gehirne nicht hinein. So entsteht links eben immer noch die entgottete Welt: „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Späßen.“

Man muß links endlich erkennen, daß der Materialismus den Sinn des Lebens nicht erfüllt; auch dann nicht, wenn politische Freiheit und Gleichheit vollständig aus dem Reich der Idee in die Wirklichkeit übertragen sind —, auch dann nicht, wenn wirtschaftliches Wohlergehen die auf diesem Planeten denkbar möglichste Form des Optimistischen angenommen hat —, auch dann nicht, wenn der Krieg abgeschafft und der Völkerbund der politische Diktator der Welt ist.

Der Mensch unterscheidet sich eben tatsächlich vom Tier. Auch wenn Darwin hundertmal bewiesen hätte, daß eine ausgestorbene Affenart unsere Vorfahren seien. Er hat das aber bekanntlich nicht bewiesen, und die Deszendenztheorie gilt wissenschaftlich als längst überwunden. Vielleicht macht es links einigen Eindruck, wenn auch hier die schon oft gemachte Feststellung wiederholt wird, daß Rudolf Virchow stets die Deszendenztheorie abgelehnt hat.

Der Mensch ist kein Tier. Er stammt auch nicht von einem solchen ab. Und täte er es, dann wäre der Prozeß der Umwandlung aus dem Tier zum Menschen schon um deswillen ein viel größeres Wunder, als die unmittelbare Schaffung durch den Schöpfer, weil sich seit Milliarden oder Billionen von Jahren ein solcher Umwandlungsprozeß — der sich doch logisch fortsetzen müßte — mit irgendeinem neuen positiven Resultat nicht wieder manifestiert hat.

Der Mensch hat eine besondere Beziehung zu Gott. Das steht fest durch die Geschichte des Menschen, durch die Geschichte der sittlichen und geistigen Entwicklung des Menschen. Das Ahnen jener Göttlichkeit liegt dem Menschen tief in die Brust gebettet. Kunde davon geben uns alle Rassen, alle Völker. Wollten die Herrschaften von links, die sich sonst auf ihre literarische Einfühlung so viel zugute tun, den großen Monolog Hamlets im 3. Akt „Sein oder Nichtsein“ einmal nicht vom artistischen, sondern vom dichterischen

und philosophischen Standpunkt auf seinen Inhalt prüfen.

Der Mensch kommt von Gott nicht los; er ist mit ihm verkettet. Das sagen alle Weisen seit Tausenden von Jahren, und auch heute tönt die Botschaft wieder stärker in unser Ohr, als wir es in den letzten fünfzig Jahren gewöhnt waren.

Man braucht auf Werner Sombart nicht zu schwören — ich persönlich lehne ihn mit seiner Blut- und Rassenmoral vollständig ab —, aber daß auch dieser vom Sozialismus herkommende Denker und Nationalökonom mit seiner Wissenschaft und der moralisch-wissenschaftlichen Summe eines langen Lebens im Hafen Gottes einläuft und dem Wirtschaftlich-Sozialen und Politischen nur dann glaubt eine befriedigende Lösung geben zu können, wenn er ihm einen spiritualistischen Koeffizienten — den in Gott verkörperten Menschen — voransetzt, gibt immerhin zu denken.

Im Jahre 1884 wurde Lagarde beauftragt, ein Programm für die konservative Partei Preußens zu entwerfen. Dieser Auftrag war gewiß merkwürdig. Denn wie man sich auch zu Lagarde stellen mag: er war nicht nur ein großer Gelehrter, sondern eine wesentlich geistig bestimmte Persönlichkeit, die mit den preußisch-ostelbischen Denkformen eines robusten Junkergeistes nicht viel gemein hatte. Es muß auch noch betont werden, daß Lagarde kein positiver Christ in unserm Sinne war und daß auch positives evangelisches Denken ihm fern lag.

Und doch schreibt er zu demjenigen Punkt, „der ihm den Schlüssel zu unserer Stellung bringt“, folgendes:

„Schon oben ist darauf hingewiesen worden, daß die christliche Kirche auf Erden nur Ein Göttliches kennt, die Menschenseele. Hier soll geflüstertlich aus-

gesprochen werden, daß alles Treiben der Erde nur den Zweck hat, die einzelnen Menschen für ein höheres Leben auszureifen, für ein Leben, welches wir doch darum doch nicht leugnen werden, weil wir es uns nicht vorstellen können, welches wir uns nicht dürfen vorstellen können, damit wir nicht um des Lohnes willen streben, nach dessen Heil wir streben, weil wir aus dem auf ein Ziel deutendes, ersichtlich von einer erzieherischen Hand gelenktes Erdenleben es hervordachsen fühlen.“ So Lagarde.

„Wir sind Pilgrime auf Erden.“ Gewiß. Bis zu dem Punkt gehen viele mit. Und wenn ich mir so die Agitations-Terminologie von „rechts“ her ansehe, so ist man auf der deutschnationalen, wie auf der nationalliberalen Seite, stärker als je geneigt, die Jenseitsgedanken und die menschliche Pilgrimschaft dem politischen Programm der Rechten zu assimilieren. Aber diese neue „Rechts“-Denkart hat eine verdächtige Ähnlichkeit mit der These: dem Volke muß die Religion erhalten werden, damit die Privilegierten leichter mit ihm umspringen können. So sicher es ist, daß unser Dasein sich nicht im Irdischen erschöpft und daß die Gestaltung der Menschenseele auf eine „jenseits“ zu erfolgende Vollendung hinweist, so wenig darf nun daraus gefolgert werden, daß es etwa Gottes Wille sei, daß die Hohenzollern im Laufe ihrer Herrscherzeit ein viele Hunderte von Millionen betragendes Vermögen „erwarben“, oder daß es Junker, Grafen und Barone gäbe und eine Kaste von Privilegierten naturnotwendigerweise im Wohlsein leben müsse, und in einer ästhetisch aufgemachten Atmosphäre von Freude, Schönheit und Herrschaft. Daß anderseits Millionen und abermals Millionen dazu verurteilt seien, in schwerster körperlicher Fron zu stehen, ein Leben der Armut und Freudlosigkeit zu leben, die Gasse zu reinigen und allen Schmutz des Irdischen zu bewältigen, um dafür dann noch von den

anderen, Glücklicheren, als infame Proleten angesehen zu werden, deren gesellschaftliche Berührung den „Höherstehenden“ ein Greuel ist, den man noch dafür, daß er aus lichtlosen Räumen mit Gefahr seines Lebens die Schätze der Unterwelt ans Tageslicht bringt, daß er an Esse und Glutofen seinen Körper preisgibt, daß er sich der brennenden Hitze des Sommers und der tödlichen Kälte des Winters aussetzt, daß er den Schmutz der Straßen zusammenfegt — noch als Minderwertigen zu betrachten ein Recht habe, dem sogar bei der Wahl die politische Gleichheit vorzuenthalten sei! Das ist wahrlich nicht Gottes Wille, das sind Einrichtungen, die der Egoismus der Menschen geschaffen hat, jene Menschen, die durch Zufälligkeiten in den Besitz der Macht gekommen sind. Gott hat damit nichts zu tun; er läßt es zu, wie so manches in der Welt. Aber er hat seine Gesinnungen die Menschen wissen lassen, indem er seinen Sohn in die Welt sandte, um uns zu verkünden, daß wir Gottes Kinder sind und Brüder untereinander. Daraus haben wir die Schlußfolgerungen zu ziehen.

Wahrlich, nichts hat der christlichen Kirche so geschadet und schadet ihr bis auf diesen Tag, daß sie sich mit vielen ihrer Vertreter kritiklos auf die Seite der Mächtigen und Besitzenden stellt.

Als ich 1916 in die baltischen Lande reiste und nicht weit vom Schloß des Barons das evangelische Pfarrhaus fand, das groß, geräumig, luxuriös ausgestattet war — es fehlte nicht an Salons und kostbaren Gemälden —, da wußte ich, daß die Revolution, wenn sie käme, hier furchtbar hausen würde, wenn ich mir den Letten in seiner Armut vorstellte neben diesen Depositionen einer ästhetisch stilisierten Lebenskunst. Da lernte ich erst begreifen, daß ein so konservativer und streng evangelischer Mann wie Pantenius in seinen furländischen Romanen und Novellen so scharf

kritisch sein konnte vom Standpunkte eines sozialen Liberalismus. Wie oft hatte ich das früher dem Pantenius verdacht und ihn innerlich einen „Sozi“ gescholten, wie ich es dem Grafen Wilhelm Douglas in Baden immer verargt hatte, daß er den Freisinnigen die „Märchen“ vom Junker, seiner Gesinnung und Herrschaft nachsprach und ihn erst begriff, als ich durch Augenschein mich überzeugte, daß es sich wahrlich nicht um „Märchen“ handelte.

Gottes Wille ist es nicht, daß Armut, Elend, materielles und sittliches, auf Erden herrscht, daß Egoismus und Herrschsucht Triumphe feiern, daß Menschen als Monarchen vergöttert werden. Als jener Jüngling aus dem Evangelium sich dem Heiland als den mustergültigen Freund präsentierte, der alle Gebote gehalten habe und wissen wollte, was er noch tun müsse, um das Reich Gottes zu erwerben — vom Herrn die Antwort bekam, daß er alles verkaufen solle, um es den Armen zu geben, da wandte sich der reiche Jüngling ab und der Gottessohn sprach sein vernichtendes Urteil über die Reichen aus.

Wenn es den Menschen möglich ist, Armut und Elend aus der Welt zu schaffen, wenn sie es vermögen, die Brüderlichkeit auch in den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Formen zur Tat werden zu lassen, dann ist Gott ganz gewiß damit einverstanden. Darum muß es der Christ für eine Pflicht ansehen, durch eine wahrhaft christliche Sozial- und Wirtschaftspolitik die Menschen aus dem Bann der Armut und Niedrigkeit zu befreien, wie es Geschöpfen, die von Gott abstammen und in einem Verhältnis zu ihm stehen, geziemt. Es ist darum zu begrüßen und liegt durchaus auf der Linie dessen, was Gott will, wenn durch eine technische Instrumentierung der Gesellschaft es erreicht werden kann, die Menschen frei und glücklich zu machen, wenigstens im Außerlichen des Organismus. Daß mit

diesem Außerlichen das sittliche Ideal des Glückseins nicht erreicht ist, braucht nicht besonders dargetan zu werden, denn wahrhaft reines Glück wird nur dem Freien, doch in Gott Gebundenen zuteil. Aber es ist das Wenigste, was die Menschen tun können, wenn sie die schweren Lasten der Außerlichkeit vermindern helfen. Können sie es und sie tun es nicht, so handeln sie gewiß gegen den Willen Gottes. Wenn es gewissen Leuten gar so wichtig und bedeutsam ist, Armut, Niedrigkeit, Elend, soziale und wirtschaftliche Ungleichheit als besonders wertvolle Postulate christlicher Frömmigkeit und Sittlichkeit hinzustellen — warum streben sie nicht darnach, in diesen Zustand zu kommen? Sie brauchten doch nur das zu tun, was der Heiland dem reichen Jüngling gebot: alles zu verkaufen, sich selbst erniedrigen. Es ist wahrlich eine Tat minderere Sittlichkeit jener, die durch Glück und Zufall auf den Höhen des Lebens stehen, den anderen Armut, Niedrigkeit, Elend, sozialwirtschaftliche Ungleichheit als Güter irdischen Daseins anzupreisen. Ich denke mir, daß Gott sich über diese Exemplare in der Schöpfung seine besonderen Gedanken machen wird.

Nun weise ich seit vielen Jahren meiner öffentlichen Tätigkeit darauf hin, daß Technik und Entwicklung es ermöglicht haben, Macht und Willen der Erfüllung von einzelnen abzulösen und auf die Gesamtheit zu übertragen. Das nenne ich die wirtschaftliche und soziale Demokratie. Und ich nenne es ein Endpunkt christlicher Kulturpolitik, wenn dies durchaus erstrebenswerte und auf der Ebene von Gottes Willen liegende Ziel vergeistigt und mit einer religiösen Potenz versehen wird. Der Sinn des Lebens ist nicht das Irdische; das Irdische ist eine Durchgangsstation zum Höheren, wie es Lagarde — und mit ihm alle großen Denker und Führer der Menschheit — schön und einfach ausgedrückt hat.

Als ich im Jahre 1895 in der „Badischen Post“, dem damaligen Organ der Konservativen, schrieb, daß ich auch den sozialdemokratischen Staat vom sittlichen Standpunkt aus anerkenne, wenn die Sozialdemokratie positiv christlich ist, erregte das einiges Aufsehen, aber die große Mehrheit der damaligen evangelischen und konservativen Pfarrer stimmte mir zu. Das wäre heute nicht mehr möglich. Die Mehrheit der evangelischen und konservativen Pfarrer steht hemmungslos auf Seiten der Macht und des Besitzes. Es ist erschütternd, wenn man es erleben muß, daß Verkündiger des Evangeliums zu den Lobrednern und Verteidigern der Politik der Macht werden. Denn Machtpolitik ist es, ob einer Chauvinismus und Waffengewalt verteidigt, oder der Vorherrschaft des Besitzes für Staat und Gesellschaft das Wort redet. Es ist zum Weinen, wenn man in einem ausgesprochen evangelischen Organ, dem „Aufwärts“, einen Menschen sich abmühen sieht, den einfachen Lesern des Blattes beizubringen, daß Oswald Spengler als positiver Christ müsse gewertet werden. Und warum? Weil er Preußengeist und Schwertglauben preist als das erlösende Prinzip für Deutschland.

Die Linke sollte sich reiflich überlegen, ob es richtig ist, ihren sittlichen und religiösen Relativismus zur Unterlage ihrer Kulturpolitik zu machen. Sie soll die Zeichen der Zeit nicht mißachten. Es geht eine Welle religiöser Gefühlsauffrischung durch die Welt, durch Deutschland. Gott ist nicht tot, wie Nietzsche prophezeite, der publizistische Vertreter der Idee der Macht — er lebt und Millionen von Herzen drängen ihm ahnungsvoll entgegen. Wenn die Sozialdemokratie christlich wäre — welche eine Macht könnte sie bedeuten. Auch das schrieb ich vor Jahren und ein evangelischer Pfarrer aus Preußen schrieb mir höhnisch: Ei, so machen Sie sie doch christlich.

Gewiß — auch in der Sozialdemokratie bewegt sich ein anderer Geist. Das Wort des alten Wilh. Liebknecht: Ich mag die Pfaffen nicht leiden, aber noch weniger die Anti-Pfaffen, hat allmählich Kurs bekommen und jene rohe Religionsfeindschaft, wie sie vor vier und fünf Jahrzehnten gängig war, da bürgerliche Liberale und Publizisten den Atheismus als fortschrittliches Prinzip predigten, ist in Abnahme gekommen. Aber es wäre falsch, zu glauben, daß die Sozialdemokratie eine innerliche und positive Stellung zur Religion bekommen hätte. Wohl gibt es einen Bund religiöser Sozialisten und viele sozialistische Abgeordnete bezeichnen sich heute nach der Konfession, in der sie getauft sind. Aber wenn die kulturpolitischen Belange in religiös formulierten Forderungen erscheinen, dann zieht sich kaum erwachtes religiöses Gefühl in die banalste Schlagwort-Literatur zurück.

Und die bürgerliche Demokratie? Ist sie nicht von ödestem Kulturkampfgeist befangen? Gewiß nicht vom Kulturkampfgeist der 70er und 80er Jahre, dessen Vertreter ihren Antagonismus gegen Religion und Kirche mit gehässigen und antiliberalen Polizeimaßregeln bekundeten, aber die Art und Weise, wie auch die bürgerliche Linke Stellung in Sachen des Reichsschulgesetzes nimmt, beweist klar, daß sie sich der Omnipotenz des Staates bedienen will, um den freien Bürger in seiner religiösen Meinung zu vergewaltigen. Denn was ist es anderes, als eine Vergewaltigung, wenn man den Eltern das Recht nehmen will, die religiöse Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen? Will die Demokratie im Interesse der liberal-religiösen Weltanschauung das alte demokratische Prinzip vom Recht der Familie auf das Kind außer Kraft setzen? Die Demokratie hätte alle Veranlassung, den alten römisch-heidnischen Gedanken von der Allmacht des Staates aufzugeben und der Familie ihr unveräußer-

liches göttliches und Naturrecht zuzuerkennen. Der Staat soll und muß verlangen, daß die Allgemeinbildung der Volksschule ein Nationalgut ist, daß jedes deutsche Kind des Volksschulunterrichts teilhaftig wird. Die Richtung der religiösen Erziehung aber soll er im Grundsatz der Familie überlassen. Es ist hier nicht der Ort, für die besondere und geeignete Technik des Verfahrens eines religiösen Schulunterrichts Vorschläge zu machen; es handelt sich ums Prinzip, darum nämlich, daß die Demokratie anerkennen muß aus dem Begriff echter Toleranz heraus, daß katholische und evangelische Eltern ein fundamentales Recht haben, zu verlangen, daß ihre Kinder in der Schule im christlichen Glauben, im Glauben der Väter, erzogen werden. Es kann sich dabei natürlich nicht um eine Mischmaschreligion handeln, sondern um den Unterricht in einem von den Religionsgesellschaften erteilten Religionsunterricht. In Baden besteht die Simultanschule, aber der konfessionelle Religionsunterricht ist vollkommen garantiert. Das Recht der Länder auf Gestaltung des Schulunterrichts — die Forderung des Föderalismus macht sich auch hier wieder geltend — muß anerkannt werden, insoweit die Normativbestimmungen des Reichsgesetzes erfüllt sind.

Ich habe wiederholt das Wort echte Toleranz gebraucht. Echte Toleranz ist nicht „Duldung“ im Sinne „dogmatischer Toleranz“, die alle Religionsbekenntnisse für gleich „richtig“ hält und damit die Klarheit religiösen Denkens und Forschens gleicherweise zunichte macht — Toleranz ist Bekenntnis zu der Tatsache, daß der Liberale und Areligiöse weder ein moralisches, noch ein geschichtlich-objektives Recht hat, an der Gültigkeit positiv-religiöser Konfessionalität zu zweifeln. Zur Zeit ist die Lage aber immer noch die, daß hinter dem Satz „Religion ist Privatsache“ die Auffassung steckt, die Religion ist für die Dummen, die nicht gerade mit Feuer und Schwert,

aber doch ausgerottet gehören. In diesem Geist ist die Stellung der Linken zum Reichsschulgesetz getragen, gemildert und abgetönt nach persönlichen Auffassungen aus der Einstellung des Herzens oder nach Motiven der Erziehung und des Herkommens.

Die Religion ist ein Faktor, und zwar der positivste unter allen Faktoren der Kulturbildung. Die s muß die Linke anerkennen. Dann findet sie von selbst die rechte Stellung in allen kulturpolitischen Fragen, auch in der Schulfrage. Sie braucht sich dabei nur an die Haltung ihrer Gesinnungsgenossen in England und Amerika zu erinnern; sie braucht sich aber auch nur der Ergebnisse der vorurteilslosen deutschen Philosophie zu erinnern. Denn wenn ein Kant, der Philosoph des Kritizismus, an Jung Stilling schreiben konnte: „Auch darin tun Sie wohl, daß Sie Ihre einzige Beruhigung im Evangelium suchen, denn es ist die unverstiegbare Quelle aller Wahrheiten, die, wenn die Vernunft ihr ganzes Feld ausgemessen hat, nirgends anders zu finden sind“ —, so dürfen die Liberalen von heute, die Zeuge davon sind, wie alle Ansprüche der Naturwissenschaft, das Weltbild zu erklären und das Metaphysische aus unserm Denken und Erkennen auszuscheiden, endgültig abgewiesen sind, so viel Toleranz und Erkenntnis aufbringen, daß es mit der These: „Gott zu lästern und den Dreck zu preisen“ nichts ist und daß es in einem freien und demokratischen Staat das unveräußerliche Recht freier Eltern sein muß, ihre Kinder in positivem Glauben erziehen zu lassen.

Diese freien Eltern haben in Deutschland die Mehrheit. Bis tief in die demokratischen und sozialdemokratischen Kreise hinein will man nicht nur nichts von der religionslosen Schule wissen, ist man vielmehr dafür, daß eine religiös betonte Schulerziehung stattfinden soll.

Es sei nochmals gesagt: die Linke beißt auf Granit, wenn sie in den Kulturfragen sich auf den Nihilismus versteift. Die reaktionäre Rechte — in ihrer Mehrheit religiös=philosophisch nicht anders eingestellt wie die Linke — wartet sehnsüchtig auf den Augenblick, auf der Route via Kultur=(Schul-)Politik das Zentrum an ihre Seite zu bekommen. Die Rechte beugt das Knie und schlägt das Kreuz, wenn sie das Zentrum einfangen kann; Paris ist ihr schon eine Messe wert.

Die Linke soll sich wohl überlegen, bevor sie ihren Relativismus und die Propagierung eines sittlichen Nihilismus durch ihre Presse höher schätzt, als eine wahrhaft demokratische und soziale Politik. Ihren erfahrenen Männern und Frauen kann es nicht an der Erkenntnis fehlen, daß ein in Zucht und Sitte erzogenes Volk mehr leistet, als eine im Nihilismus und Protest gegen alles Ueberlieferte herangereifte Generation. Die Herrschaft eines fessellosen Gros entnervt die Völker ebensosehr, wie eine marktschreierische Glaubens- und Kirchenfeindschaft.

Es steht Hohes auf dem Spiel. Versagt die Linke im Kulturpolitischen, läßt sie außer acht, was ihre Freunde in England und in den Vereinigten Staaten charaktervoll betätigen, stürzt sie die demokratische und soziale Politik in der deutschen Republik in Wirren, aus denen sie ohne Verletzung ihrer Grundideen schwer herauskommen kann.

## Zentrum und Judentum.

In einer Schrift, die den Weg des Zentrums beschreiben will, kann eine Äußerung über ein Thema modernster Problematik, über die Stellung des Judentums, nicht fehlen.

Nichts charakterisiert das Angefressensein der modernen Mentalität so eindringlich, wie die Tatsache, daß aus dem militärischen und politischen Zusammenbruch der Nation der Judentumhaß sich wie eine Brunst und Seuche ausbreitete. Der Kulturhistoriker steht vor der betäubenden Erscheinung, daß menschlicher Haß und menschliche Leidenschaften in Zeiten seelischer Lockungen sich nahezu widerstandslos der Gemüter bemächtigen und Besonnenheit und Gerechtigkeit aus der Pflicht zu sachlichem Urteil ausschneiden.

Bei all den großen Erschütterungen der vergangenen Jahrhunderte sehen wir immer Judenverfolgungen als Begleiterscheinungen. Schon bei dem durch Nero veranlaßten Brande Roms erkennen wir die Ablenkung auf die Juden — die Christen galten in der Öffentlichkeit als eine jüdische Sekte —, ein Vorgang, der sich in der Folge bei Eruptionen politischer oder wirtschaftlicher Art oder Seuchenperiodizitäten mit mathematischer Genauigkeit wiederholt.

So konnte es nicht wundernehmen, daß nach dem Krieg und der Revolution der Antisemitismus mit ungeahnter Heftigkeit auftrat. War er doch schon lange vorher sorgsam gepflegt worden in Parteikonventikeln

und dem Laboratorium der Pseudowissenschaftlichkeit. Es war auch natürlich, daß diejenigen Kreise, denen man die Hauptschuld an Krieg und Zusammenbruch zuschreiben mußte, sich des Antisemitismus am stärksten als Ablenkungsmittel bedienten; die chauvinistischen und militaristischen Kreise überschlugen sich förmlich in antisemitischen Purzelbäumen. Eine besondere Note erhielt der deutsche Antisemitismus durch seine rassenmäßige Einstellung. Der Antisemitismus der 70er und 80er Jahre war hauptsächlich ein Protest christlicher Kreise gegen Uebergriffe sog. „jüdischer“ Blätter; auch ein Protest gegen die Arbeit des wirtschaftlichen Manchesterturns, das den modernen Kapitalismus gebär, der das Verschwinden zahlreicher Mittelstandsexistenzen bedingte. Waren es dort die „jüdischen“ Blätter, so war es hier das „jüdische“ Kapital, das man zum Exponenten unliebsam empfundener Vorgänge machte. Man übersah schon damals, daß das Attribut „jüdisch“ für beide Befundungen aus dem geistigen und wirtschaftlichen Leben keine sachliche, sondern nur eine zufällige Bedeutung besaß. Nicht weil die Presse „jüdisch“ war, bekämpfte sie Kirche und positives Christentum, es war vielmehr die liberale Weltanschauung deutschen Bekennnisses, die solche Stellungnahme bedingte. Die Schöpfer und Hauptvertreter der liberalen Weltanschauung des Antireligiösen und Antikirchlichen waren keine Juden, sondern Christen und Deutsche. Zu jenen Schöpfern und Hauptvertretern gesellten sich auch Juden. Schon hier zeigt sich die starke Ungerechtigkeit auch in Kreisen, die die Pflicht zur Sachlichkeit hätten. Die jüdische Bevölkerung stellt doch ganz naturgemäß zu allen geistigen, wirtschaftlichen, ästhetischen, wissenschaftlichen, sozial-moralischen Bewegungen das natürliche Kontingent ihrer Volkszahl. Wenn heute irgendwo 100 000 Deutsche, Franzosen, Italiener, Amerikaner beisammen sind, so

wird es unter ihnen Große und Kleine, Dumme und Gescheite, Gebildete und Ungebildete, Kranke und Gesunde, Bornehme und Verbrecher, Liberale und Konservative, Demokraten und Sozialisten, Religiöse und Atheisten, Banausen und Kunstverständige, Phlegmatiker und Choleriker, Trinker und Nüchterne geben, kurz: die ganze Stala menschlicher Depositionen aus allen Gebieten des Biologischen und Charakterologischen wird vertreten sein. Da ist es doch ganz natürlich, daß auch zur liberalen Presse mit ihren agitatorisch-verletzenden Anwürfen gegen Religion und Kirche die Juden ihr Kontingent stellen. Nun wird man einwenden: wohl, aber der Prozentsatz ist größer. Zugegeben, es wäre so — was wird daraus bei objektiver Betrachtung folgen? Da die jüdische Bevölkerung hauptsächlich in den Städten wohnt, in den Städten die große Presse erscheint und die Juden in großer Anzahl in den sog. geistigen Berufen tätig sind, so ist es wiederum naturgemäß, daß bei der Abwanderung zu den Betrieben geistigen Charakters die Juden ein entsprechend größeres Kontingent stellen müssen.

Ein Bild aus dem wirtschaftlichen Leben veranschaulicht das am leichtesten. Ein Hauptsatz im antisemitischen Katechismus lehrt, daß die Juden 19mal stärker am Bankerott beteiligt sind, als die Christen. Dies Argument hat in Volksversammlungen immer mächtig eingeschlagen. Und doch steckt eine Gewissenlosigkeit darin, die um so verwerflicher erscheint, als sie bei einem Mindestmaß von gutem Willen leicht zu erkennen ist. Bankerott kann nur der Kaufmann machen. Von der Schicht des Kaufmanns scheiden aber von vornherein Millionen von Christen aus: Arbeiter, Bauern, Handwerker. Von der halben Million Juden indes, die in Deutschland wohnen, ist ein ganz erheblicher Prozentsatz im kaufmännischen Betriebe tätig. Jene vielen Millionen können gar nicht in die Lage

kommen, Bankerott zu machen; sie scheiden bei einer Berechnung überhaupt aus. Es ist klar, daß bei einer so plumpen Statistik und Mathematik, wie sie der Antisemitismus betreibt, die Juden bei ihrer minimalen Gesamtzahl in der Bankerottstatistik schlecht wegkommen müssen, wenn man sie zu den Millionen in Parallele stellt, die aus ihrer sozial-wirtschaftlichen Gruppierung heraus einen Bankerott überhaupt nicht ausführen können. Will man eine gerechte „konfessionelle“ Bankerott-Statistik aufmachen, so muß man sagen: Kaufleute gibt es soundsoviel, unter ihnen stellen Christen und Juden die und die Zahl; unter dieser Zahl sind soundsoviel Bankerotteure christlicher und jüdischer Konfession; dann ergibt sich der gerechte Prozentsatz. Diese Rechnung ist aufgemacht worden und siehe da: es waren gleichviel Sünder hüben und drüben.

Nun ist es aber gar nicht richtig, daß die deutsche Presse „verjudet“ wäre. Nicht einmal für Berlin trifft dies zu. Von den Provinzen und Ländern ganz zu schweigen; die jüdischen Journalisten und Verleger erreichen kaum den ihnen nach ihrer Schichtung zustehenden Prozentsatz. Die Mehrzahl aller großen Blätter in Deutschland ist in nicht-jüdischem Besitz.

Doch auch davon abgesehen: Wenn die Juden bei den Radikalinskis, bei Nihilisten und Materialisten tätig sind, so sind sie es nicht, weil sie Juden sind, weil vielmehr diese Stellung und Haltung ihrer Prinzipalanschauung entspricht, in die sie sich mit Millionen Andersgläubigen teilen. Die jüdische Beteiligung an den geistigen — oder ungeistigen — Strömungen und Bestrebungen der Gegenwart erfolgt nach genau den nämlichen biologischen, psychologischen, allgemeinen-menschlichen Gesetzen der Differenzierung, die generell gültig sind.

Es ist tief beschämend für unsere Zeit, daß auch ihre geistig und moralisch Verufenen nicht durchgängig

soviel Gerechtigkeitsinn aufbringen, die Dinge in ihrer Wirklichkeit zu sehen und sich von der billigen Methode einer ungeistigen Agitation bestechen lassen, um immer wieder eine Ungerechtigkeit zu wiederholen, die sich im Laufe der Jahrhunderte für alle gerecht Urteilenden als solche erwiesen hat.

Genau so liegt es auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Nicht das „Judentum“ hat die wirtschaftliche Auflösung und Zersetzung geschichtlicher Erwerbsschichten herbeigeführt — vergleiche die vorhergehenden Kapitel — sondern der industrialistische Kapitalismus mit seiner Konzentration und Trustbildung, der weder von den Juden erfunden wurde, noch die größte Anzahl der Vertreter stellt. Das Leihkapital, bei dessen Tätigkeit die jüdische Bevölkerung früher einen starken Prozentteil stellte, ist an Bedeutung und Größe von dem rein industrialistischen Kapital längst überholt. Der Welt-Kapitalismus ist eine historische Kategorie des wirtschaftlichen Lebens, die, wie in den vorhergehenden Kapiteln gezeigt wurde, aus einer Summe geschichtlicher Bedingungen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Charakters, entstand, die mit Judentum nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Ganz abgesehen davon, daß die berühmten reichsten Leute standesamtlich als nichtjüdisch registriert sind.

Die Gründe des Antisemitismus wurzeln lediglich in Befangenheit und Ungerechtigkeit, sofern nicht Unwissenheit eine von Haus aus vielleicht gerecht sein wollende Urteilsfähigkeit mit Beschlag legt und alteriert.

Der Rassen-Antisemitismus ist nur eine Spielart des allgemeinen. In einer Zeit, die mit dem Begriff Rasse philosophisch und anthropologischer jongliert, kann es nicht fehlen, daß man versucht, einer Bewegung politischer und wirtschaftlicher Irrelevanz eine wissenschaftliche Unterlage zu geben. Wenn die Anschauung

aufkommen kann, daß Abstammung und Rasse alles sei, daß dem Gewissen, dem freien Willen, der souveränen Geistigkeit der Primat abzu-erkennen sei und „Blut“ und Rasse als Schicksal bestimmend angesehen werden müßte, so ist es ganz selbstverständlich, daß man, um die These der moralischen und geistigen Minderwertigkeit des Judentums zu begründen, auf die Leit- und Bekenntnissätze einer Pseudo = Anthropologie zurückgreift. Wenn Graf Gobineau zu der Auffassung kommen kann, daß die Rassenentwicklung zu einer sublimen Spezies der nordischen blonden Menschen hindränge — von der sie ausgegangen ist —, so ist es schon zu verstehen, wenn subalterne Logik des Biologischen und Anthropologischen zu einer Disqualifikation der anderen Rassen kommt und dabei eine besonders mißliebige mit dem Odium der Minderwertigkeit, der angeborenen Minderwertigkeit, belastet. In jeder Wissenschaft gab es von je Abstruse und Mätzchenmacher, Equilibristen an einem falschen Seil der Logik. So braucht man diese Rassenfanatiker an sich nicht ernst zu nehmen; aber auf die Ungebildeten üben sie einen unheilvollen Einfluß aus. Denn nichts schmeichelt dem Egoismus des Menschenherzens so sehr und nimmt es gefangen, als wenn es abwegige Bestrebungen, die vor dem Gewissen nicht standhalten, mit „wissenschaftlichen Gründen“ belegen darf.

Es kann hier nicht nachgewiesen werden, daß die materialistische Rassenlehre, die die körperliche und sittliche Einheit des Menschengeschlechts leugnet, falsch ist. Dies würde für die Absichten dieser Schrift zu weit führen. Hier soll nur die Tatsache festgestellt werden, daß die Rassenpsychologie des Antisemitismus von der zuständigen Wissenschaft und Forschung als falsch nachgewiesen ist; ganz abgesehen davon, daß der Christ von seinem religiösen Standpunkt aus sie ohne weiteres als falsch erkennt. Ein Adolf Stöcker, den

man ja wohl als Schöpfer des Berliner Antisemitismus bezeichnen kann — der befangen war in den Anschauungen, die eingangs des Kapitels auseinandergesetzt wurden — würde nicht übel dreinfahren, wenn er die Konservativen und Völkischen bei dem durch und durch unchristlichen Rassen-Antisemitismus anträfe!

Auch andere Konservative haben diesen Geist und Herz verwirrenden Rassenantisemitismus grundsätzlich abgelehnt. Der schon erwähnte Lagarde läßt sich in dem angeführten Buch „Programm der konservativen Partei Preußens“ über die Judenfrage in einer Form aus, die für ihn, den Antisemiten, der er war, charakteristisch ist. Aber wie ist sein Standpunkt von dem „unserer“ Judegegner, die in den Geistesforzphäen der Deutschnationalen und Völkischen ihre Repräsentanz haben, verschieden; Lagarde schreibt:

„Schon jetzt steht fest, daß alle Juden, welche mit Ernst machendem Leben der Indogermanen in Berührung kommen, demselben unterliegen. Bisher ist noch kein Jude, der griechische Philosophie, deutsche Geschichte, deutsche Musik von Herzen studiert hat, Jude geblieben, und keiner der so dem Judentume Entfremdeten darf behaupten, daß ihm nicht alle wirklich deutschen Herzen freudig und dauernd warm entgegengeschlagen hätten: selbst dann schlugen sie ihm entgegen, wenn er als eine andere Cordelia das von einem neuen Lear geforderte Wort, allerdings zu seinem äußeren Tode, nicht sprach. Judenkneben entwickeln sich in einer deutschen Schule, falls ihnen ein sie liebender deutscher Lehrer gegenübersteht, und die Klasse von deutschen Kindern einiger Begabung und einiger Sonnenhaftigkeit besucht ist, allemal — sogar in ihrer äußeren Erscheinung — vom Judentume weg, das in ihnen erst dann wieder die Oberhand gewinnt, wenn sie als Erwerbende in den Kreis ihrer Nation zurücktreten, oder in reiferen Jahren von ihnen fremden Deutschen zurückgestoßen werden. Mischehen liefern deutsche Nachkommenschaft, sowie der deutsche Teil der Ehe mehr als preußische Durchschnittsware, und der jüdische irgend einem nicht spezifisch jüdischen Lebensinhalte zugewandt ist, so deutsche Nachkommenschaft, daß die nicht Wissenden gar nicht daran denken, in diesen Mischlingen nicht rein deutsche Kinder vor sich zu haben. — Nicht jeder Jude ist begabt genug, mit indogermanischer

Wissenschaft und Kunst auf Du und Du zu kommen: und mancher, der begabt genug dafür wäre, kommt mit jenen gar nicht in Berührung. Aber mit einzelnen Deutschen kommt jeder Jude in Berührung. Sind wir so leuchtend wahrhaftig, so warmer Liebe voll, so ruhig besonnen, so emporatmend zu der großen Heimat droben, wie wir sein können, tragen wir das Herz in den Augen — es wäre nicht gut, wenn unter dem tauben Gesteine, unter dem verschüttet die Judenseele ächzt, sie uns nicht spüren, von sich selbst nicht frei, nicht unser werden sollte.“

Ich habe diese Sätze schon in meinem Buch „Reaktion und Antisemitismus“ beleuchtet.

Die Agitatoren des vulgären Antisemitismus gefallen sich immer wieder in großen Anstrengungen, die führenden Männer der deutschen Geisteswelt zu Juden-gegnern zu stempeln. Nicht selten handelt sich um erdichtete Angaben, meist um aus dem Zusammenhang gerissene Sätze. Mit Vorliebe werden Schopenhauer, Fichte, Goethe als Antisemiten zitiert. Bei Schopenhauer läßt sich in einem bestimmten Sinne von Antisemitismus reden. Aber gerade diese Form des Antisemitismus, die heute propagiert wird, die völkische, die rassenmäßige, wird von Schopenhauer vollkommen abgelehnt. Wer den tieferen Sinn der Lehren des Philosophen kennt, weiß, daß er die jüdische Religion bekämpft, weil sie optimistisch, lebenbejahend ist, weil ihre Transzendenz auf „ewige Wonne“ hinausgeht, während Schopenhauers Grundthema die Lebensverneinung zum Ziele setzt. Von dem, was die Moderne als Antisemitismus betreibt, würde sich Schopenhauer schauernd abgewandt haben.

Dem, der den ganzen Goethe kennt, braucht nicht im besonderen gesagt zu werden, daß man den Dichter unter keinen Umständen als Judegegner ansprechen darf. Dies ist in großen Arbeiten so ausführlich und eingehend dargetan worden, daß nur böser Wille zu einem anderen Urteil kommen kann.

Bei einem erneuten Studium von „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ — wer liest heute noch diesen

Roman? — bin ich im zweiten Kapitel des zweiten Buches auf eine bedeutsame Stelle gestoßen, die für Goethes religionsgeschichtliche Stellung außerordentlich bezeichnend ist. Dem Wilhelm Meister wird auf seiner Wanderung im Reich „der Oberrn und der Drei“ nach dem Erziehungsheim durch den Wortführer die Bedeutung des „Ethnischen“ in Religion und Volk auseinandergesetzt. Bei der Aufzeichnung des Edelgehalts der verschiedenen Religionen spricht sich der „Älteste“ folgendermaßen über die jüdische Religion und das jüdische Volk aus:

„Vor dem ethnischen Richterstuhle, vor dem Richterstuhl des Gottes der Völker, wird nicht gefragt, ob es die beste, die vortrefflichste Nation sei, sondern nur, ob sie daure, ob sie sich erhalten habe. Das israelitische Volk hat niemals viel getaugt, wie es ihm seine Anführer, Richter, Vorsteher, Propheten tausendmal vorgeworfen haben; es besitzt wenig Tugenden und die meisten Fehler anderer Völker, aber an Selbstständigkeit, Festigkeit, Tapferkeit und, wenn alles das nicht mehr gilt, an Zähigkeit sucht es seinesgleichen. Es ist das beharrlichste Volk der Erde, es ist, es war, es wird sein, um den Namen Jehova durch alle Zeiten zu verherrlichen. Wir haben es daher als Musterbild aufgestellt, als Hauptbild, dem die anderen nur zum Rahmen dienen.“

Im weiteren Verfolg der Darlegungen des „Ältesten“ über die Vorzüge des israelitischen Volkes und seiner Religion heißt es:

„Ein Hauptvorteil ist die treffliche Sammlung ihrer heiligen Bücher. Sie stehen so glücklich beisammen, daß aus den fremdesten Elementen ein täuschendes Ganze entgegentritt. Sie sind vollständig genug, um zu befriedigen, fragmentarisch genug, um anzureizen; hinlänglich zart, um zu befähigen; und wie manche andere entgegengesetzte Eigenschaften sind an diesen Büchern, an diesem Buche zu rühmen!“

Der „Älteste“ schließt:

„Noch einen Vorteil der israelitischen Religion muß ich hier erwähnen: daß sie ihren Gott in keiner Gestalt verkörpert und uns also die Freiheit läßt, ihm eine würdige Menschengestalt zu geben, auch im Gegensatz die schlechte Abgötterei durch Tier- und Untiergehalten zu bezeichnen.“

Man darf auf dieses Wort Goethes um so eher abheben, als er mit dem ganzen unnachsichtigen Freimut, von dem er sich immer leiten ließ, wenn er von den großen Dingen, von Völkern und Religionen sprach, auch das jüdische Volk in den Kreis seiner scharfen Kritik stellte; er hat mit solcher niemals gezögert, am allerwenigsten auch seinem eigenen Volke gegenüber, weshalb man ja in völkischen Kreisen den Weimaraner in den großen Topf der Kosmopoliten und Internationalen wirft.

Um so schwerer wiegt es, wenn Goethe mit Weit- und Tiefblick das rassistisch und ethnisch Stationäre im jüdischen Volke nachdrücklich und fast bewundernd hervorhebt.

Bischof v. Ketteler von Mainz gehört zu den großen Katholiken aus großer Zeit. Kulturpolitisch ist der ebenso vornehme wie streitbare Kirchenmann bedeutsam, indem er früh für eine gerechte, ausgleichende Sozialpolitik mit der ganzen Kraft seiner bedeutenden schriftstellerischen Fähigkeit und dem ganzen Ethos seines Christentums eintritt. Gerechtigkeit und Sachlichkeit sind die bestimmenden Tugenden seines Charakters als Schriftsteller und Kirchenmann.

In seiner Schrift „Arbeiterfrage und Christentum“ behandelt er die verschiedenen Kulturvölker in ihrer sittlichen Stellung zum Begriff der Arbeit und der Arbeiter. Für Griechenland und Rom weist er nach, wie die Arbeit als unvornehm galt und von den Sklaven bestritten werden mußte. Das Herrenvolk lehnte die Arbeit als etwas Unwürdiges ab. Ketteler schreibt dann:

„Ganz so stand es um den Arbeiterstand und die Arbeit bei allen anderen heidnischen Völkern, selbst bei unseren deutschen Vorfahren. Auch bei den Germanen war die Arbeit Sache der Sklaven. Auch unsere germanischen Voreltern verachteten die Arbeit. Ihre Arbeit war der Krieg, die Jagd und

außerdem träge Ruhe oder Teilnahme am Spiele und Tringelagen.

Nur allein im Judentum war es anders, und schon hierin erkennen wir seine providentielle Stellung. Zwar bestand auch dort dem Namen nach eine gewisse Art der Sklaverei. Wie aber das Judentum selbst in der Mitte aller Völker als ein Zeugnis und Denkmal der göttlichen Erbarmungen da stand, und wie mit dem Finger auf den Erlöser der Welt hinwies, der die geistige Sklaverei der Menschen und damit auch die leibliche aufheben sollte, so war auch in dem, den Erlöser vorbildenden Volke Gottes die Sklaverei bereits im Vorbilde aufgehoben und ihres heidnischen Charakters der Menschenverachtung und Grausamkeit entkleidet. Die jüdische Sklaverei steht einzig in der ganzen alten Welt da, wie auch der Begriff der Juden von der Arbeit. Der Jude arbeitete neben seinem Sklaven, er gewährte ihm die Sabbatrube wie dem eigenen Volke und war verpflichtet, gewisse menschliche Rechte bei demselben anzuerkennen.“

Es kann dem „Volke der Bibel“ aus katholischem Munde kein schöneres Zeugnis ausgestellt werden. Dem vorurteilslosen und unbefangenen Kenner der Geschichte sind diese Tatsachen gewiß bekannt. In der heutigen Zeit aber, die so gerne mit ihrer Bildung und Wissenschaft prokt, gleichzeitig aber die Seele des Volksgenossen so oft dem Einfluß der Roheit und der Gefinnung des Gewaltmäßigen überantwortet, tut es wohl, einem ebenso frommen wie bedeutenden Manne zu begegnen, der dem religiös und kirchlich anders Eingestellten gerechte Würdigung entgegenbringt. Die Arbeit findet im geschichtlichen Judentum ihre Bekenner und Apologeten.

Die Ausbreitung des Antisemitismus ist ein Beweis dafür, wie die menschlichen Herzen kapitulieren, wenn dem irgendwie modulierten Egoismus — sei es Gewinnsucht oder Ruhmesbegierde — Erfolge winken. Für die Parteien der Linken, wie für den jüdischen Bevölkerungsteil der Nation muß diese Tatsache besonders wertvoll sein.

Von dem Augenblick an, wo der Antisemitismus an öffentlichem Kredit gewann, sah man allerhand problematische Gestalten aus dem Lager der Linken ins antisemitische abschwanken. Oesterreichische Schriftsteller, die durch ihre feuilletonistischen Verpflichtungen an kleineren „jüdischen“ Preßorganen ein annähernd saturiertes Dasein führten, entdeckten plötzlich ihr antisemitisches Herz, weil die „andere“ Seite nun eine bessere Gewinnchance bot. Der krassste Fall ist der des Herrn Ernst von Wolzogen, des Ueberbrettls-Mannes, des verzogenen Lieblings von Berlin WW, Liberalist aus Ueberzeugung, Verteidiger jeglicher Erotik, grundsätzlicher Vertreter der Weltanschauung: daß alles verstehen, alles verzeihen heißt; also weltanschaulich ganz ein Mann der deutschen Linken.

Da nun aber der Antisemitismus eine „Macht“ wurde, vergaß der Mann des Ueberbrettls seinen ganzen Liberalismus und wurde ein Mitstreiter derer um Dinter und Fritsch. — Man erinnert sich an Delitzsch' „Die große Enttäuschung“, an Blüher's Secessio judaica. Der sonst auf der linken Seite hochgeschätzte Schriftsteller machte die stark bestaunte volkspychologische Entdeckung, daß der Israelit sich selbst stark disqualifiziere, weil er erschrecke, wenn man ihm das Wort „Jude“ zuruft. Auf die naheliegende Erklärung, daß der Angerufene gewiß nicht erschrecken würde, wenn man dem Wort „Jude“ nicht durch öffentliche Agitation den Klang des Gehässigen, Angreifenden, Verachtenden beigemischt hätte, ist dieser Psycholog, diese Stütze linksorientierter Weltanschauung, nicht gekommen!

Auch Thomas Mann muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Es soll von seinem Kofettieren mit jüdischen Namen, die er seinen problematischen Helden beilegt, abgesehen werden. Daß er aber in seinem Naphtha, einem Helden seines Romans „Zauberberg“, ganz bewußt eine Synthese von Jude und

Jesuit herstellt, um gegen beide im Clairobskur einer realistisch ausgedeuteten (wohl kaum verstandenen) Philosophie der Scholastiker zu polemisieren, das scheint man bei der Linken, aber auch auf katholischer Seite übersehen zu haben, sonst wären panegyrische Artikel auf ihn nicht möglich gewesen. Wohl ist Thomas Mann kein Antisemit im Vulgärsinne. Aber als typische Erscheinung jenes liberalen Intellektualismus, der mit allem sittlich Destruktiven gern eine Verbindung eingeht — und der Antisemitismus ist moralisch betrachtet eine Destruktion — und aus diesem Gefühl heraus sich den Zeitgenossen als Wohlverstehender in empfehlende Erinnerung bringt, muß er in den hier aufgezeigten Zusammenhängen gewertet werden.

Was mit diesen Feststellungen gemeint ist? Die Hervorhebung der Tatsache, daß Linksrichtung für das Judentum weder eine politische noch eine moralphilosophische Asssekuranz für das Judentum bedeutet. Und diese Tatsache sollte unseren jüdischen Volksgenossen zu denken geben. Auch den liberalen und ganz links gerichteten. Wie ich mit allem Nachdruck immer wieder darauf hinweise, daß das Jüdische kein Accent gravis für die Linksrichtung bedeutet, und daß die politisch, literarisch und philosophisch links gerichtete Tätigkeit der Juden aus der nämlichen Ueberzeugung und Einstellung kommt, wie sie für jeden deutschen Linkser verpflichtend ist — daß er also diese Haltung einnimmt, nicht weil er Jude, sondern weil er Liberaler ist —, so muß der jüdische Volksgenosse zu der Auffassung kommen, daß das weltanschauliche Rechts — die heutige politische „Rechte“ steht weltanschaulich keineswegs rechts, eher links, günstigstenfalls vertritt sie einen engherzigen Opportunismus des Religiösen — keine Gegnerschaft gegen das Judentum ein-

schließt. Erkennt man dies auf jüdischer Seite, so ergeben sich zweierlei Folgerungen.

Der politisch liberal gerichtete jüdische Bevölkerungsteil sollte allem Liberal-Relativistisch-Nihilistischen in Politik, Religion, Philosophie, Kunst gegenüber kritisch sein. Es soll nicht so scheinen, als ob es immer wieder die „jüdische Presse“ wäre, die allem Destruktiven in besonderer Weise ihre Unterstützung verleihe. Der gerecht Urteilende weiß, daß es nicht der jüdische, sondern eben der liberale Geist ist, der in ihm wirkt. Aber der Konzern der Uebelwollenden auf der rechten Seite wird die Gelegenheit immer benutzen, um die Propagierung des Destruktiven auf das „jüdische Konto“ zu bringen. Es ist doch wirklich nicht nötig — um ein Beispiel herauszugreifen — daß die im besonderen als „jüdisch“ angesprochene Berliner Presse die Anstößigkeiten des Herrn Schnitzler oder anderer jüdischer Schriftsteller verteidigt. Herr Schnitzler ist ganz zweifellos ein Pathologischer im Erotischen. Wer mit 60 Jahren immer noch kein anderes Thema kennt, als den illegitimen Koitus zum Movens des literarischen Gestaltens zu machen, kann nur unter den Gesichtspunkt des Krankhaften gebracht werden.

Auch der liberale Jude — dem je'n Liberalismus unberührt gelassen sein soll —, darf doch nicht vergessen, daß er sich nicht völlig von den stärksten konservativen Faktoren der Völkergeschichte lösen kann und darf, und das ist eben das Judentum als völkerpsychologische Erscheinung. Wer eine so ausgesprochen konservative Vergangenheit hat, wie das Judentum, sollte unter keinen Umständen seine Beziehungen zum sittlichen Konservatismus als Weltanschauung lösen. Der Glanz, der auf des Moses Antlitz lag, als er vom Sinai die große Offenbarung Gottes an die Menschheit brachte, strahlt heute noch in jedes Christen Haus, und auch der liberale Jude kann am Dekalog nicht vorbei,

auch wenn ihn Herr Dr. Schnitzler und seine Freunde hundertmal als ein überwundenes Postulat hinstellen.

Mit voller Absicht habe ich Goethe zitiert, der mit seinem scharfen Blick die Fähigkeit als das ethnisch Wertvolle am Volke Israel erkannt hat. Diese Fähigkeit aber wird tangiert, wenn der liberale Jude den eingeborenen Konservatismus des Jüdisch-Ethnologischen übersieht. Der liberale Jude darum in den Parteien der Linken ein retardierendes Moment sein, er soll den Liberalismus in keiner Sparte des Westanschauungsmäßigen „überliberalisieren“. Versteht das liberale Judentum in diesem Sinne seine Aufgabe richtig, dann wird insbesondere die bürgerliche Linke eine Brücke bauen helfen zu der großen Mittelpartei — die keineswegs „unitarisch“ sein soll —, die wir brauchen, um die demokratische und soziale Republik zu befestigen.

Und das gläubige Judentum? Ich brauche hier als positiver evangelischer Christ, der in seiner Sonderstellung dem pietistisch gerichteten Gemeinschaftsleben zugewandt ist, so wenig wie der katholische Christ besonders zu betonen, daß wir uns dem gläubigen Judentum verwandt fühlen. Christen und Juden stehen auf dem Standpunkt der Welt als Gottes Offenbarung, die er als Ordner des Kosmos erneuernd und regierend weiterführt. Aus dieser Erkenntnis wird die große Linie der ewig gültigen Sittlichkeitsnormen von des Schöpfers Weltregierung gewonnen. So eint gläubige Christen und Juden die positive Stellung zu einer gottgeoffenbarten Religion.

Wir als Christen stehen auf dem Standpunkt, daß das Volk Israel als Zeuge der Christus-Offenbarung durch die Welt gehen wird, bis zu jenem Tag, der die eine Herde und den einen Hirten bringt. Aber daraus folgt für den Christen nicht — nicht für den evangelischen, nicht für den katholischen —, daß die

Juden diesen Weg gehen müssen mit Unterdrückung, bedeckt mit der Schmach und Schande eines völkischen Hasses —, die Juden sind unter allen Umständen unsere Brüder, unsere deutschen Brüder, unsere in jeder Beziehung gleichberechtigten Volksgenossen. Was der Zentrumsabgeordnete Dr. Herschel seinerzeit in der „Germania“ schrieb, gilt für jeden Christen:

„Ich lehne den Antisemitismus als Mensch und Zentrumsmann ab. Als Mensch, weil mir die Juden bis jetzt nichts Böses getan haben und ich mit ihnen auskomme wie mit anderen Menschen. Als Christ, weil man die Nächstenliebe nicht bloß im Munde führen, sondern auch durch die Tat üben soll und wir auch im Juden den Nächsten erblicken müssen. Das Alte Testament war das Vorbild des Neuen. Der Gedanke des einen Gottes und die Zehn Gebote sind uns durch das Judentum übermittelt worden. Als Politiker bin ich gegen jede Ausnahmebehandlung von Staatsbürgern. Das ist Zentrumsprogramm und es hat sich bis jetzt gegenüber Minderheiten glänzend bewährt. Wir müssen den Antisemitismus bekämpfen, weil er ein Unrecht und eine Gefahr gegen das Vaterland ist. Unser Volk hat heute Sorgen genug. Seine innere Zerrissenheit darf nicht noch durch religiöse Kämpfe oder Rassenhaß vermehrt werden. Das ist unser Programm im Zentrum. Auch meines. Und ich bin für ausgleichende Gerechtigkeit. Allen, also auch Juden gegenüber. Wir sind gegen den Antisemitismus, wenn er Unwahres gegen die Juden berichtet, denn unser Wahlspruch ist Wahrheit, gegen die Unterdrückung der Minderheit, also auch der Juden, denn unser Wahlspruch ist Freiheit, gegen ihre ungerechte Behandlung, denn sie sind Staatsbürger, und unser Wahlspruch ist Recht.“

Von evangelischer Seite darf eine Schrift des in Süddeutschland besonders gut bekannten Pfarrers B ö h m e r l e - Langensteinbach — eines glänzenden Apologeten — zitiert werden, die in klarer evangelischer Weise zum Antisemitismus Stellung nimmt. Es heißt da:

„Wir wissen wohl, der Antisemitismus bringt vieles vor, den Jahwe-Jehova den Herzen zu verdächtigen, aber geht dabei mit der Schrift nicht wahrhaftig um.

Zuerst soll Jahwe-Jehova der Stammes- und Volks-Gott der Juden sein. Da sagen sie nun, es ziemt sich doch nicht für Germanen und Deutsche, den Nationalgott der Juden anzubeten. Hier liegt eine große Täuschung vor. Jahwe ist nicht der Stammes- und Volks-Gott der Juden, sondern er ist der der ganzen Welt gehörige Herr . . .“

„Aber noch ein wichtigeres Geschütz führt der Antisemitismus auf — doch auch das weist nach der Bibel starke Konstruktionsfehler auf und kann auf Bibelfenner keinen Schutz tun. Man sagt, Jahwe sei ein rachsüchtiger, blutdürstiger und mörderischer Gott, der den Juden lauter Blutbefehle gegen die andern Völker gegeben habe. Ihm diene eben das jüdische Volk noch heute. Man sollte zunächst den Antisemiten die Schulaufgabe geben, alle die Sprüche zu sammeln — es stehen viele im Katechismus —, welche die wunderbar zarte Liebe Jahwe's — seine Gnade, sein Erbarmen, seine Geduld, seine Güte preisen. Ihrer ist eine große Zahl. Zusammengefaßt sind sie in dem köstlichen Spruch: „Gnädig und barmherzig ist der Herr, ist Jahwe, geduldig und von großer Güte.“ Wunderbar evangelische Töne von der nimmermüden Liebe und Gnade Jahwe's durchziehen das ganze Alte Testament. Allerdings Jahwe ist auch Richter, ernster, heiliger Richter. Ja, heiliger Richter, unerbittlich, aber all sein Gericht steht im Dienst seiner Gnade.“

Pfarrer Böhmerle geht dann auf alle die Angriffe der Antisemiten gegen das Alte Testament ein, um sie schlagend abzuweisen und dann zusammenfassend zu sagen:

„Lassen wir uns drum durch den Antisemitismus die Bibel, die er liest mit der Brille der Judenfeindschaft — nicht zerreißen. Judenfeindschaft ist nicht der Geist, der in die Erkenntnis der Schrift führt. Gotteskinder haben mit dem Antisemitismus nichts gemein — er ist ein Bibelfeind. Diese sagen auch den Juden die Wahrheit, auch über ihren jetzigen Kluchzustand, aber sie sagen sie in der Liebe Christi, welche über allem ausgebreitet steht: Den Wanderrat Jahwe's, des Herrn!

So stehen die Christen zum Antisemitismus. Darum sollte es dem gläubigen Judentum nicht schwer fallen, der Partei sich zuzuwenden, die den Konservatismus des Religiösen und Sittlichen festhält, dem Zentrum.

Es wird niemand so läppisch sein, zu behaupten, ich wolle Proselyten machen. Ich will und werbe für die große Partei der Mitte, die konservativ im Religiösen und Sittlichen, Gott und seinen Willen als Autoritätsquelle anerkennt, die Festigung und den Ausbau der sozialen und demokratischen Republik erstrebt, damit jenes Maß von Ordnung im Aeußern und Ordnung der Herzen erreicht wird, das die deutsche Menschheit — die ganze Menschheit — braucht, um in Liebe, Vertrauen und Menschenwürdigkeit den Weg einer möglichen Entwicklung zu gehen, die zum Endziel führt eines brüderlichen Verstehens Aller untereinander.

## Das gerechte Wahlssystem.

Gegen das Proportional-(Liste n-)Wahlssystem hat sich wohl in allen Parteilagern starker Widerspruch erhoben. Es hat die Erwartungen, die man an seine Einführung knüpfte, nicht erfüllt. Es ist eben nur auf dem Papier richtig, daß der politische Mensch sozusagen in einem Universal-Wahlkreis vertreten sein will. Praktisch und rationell ist es, kleinere Kreise, die mehr Landmannschaftlich interessiert und partikular abgestimmt sind, einem speziellen und persönlich bekannten Vertrauensmann zur parlamentarischen Vertretung zu übergeben.

Im Jahre 1896 habe ich eine bei Puttkammer u. Mühlbrecht in Berlin verlegte Schrift „Ein neues Reichstagswahlrecht“ erscheinen lassen, in der ich für das Proportionalwahlrecht eintrat. Ich war aber schon damals davon überzeugt, daß der Proporz mit der Bezirkswahl verbunden werden muß, weil die Listenwahl unpsychologisch ist und dem Bedürfnis des Wählers nicht entspricht. Es wurde darum in dieser Schrift vorgeschlagen, die Bezirkswahl beizubehalten und sie nach einem praktischen Modus mit der Proportionalwahl zu vereinigen.

Mein Vorschlag hat damals in allen Parteien Zustimmung gefunden. In der „Kreuzztg.“ hat es sich Graf Limburg-Stirum nicht verdrücken lassen, meinen Vorschlägen einen langen Leitartikel zu widmen, in dem er auseinandersetzte, daß man auch vom konservativen Standpunkt aus der Idee des Proporztes zu-

stimmen könne. Es sollen hier die Kernsätze jener vor 30 Jahren erschienenen Schrift zusammengefaßt vortragen werden. Ich behalte die Darstellung, die sich auf den jetzigen Freistaat Baden bezieht, bei, der früher in 14 Wahlkreise eingeteilt war.

Der Proporz, so wie er jetzt als *Listenwahl* in öffentlicher Diskussion vorgeschlagen ist, erscheint indes als eine etwas abstrakte Vertretung rein politischer Ideen. Die Einteilung in bestimmte Wahl- und Interessenkreise fällt bei der Listenwahl weg; die ganze Provinz erscheint gewissermaßen als ein Wahlkreis; ein Wähler soll 14 oder noch mehr Abgeordnete auf einmal, auf einer Liste, wählen. Bei aller Anerkennung der rein politischen Interessenvertretung muß doch zugegeben werden, daß die Einteilung des Landes in bestimmte, örtlich abgegrenzte Wahlkreise von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist, denn es gilt im Parlament nicht nur die großen, allen gemeinsamen politischen und religiösen Interessen zu vertreten, es sind auch örtliche Bedürfnisse wahrzunehmen, die von der großen Politik absehen und aus den besonderen geographischen, wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnissen des betreffenden Bezirks heraus beurteilt sein wollen. Der Gedanke, einem bestimmt abgegrenzten Kreis von Einwohnern einen parlamentarischen Vertrauensmann zu geben, ist ein durchaus berechtigter, und ein Wahlsystem, das nach allen Seiten hin gerecht sein und wirken will, darf diesen Gedanken nicht außer acht lassen.

Die Wahlkreiseinteilung muß bestehen bleiben; sie entspricht einem praktischen Bedürfnis, sie läßt die Geltendmachung nächstliegender realer Interessen nicht in dem flutenden Meer der großen Politik untergehen. Es muß daher der Wahlkreis seinen bestimmten Abgeordneten haben. Es ist durchaus nicht nötig, daß

dieser Abgeordnete unbedingt der Mehrheit angehört; auch jetzt sind ja in sehr vielen Bezirken die Vertreter nicht gleichzeitig auch Vertreter der relativen Majorität. Bei der Wahrnehmung konkreter besonderer örtlicher Bezirksinteressen tut die Parteistellung auch nichts zur Sache. Wenn es sich um Eisenbahn, Gerichte, Kasernen oder sonst wirtschaftliche Vorteile für einen Bezirk handelt, sind alle Parteien in der Regel ein Herz und eine Seele. Es soll nur erreicht werden, daß der Bezirk einen Mann hat, an den sich der engere Kreis wenden kann, wenn es spezifische Bezirksinteressen zu vertreten gilt. Sollen nämlich die Minoritätsparteien zur Geltung kommen, so wird nötig sein — wie sich nachher aus unserer Rechnung ergibt — daß ein kleiner Teil der Bezirke Vertreter bekommt, die nicht der relativen Mehrheit des Bezirks angehören. Allein dieser Umstand kann nicht von Belang sein, da die Geltendmachung von Bezirksinteressen von politischen Parteibestrebungen unabhängig ist. Die Hauptsache ist, daß der Bezirk gewissermaßen einen Offizial-Vertreter hat, an den sich die Kreiseingesessenen im Falle des Bedürfnisses wenden können, damit dieser nicht nötig habe, sich beispielsweise unter 14 badischen Abgeordneten einen Mann herauszusuchen, der von den besonderen Interessen nichts versteht, auch keinerlei Neigung hat, sich damit zu befassen, weil er weder politisch, noch moralisch verpflichtet ist, auf diese Interessen einzugehen. Der Bezirksabgeordnete dagegen, einerlei welcher Partei des Bezirks er angehört, steht in persönlicher Berührung mit seinen Wählern und Kreisgenossen und ist als solcher der natürliche Schützer des Bezirks und seiner örtlichen Bedürfnisse. Die großen politischen Interessen werden durch die Partei vertreten, die Ortsinteressen durch den offiziellen Vertrauensmann des Bezirks.

Die Frage ist nun die, ob sich eben die Proportion

mit der Bezirksvertretung vereinigen läßt. Ich glaube, diese Frage meinem Vorschlage gemäß bejahen zu dürfen.

Die heutige Wahlbezirkseinteilung bleibt vollständig beibehalten. Der Wähler gibt, wie bisher, einen Wahlzettel ab, auf welchem steht: „1. Ich wähle konservativ“ (resp. eine der anderen Parteien), und 2. „Ich wähle den Herrn Meyer aus dem X. Bezirk“. Nachdem in der ganzen Wahlprovinz das Wahlgeschäft beendet ist, werden die Stimmzettel an eine Zentrale gesandt, welche die Stimmen zusammenzählt und die Stimmanteile der verschiedenen Parteien feststellt.

Ich nehme, wie betont, Baden zur Unterlage der Berechnung, mit seinen 14 Vertretern von den früheren 397, und beziehe mich, da die Stimmzahlen als solche vollständig irrelevant sind, auf die Reichstagswahl von 1893. Die Gesamtsumme der abgegebenen Stimmen betrug 219 010. Diese Summe mit der Anzahl der Wahlstimme, 14, geteilt, gibt den Abgeordneten-Quotienten mit 15 643 Stimmen. So oft nun die Parteien 15 643 Stimmen erhalten, bekommen sie einen Abgeordneten. Danach bekäme das Zentrum 6 Abgeordnete und hat einen Rest von 2242 Stimmen. Die Nationalliberalen mit 59 800 erhalten mit 15 643 dividiert 3 Abgeordnete und einen Rest mit 12 671 Stimmen. Die Konservativen haben 24 180 Stimmen bekommen und erhalten danach einen Abgeordneten und einen Rest von 9537 Stimmen. Ebenso erhalten die Sozialdemokraten einen Abgeordneten und einen Rest von 5947 Stimmen. Die übrigen Parteien haben den Abgeordneten-Quotienten nicht erreicht. Bis jetzt sind aber nur 11 Abgeordneten-Mandate vergeben, da Baden indes über 14 zu verfügen hat, so sind noch drei unterzubringen. Es ist offenbar, daß in diese drei Mandate sich diejenigen Parteien teilen müssen, die die größten Reste haben. Die drei größten Reste haben die

Nationalliberalen mit 12 671 Stimmen, die Konservativen mit 9537 Stimmen und die Antisemiten mit 8950 Stimmen. Jede dieser Parteien erhält also einen Abgeordneten mehr. Sonach gestaltet sich das Schlussergebnis folgendermaßen: Zentrum 6, Nationalliberale 4, Konservative 2, Sozialdemokraten 1 und Antisemiten 1 Abgeordnete.

Über welche Abgeordnete bzw. Sitze?

Es sind in jeder Partei diejenigen Kandidaten als gewählt anzusehen, die in der Partei die meisten Stimmen erhalten haben.

Aus Gründen, die auf der Hand liegen, müssen wir mit derjenigen Partei anfangen, die die wenigsten Sitze erhalten hat. Das ist in unserem Falle die antisemitische. Unter den Bezirken, in welchen antisemitische Stimmen abgegeben wurden, ist der 12. derjenige, der mit 2200 Stimmen die meisten hat. Dieser Bezirk wird also antisemitisch vertreten sein.

Für die nun kommende Berechnung wird dieser Bezirk als erledigt aus der Tabelle geschieden. Die nächst kleine Partei ist die Sozialdemokratie, die ebenfalls einen Sitz zu beanspruchen hat. Unter denjenigen Bezirken, in welchem für die Sozialdemokratie Stimmen abgegeben wurden, ist es — der Bezirk 12 ist ausgeschieden — der 10., in welchem die Sozialdemokratie 6200 Stimmen zählt. Der 10. Bezirk gehört sonach der Sozialdemokratie. Für die folgende Berechnung scheidet nun auch dieser Bezirk aus.

Nunmehr wären die konservativen Sitze festzustellen. Diese Partei erhält zwei Abgeordnete. Die Bezirke, in welchen die Konservativen am stärksten vertreten sind, sind der 13. und — da der 10. und 12. ausgeschieden sind — der 14. Auch sie und die durch sie vertretenen Bezirke scheidet in der weiteren Berechnung aus. Nun kommen die Nationalliberalen mit vier Sitzen. Diese haben die meisten Stimmen erhalten: im 1., 2., 8. und 9. Bezirk. Den Rest mit sechs Stimmen

erhält die Zentrumsparthei, das ist der 3., 4., 5., 6., 7. und 11. Bezirk, in welchem diese Partei die meisten Stimmen erhalten hat.

Die größere Mehrzahl der Vertreter, 6 Zentrum und 4 Nationalliberale, ist gleichzeitig Repräsentant der relativen Mehrheit. In die übrigen 4 Sitze müssen sich die Minderheitsparteien teilen; diese sind nicht Vertreter der relativen Mehrheit. Dieser Umstand muß aber schon in Kauf genommen werden, wenn der Gerechtigkeitsgedanke der Proportionalvertretung, die Minderheitspartei ihrer Stärke nach zu berücksichtigen, Ausdruck finden soll und wenn andererseits der Nützlichkeitsgedanke, die notwendige Bezirkseinteilung aus praktischen Gründen bestehen zu lassen, mit der Idee des Proporz vereinigt werden soll. Die Fälle, in welchen auch unter dem heutigen (dem alten vorrepublikanischen) System der Bezirksvertreter nicht Repräsentant der relativen Majorität ist, sind nicht so selten; es ließe sich derer eine ganze Reihe aufzählen.

Bei dem ganzen System, wie es hier vorliegt, sind vier Hauptpunkte maßgebend. 1. kommt die Idee der Proportion zur Wirkung; die Parteien sind ihrer Stärke nach vertreten, der Minderheit ist Gerechtigkeit widerfahren. Zum 2. ist die vom Standpunkte der örtlichen Interessenvertretung ganz und gar abzuweisende Beseitigung der Einzelbezirke völlig vermieden. Die Einteilung des Landes in 397 Bezirke (bzw. die Anzahl, die den einzelnen Wahlprovinzen zukommt) wird beibehalten; die den lokalen Interessen, wie auch den ganzen politischen Anschauungen unseres Volkes entgegenstehende Listenwahl ist ausgeschlossen, denn es kann doch nicht im geringsten bezweifelt werden, daß es für den Bauer, Handwerker und Kaufmann, der innerhalb seines Bezirks einen Vertrauensmann haben will, der sich speziell der Bezirksinteressen annimmt, eine ganz unangenehme Sache ist, eine ganze Liste Vertreter zu wählen, die er gar nicht kennt. Es ist durch-

aus ein in der politischen Psychologie liegender und begründeter Gedanke, daß der Wähler und der Bezirk es mit einem Abgeordneten zu tun haben, der auch dann, wenn er nicht gerade die relative Mehrheit seines Bezirks darstellt, die Wahrung der örtlichen Interessen als selbstverständlich sich angelegen sein läßt.

Der dritte Hauptpunkt ist der, daß für die weitaus größere Zahl der Bezirke zu dem allem noch die Vertretung der relativen Mehrheit gesichert ist. 4. ist die ganze Wahlhandlung für den Wähler im Bezirk so einfach wie früher.

Fassen wir den Gedanken über mein System der Proportional- und Bezirksvertretung nochmals kurz zusammen:

Es erzielt vor allen Dingen die exakte Vertretung der politischen Parteien nach ihrer wirklichen Stärke, so daß die übrigen Gesichtspunkte zurückstehen, und es wird erreicht die Vertretung des Bezirks, ohne die jedes Wahlssystem eine unvollkommene, dem natürlichen Gefühl und Bedürfnis widersprechende Einrichtung bleibt.

So schrieb ich vor 30 Jahren; das rein Zahlenmäßige gilt exakt für die heutige Zeit; man braucht nur die Zahl mit drei zu multiplizieren, um dem heutigen Stimmenaufgebot nahezukommen.

Die Nachteile des Listenwahlsystems haben sich aber noch wesentlich vermehrt. Vor allem hat sich die gleitende Skala als falsch, als den Reichstag und seine ganze Arbeitstechnik schwer belastend, herausgestellt. Man muß wieder zur festen Zahl der Abgeordnetenitze zurückkehren. 397 wird wohl nicht genügen, man kann schon ein oder zwei Duzend hinzufügen; jedenfalls aber nicht mehr, als der Sitzungssaal und die Beratungszimmer, die doch gegebene, nicht abwandelbare Größen sind, zulassen.

Die reine Listenwahl hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens wahlmoralische Nachteile gezeitigt, an die

niemand gedacht hat. Nicht nur, daß die Idee der rationellen Bezirksvertretung, die ich in meiner Schrift in den Vordergrund stellte, Schaden erlitt — die ganze politische und Parteistruktur wurde in ihrer geistigen und sittlichen Qualität gemindert.

Das rein Wirtschaftliche in der politischen Gesamtvertretung wird durch die Listenwahl zu stark in den Vordergrund gerückt. Bei der Neigung unserer ganzen Epoche, das Wirtschaftliche überall zum Generalnenner der „Belange“ zu machen — und dabei schimpft man auf der Rechten unentwegt auf den Materialismus der Sozialisten —, mußte eine solch grob materialistische Auffassung durch die Listenwahl geradezu in die Hochpotenz erhoben werden. So sehen wir in allen Parteien das Wirtschaftliche mit den stärksten Akzenten betont und es kommen Vertreter in den Reichstag, die nur die Wirtschaft und ihre „Belange“ suchen, die höhere politische Auffassung und jene geistige Essenz des Parlamentarischen, die notwendig ist, um der deutschen Volksvertretung Niveau zu sichern, vermissen lassen.

Außerdem werden die Partei-Völker einem Parteibonzenium überliefert; die „Maschine“ fängt an zu arbeiten und drängt das Intellektuelle, wie das Partei-Sittliche in den Hintergrund. Machenschaften und Betterleswirtschaft halten ihren Einzug, die Parteitechniker der Zentrale entscheiden — die wichtige geistige Auslese wird unterbunden. Da ich selbst Mitglied des Reichstags bin, steht mir eine Kritik seines geistigen Niveaus nicht zu. Immerhin darf so viel gesagt werden, daß das Kulturpolitische im weitesten Umfange — auf das es doch schließlich ankommt — nur von einer kleinen Minderzahl der Abgeordneten — in allen Parteien — vertreten wird. Die Listenwahl ist die Niederhaltung der

Intellektuellen und wirtschaftsmora-  
lisch Unabhängigen.

Die Bezirkswahl bringt geistige und wirtschaftsethische Gesundung. Der Bezirk sucht seinen Mann aus. Die Parteien des Bezirks stellen ihre Besten zur Wahl; der einzelne kann sich „seinen“ Wahlkreis wieder erobern, der ganze Wahlkampf bekommt einen andern Glanz. Gerade der „politische Mensch“ will „seinem Mann“ Aug in Aug gegenüberstehen; die Bezirkswahl ist eine Loslösung vom stets schädlichen, herunterschraubenden Zentralismus, eine Rückkehr zum immer geistig befruchtenden Individualismus.

Ich kapriziere mich keineswegs auf mein vor 30 Jahren aufgestelltes System; wer etwas Besseres weiß, soll es sagen; die Hauptsache ist, daß wir loskommen von der unnatürlichen, zentralisierenden, verflachenden, schablonisierenden Listenwahl. Die Zentrumsparthei würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie in dieser Frage die Initiative ergreifen wollte.

## Ergebnisse.

Die Wirtschaft der ganzen Welt ist erschüttert — eine Folge des Weltkriegs und der Revolutionen. Es wäre aber falsch, in diesen Tatsachen die einzige Wurzel der gegenwärtigen prekären wirtschaftlichen Weltlage zu sehen. Der kapitalistische Industrialismus hat sich übernommen; seine Weltwirtschaftspolitik ist planlos. Solange dieser Industrialismus mit seinem Drang nach Export und Expansion auf England und Deutschland beschränkt blieb, mochte eine relative Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts möglich erscheinen. Die Situation wird von dem Augenblick an unerträglich, da auch andere große Staaten zum kapitalistischen Industrialismus übergehen; denn wenn alle Staaten mehr Industrieartikel erzeugen wollen, als sie brauchen — wer soll da Abnehmer sein? Die Erscheinung neuer kapitalistisch-industrialistischer Staaten ist eine notwendige logische Folge aus dem Zusammenwirken von anlagejuchendem Kapital — vorübergehend durch die Wirtschaftskatastrophen unterbunden — der Popularisierung von Wissenschaft und Technik und der zunehmenden Verbesserung der Verkehrsmittel. Wo auch nur ein Minimum von Voraussetzung ist, wird sich in allen Staaten Kapital und Industrie investieren. Die Vereinigten Staaten sind bereits als Konkurrenten auf dem Weltmarkt erschienen; sie erscheinen aber auch noch mit einer Ueberproduktion an Agrarprodukten, mit der sie die nicht-amerikanischen

Landwirtschaften bedrängen und in ihrer Existenz gefährden. Die größten Staaten der Welt: Rußland, Indien, China stehen noch aus. Der kapitalistische Industrialismus wird seine Kinder fressen, der Krieg aller gegen alle ist nicht zu vermeiden.

Kann diese Entwicklung verhindert werden? Gewiß, wenn man den gesunden Kern und Gedanken der Weltwirtschaft herauschält. Weltwirtschaft muß sein und Befriedung der Welt ist ein ideales und wirtschaftliches Ziel. Der Weltmarkt ist ein Korrektiv für gerechte Preisbildung. Weltwirtschaft und Weltfriedens-Politik bringen die Völker einander näher und verwirklichen humanitäre und christliche Ideale. Durch ein fesselloses internationales Manchesterium, stimuliert von einer rücksichtslosen Händlerpolitik, ist dieses Ideal nicht zu erreichen.

Die Völker, als naturgewollte Partikular-Existenzen, müssen nicht nur ihre politisch-nationale Unabhängigkeit wahren, sondern auch ihre wirtschaftliche Autarkie. Jedes Volk muß das, was es in der Hauptsache braucht, selbst erzeugen; vornehmlich gilt das von der Landwirtschaft; ein Volk, das sich landwirtschaftlich selbst ernährt, kann nicht zerkrümelt werden. Eine vollwertige Landwirtschaft ist der beste Regulator für die nationale Wirtschaftspolitik überhaupt, sie gleicht aus und verteilt die motorischen Kräfte an die richtigen Stellen; sie hindert die ungesunde Großstadtentwicklung, indem sie die natürliche Quelle der Volkskraft intakt erhält und den Zustrom nach den großstädtischen Zentren regelt und abdämmt. Es handelt sich nicht um „reaktionäre“ Pläne, nicht um Absperrung und chinesische Mauern, nicht um den geschlossenen Handelsstaat Fichtes. Soll die Befriedung der Welt aus dem Reich der Erörterung in das der Wirklichkeit treten, so müssen die großen internationalen Wirtschaftszusammenstöße vermieden werden; soll der

Weltmarkt eine Stätte friedlich-ausgleichenden Wettbewerbs werden, so dürfen die an ihm Beteiligten nicht wie hungrige Wölfe aufeinanderstürzen; es muß dafür gesorgt werden, daß jeder „Hunger“ im eigenen Land mit den eigenen Mitteln — soweit Natur und Milieu es zulassen — befriedigt wird. Weltwirtschaft ist die föderalistisch gedachte Weltproduktion, in die sich die einzelnen Staaten-Glieder als selbständige Gebilde teilen.

Die Landwirtschaft muß in verstärkten Mäßen eine häuerliche werden; der Großgrundbesitz soll in Bauernwirtschaften aufgelöst werden, eine schwere und mühevollere, aber durchaus ausführbare Maßregel. Das Bauerntum ist die eingeborene Vorhut eines erdhafsten Individualismus, aus dem immer wieder neue Kräfte zum Aufbau und Erneuerung der Gesellschaft fließen. Das kann jeder Sozialist und Demokrat anerkennen.

Die industrialistische Entwicklung innerhalb der einzelnen Staaten kann nicht zurückgeschraubt werden; sie ist aber durchaus keine logische, sondern eine alogische Erscheinung, entstanden aus dem Verzicht des Menschen auf souveräne Beherrschung des Stoffs. Fortwirkende und fortgesetzte Ausschreitungen des Industrialismus können — abgesehen von einer wirksamen Gesetzgebung gegen Trustbildung — am besten hintangehalten werden, wenn man noch die vorhandenen natürlichen Komponenten der individualistischen Wirtschaft: Handwerk, Gewerbe, Klein- und Mittelbetrieb, Kaufmannschaft durch eine einschlägige Gesetzgebung schützt, um ein ehrlich-freies Spiel der Kräfte und des Wettbewerbs zu ermöglichen.

Die Industrie-Arbeiterfrage — auch jetzt noch die brennendste unter den sozialen Fragen — soll gelöst werden, indem man dem Arbeiter die volle Würde eines in Selbständigkeit und mit Eigentum versehenen

Menschen zuerteilt. Ist das Bauerntum Vertreter und Repräsentant der individualistischen Wirtschaft, so wird die Industrie die in ihrem Wesen liegende Möglichkeit sozialistischen Aufbaus zu verwirklichen haben. Eine schwere Aufgabe, die gelöst werden muß, wenn der Arbeiterfrage die Züge der Gorgo genommen werden sollen.

In den kulturpolitischen Fragen wird es darauf ankommen, daß man links die Bedeutung des Gottgewollten in Natur und Schöpfung erkennt, daß man den Materialismus als Weltanschauung preisgibt und die Hinentwicklung des Menschen zu seiner in Gott ruhenden Persönlichkeit als psychologisches Kalkül in jegliche Politik einreißt. Die Omnipotenz des Staats — ein Hegelscher reaktionärer Gedanke — in Sache von Kirche, Schule, Erziehung muß überwunden werden. Dem deutschen Familienvater muß das Recht auf die Art der religiösen Erziehung seiner Kinder gewahrt bleiben. Eine so selbstverständliche Forderung der Demokratie, daß man erstaunt sein muß, sie ernstlich bestritten zu sehen. Hin zu Gott, weg vom Materialismus — auch die Linke muß begreifen, daß dies ein immanenter Zug der menschlichen Seele ist, der nur durch die Suggestion eines ungebildeten Aufklärertums verschüttet werden konnte.

Wie lassen sich diese großen Ziele erreichen? Dadurch, daß Deutschland eine große umfassende Mittelpartei hat, die aufrichtig republikanisch, sozial und demokratisch ist. Aber sie muß es mit diesem Bekenntnis ernst nehmen; es darf nicht hinter borussischem Zentralismus und Krypto-Monarchismus versteckt werden. Diese Mittelpartei ist gegenüber den Rechts- und Linksparteien der Faktor der Vermittlung und des Ausgleichs. Das Zentrum ist berufen, den Kern dieser Mittelpartei zu bilden; es können und sollen sich ihr anschließen die Bayerische Volkspartei, die Welfen, die Wirtschafts-

partei, die evangelischen Christlich-Sozialen, alle Schichten, die gesonnen sind, den neuen Staat anzuerkennen, um mit ihm und durch ihn eine Politik des nationalen Aufbaus und des sozialwirtschaftlichen Ausgleichs zu treiben.

Eine solche Mittelpartei wird versöhnend wirken nach rechts und links. Wer über die Zäune fraktionärer Politik hinaussieht, wird ihr beitreten können.

## Inhaltsverzeichnis.

1. Vorwort . . . . .	3
2. Parteibildung . . . . .	6
3. Wirtschaft und Weltwirtschaftskrise . . . . .	21
4. Die neue soziale Struktur . . . . .	34
5. Der Mittelstand . . . . .	43
6. Demokratie, Republik und Monarchie . . . . .	53
7. Der Föderalismus . . . . .	64
8. Kulturpolitik . . . . .	73
9. Zentrum und Südendum . . . . .	86
10. Das gerechte Wahlsystem . . . . .	104
11. Ergebnisse . . . . .	113

7













✓  
180/70/15618(9)

Freie Universität Berlin



5495391/188

RAL-RG 495

Buchbinderei  
JACOB KOHNERT  
1 Berlin 12  
Wilmsdorfstr.60.61

19. 5. 72

